

**STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**Band 170**

**DIE SCHULDEN  
VON BUND, LÄNDERN  
UND GEMEINDEN**

**AM 31. MÄRZ 1956**



**Herausgeber: Statistisches Bundesamt • Wiesbaden**

---

**Verlag W. Kohlhammer GmbH • Stuttgart**

# Inhalt

	Seite
Vorwort .....	3
Verzeichnis der Übersichten im Text .....	4
A. Inländische Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften	
1. Allgemeiner Überblick .....	5
2. Altverschuldung .....	6
3. Neuverschuldung .....	8
B. Inlandschulden des Bundes und des Lastenausgleichsfonds	
1. Bund .....	8
2. Lastenausgleichsfonds .....	9
C. Inlandschulden der Länder	
1. Gesamtbetrag .....	10
2. Kreditformen und -quellen .....	10
3. Regionale Unterschiede .....	11
D. Inlandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände	
1. Gesamtbetrag .....	12
2. Kreditquellen .....	12
3. Verwendungszwecke .....	13
4. Laufzeiten .....	14
5. Unterschiede in der Verschuldung von Land zu Land und zwischen den verschiedenen Arten kommunaler Gebietskörperschaften .....	14
E. Auslandschulden der Gebietskörperschaften	
1. Erfaßter Gesamtbetrag .....	16
2. Auslandschulden des Bundes .....	16
3. Auslandschulden der Länder .....	17
4. Auslandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände .....	17
F. Schulden von Bundesbahn und Bundespost .....	
	18
G. Methodische Bemerkungen	
1. Durchführung der Erhebung .....	19
2. Einzelheiten zum Inhalt der Erhebung / Veröffentlichung .....	19
3. Änderungen gegenüber der vorjährigen Nachweisung .....	20
4. Vergleiche mit anderen Kreditstatistiken .....	21
Anhang:	
1. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden .....	22
2. Zahl der in der Schuldenstatistik zum 31. März 1956 erfaßten Gemeinden und Gemeindeverbände und fortgeschriebene Einwohnerzahl am 30. Juni 1955 .....	23
Tabellenteil (lt. besonderem Verzeichnis) ....	25

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet

Erschienen im März 1957

Preis DM 3,—

## **Vorwort**

Mit der vorliegenden Veröffentlichung wird die Folge der Quellenbände über den Schuldenstand (Bände Nr. 52, 53, 72, 98, 126 und 145) in der Reihe „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ fortgesetzt.

Wie schon zum 31. März 1954 und 1955 sind in die Schuldenstatistik auch die Verbindlichkeiten des Lastenausgleichsfonds und nachrichtliche Angaben über die Verschuldung von Bundesbahn und Bundespost miteinbezogen worden.

Neben den Inlandschulden werden auch die Auslandsverbindlichkeiten der Gebietskörperschaften dargestellt. Innerhalb der Darstellung der Inlandschulden ist besonderes Gewicht auch auf die Betrachtung der Altverschuldung und der regionalen Unterschiede gelegt worden.

Die vorliegende Arbeit ist im Statistischen Bundesamt in der von dem Ltd. Regierungsdirektor Dr. Herrmann geleiteten Abteilung „Finanz- und Steuerstatistik“ zusammengestellt worden. Bearbeiter war im Hauptreferat des Regierungsrats Weyershäuser der Regierungsrat Dr. Spellerberg.

Wiesbaden, im Februar 1957

**Dr. Gerhard Fürst**

Präsident des Statistischen Bundesamtes

## Übersichten im Text

	Lfd. Nr. der Übersicht	Seite
Gesamtbetrag der Inlandschulden .....	1	5
Ausgleichsforderungen .....	2	6
Gesamtbetrag der inländischen Neuverschuldung .....	3	8
Wohnbauschulden der Länder bei Bund und Lastenausgleich .....	4	10
Inländische Gesamtverschuldung der Länder .....	5	11
Quellen der kommunalen Neuverschuldung .....	6	12
Verwendungszwecke der kommunalen Neuverschuldung .....	7	13
Laufzeiten der kommunalen Neuverschuldung .....	8	14
Inländische Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände .....	9	15
Verwendungszwecke der im Rechnungsjahr 1955 aufgenommenen kommunalen Schulden nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften .....	10	16
Außlandschulden des Bundes .....	11	17
Inlandschulden von Bundesbahn und Bundespost .....	12	18

# A. Inländische Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften

## 1. Allgemeiner Überblick

Nach den Ergebnissen der Schuldenstatistik beläuft sich der Gesamtbetrag der Inlandschulden von Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds), Ländern und Gemeinden am 31. März 1956 auf 33 908,7 Mill. DM. Diese Gesamtsumme umschließt zwei Hauptgruppen der Inlandschulden: die Kreditmarktmittel und die öffentlichen Sondermittel; nicht enthalten sind hingegen die „Schulden bei Gebietskörperschaften“.

Wie schon seither entfällt der größte Teil der Kreditmarktmittel und darüber hinaus des Gesamtbetrages der Inlandsverbindlichkeiten auf Schulden, die im Zusammenhang mit der Geldumstellung von 1948 entstanden sind. Diese Altschulden wiederum bestehen nach dem derzeitigen Stand in der Hauptsache aus den Ausgleichsforderungen, die von Bund und Ländern, und aus den Deckungsforderungen, die vom Lastenausgleichsfonds geschuldet werden (zusammen 22 551,7 Mill. DM). Daneben haben die nach der Geldumstellung von 1948 aufgenommenen Kreditmarktmittel (Neuschulden) jetzt einen Gesamtfumfang von 8 383,2 Mill. DM erreicht; der Hauptteil dieser Darlehen ist den Gebietskörperschaften entweder in Form von Anstaltskrediten (gewährt von Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen) oder vom Wertpapiermarkt — im Anleihewege — zugeflossen. Demgegenüber umfassen die mit insgesamt 2 839,6 Mill. DM nachgewiesenen öffentlichen Sondermittel (Neuschulden) fast ausschließlich Kredite, die von Trägern der Sozialversicherung und aus dem ERP-Sondervermögen stammen.

In ihrem Gesamtbetrag ist die erwähnte Verschuldung aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln um 1 802,8 Mill. DM größer als am 31. März 1955. Damit bleibt ihre Aufwärtsbewegung nicht nur erheblich hinter der außergewöhnlich hohen Zunahme des Rechnungsjahres 1954 (4 677,7 Mill. DM)<sup>1)</sup> zurück, sondern, von 1951 ab gerechnet, auch hinter den Zuwachsbeträgen der vorangegangenen Jahre.

### 1. Gesamtbetrag der Inlandschulden<sup>1)</sup>

Schuldner	Stand am 31. März			Zu- (+) bzw. Abnahme (—) im Rechnungsjahr 1955	
	1954	1955	1956		
	Mill. DM				vH
Ohne Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lasten- ausgleich) <sup>2)</sup> .....	9 425,3	10 699,4	10 346,7	— 352,7	— 3,3
Lastenausgleich .....	237,5 <sup>3)</sup>	2 441,8	2 892,6	+ 450,8	+ 18,5
Länder .....	12 659,0	12 618,8	12 991,9	+ 373,1	+ 3,0
Hansestädte .....	1 519,6	1 570,4	1 658,0	+ 87,6	+ 5,6
Berlin (West) .....	794,3	878,5	970,1	+ 91,6	+ 10,4
Gemeinden (Gv.) <sup>4)</sup> .....	2 792,6	3 896,9	5 049,4	+ 1 152,5	+ 29,6
Zusammen .....	27 428,2	32 105,9	33 908,7	+ 1 802,8	+ 5,6
Einschließlich Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lasten- ausgleich) .....	9 425,3	10 699,4	10 346,7	— 352,7	— 3,3
Lastenausgleich .....	454,5 <sup>3)</sup>	2 666,8	3 417,6	+ 750,8	+ 28,2
Länder .....	17 533,8	18 638,5	19 907,0	+ 1 268,5	+ 6,8
Hansestädte .....	1 857,7	1 974,6	2 093,8	+ 119,2	+ 6,0
Berlin (West) .....	1 603,4	1 753,9	2 029,9	+ 276,0	+ 15,7
Gemeinden (Gv.) .....	3 524,1	4 891,7	6 237,0	+ 1 345,3	+ 27,5

<sup>1)</sup> Ohne Zahlungsrückstände sowie ohne Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe. — <sup>2)</sup> Ferner ohne die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“ des Bundes. — <sup>3)</sup> Ohne 389,4 Mill. DM in der Schuldenstatistik zum 31. 3. 1954 nicht nachgewiesene Schulden des Lastenausgleichsfonds. — <sup>4)</sup> Mitenthalten sind die geringen bei Gebietskörperschaften aufgenommenen Kassenkredite. Am 31. 3. 1954 ferner einschl. solcher staatlichen Mittel, die ab 31. 3. 1955 den Schulden bei Gebietskörperschaften zugeordnet sind (wie insbesondere die in Baden-Württemberg über die Landeskreditanstalten und in Bayern über die Landesbodenkreditanstalt an Gemeinden geleiteten staatlichen Darlehen).

Das verlangsamt Anwachsen des Gesamtbetrages der Inlandsverbindlichkeiten im Rechnungsjahr 1955 hängt in erster Linie mit der rückläufigen Entwicklung der Bundesschuld und der verringerten Schuldzunahme des Lastenausgleichsfonds zusammen. Bei den Gemeinden ist zwar die relative Zuwachsrate mit 29,6 vH bedeutend geringer als im Vorjahr (39,5 vH);

<sup>1)</sup> Bei Ergänzung des Schuldenstandes vom 31. März 1954 um 389,4 Mill. DM nicht nachgewiesene Schulden des Lastenausgleichsfonds ermäßigt sich die Zunahme auf 4 288,3 Mill. DM.

doch hat die um 1 152,5 Mill. DM — und damit noch etwas stärker als im Rechnungsjahr 1954 (1 104,3 Mill. DM) — gestiegene gemeindliche Verschuldung aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln den bei weitem größten Anteil an der Gesamtzunahme (1 802,8 Mill. DM). Erheblich verstärkt, insbesondere absolut gesehen, hat sich die Aufwärtsbewegung der entsprechenden Inlandschuld der Länder (einschließlich Stadtstaaten).

Betrachtet man die Schuldarten, aus denen sich der Gesamtbetrag der Inlandschulden zusammensetzt, so stellt sich die Entwicklung im Rechnungsjahr 1955 in der Hauptsache folgendermaßen dar:

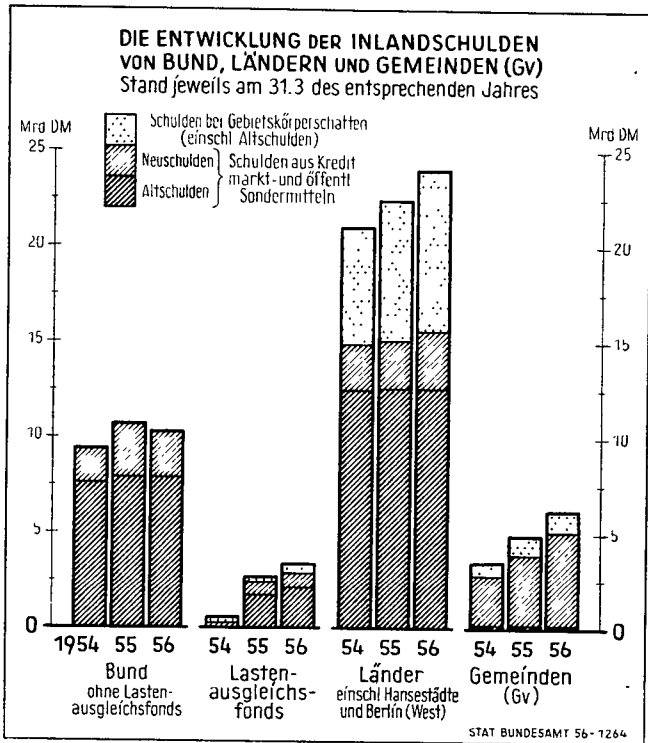
- Nicht wiederholt hat sich die hohe Zunahme der Verbindlichkeiten aus Deckungsforderungen und damit der steile Anstieg, der im Vorjahr bei den Altschulden zu verzeichnen war. Immerhin ist der Hauptteil der Altschulden, die Verschuldung aus Ausgleichs- und Deckungsforderungen, um weitere 486,8 Mill. DM gewachsen (gegenüber 1 782,1 Mill. DM im Rechnungsjahr 1954).
- Innerhalb der Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln zeigt der Umlauf von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen beim Bund weiterhin eine sinkende, dagegen bei den Ländern nunmehr eine steigende Richtung. In der Gesamtsumme jedoch, also für Bund und Länder zusammen, sind diese überwiegend kurzfristigen Schulden abermals beträchtlich zurückgegangen (um 170,6 Mill. DM auf 416,4 Mill. DM<sup>2)</sup>). Die Abnahme der Kurzkredite dieser Art im Rechnungsjahr 1955 erscheint noch größer, wenn man berücksichtigt, daß der Lastenausgleichsfonds seinen Kassenkredit bei der Bank deutscher Länder (171,2 Mill. DM am 31. März 1955) restlos und das Land Bayern seinen Umlauf an Steuergutscheinen teilweise (um 91,0 Mill. DM) abgebaut hat. Andererseits sind jedoch die den Ländern von Banken gewährten, regelmäßig wohl gleichfalls kürzer befristeten Direktkredite um 164,8 Mill. DM gestiegen.
- Mit einem Zuwachs von 884,3 Mill. DM auf 3 968,6 Mill. DM haben sich die von den Gemeinden bei Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen aufgenommenen — überwiegend langfristigen — Neuschulden aus Kreditmarktmitteln wieder besonders beträchtlich erhöht, wenn auch nicht ganz so stark wie im Jahr zuvor (898,6 Mill. DM).
- Selbst bei Einschluß der über die Lastenausgleichsbank begebenen Inhaberschuldverschreibungen hält sich die weitere Ausdehnung der Anleiheverbindlichkeiten der Gebietskörperschaften in engen Grenzen; in der Gesamtsumme (1 965,9 Mill. DM) ist dieser Teil der Neuverschuldung jetzt um 132,9 Mill. DM größer als am 31. März 1955.
- Auch die von den Gebietskörperschaften bei Trägern der Sozialversicherung — teilweise über Banken — geschuldeten Kredite, die im Rechnungsjahr 1954 sprunghaft gewachsen waren (vor allem zu Lasten der Bundesschuld), haben im Berichtsabschnitt nur verhältnismäßig begrenzt zugenommen, insgesamt um 213,2 Mill. DM auf 2 291,6 Mill. DM.

Außerhalb der zum Gesamtbetrag der Inlandschulden zusammengefaßten Kreditmarktmittel und öffentlichen Sondermittel besteht eine sehr erhebliche Verschuldung der Gebietskörperschaften (einschließlich Lastenausgleichsfonds) untereinander, einestils in Gestalt direkter Schuldbeziehungen und andererseits — bei entsprechender Zwischenschaltung von Kreditinstituten — in indirekter Form. Am 31. März 1956 stellen sich diese „Schulden bei Gebietskörperschaften“ in ihrer — Doppelzählungen einschließenden — Gesamtsumme auf 10 123,2 Mill. DM (gegen-

<sup>2)</sup> Ohne die vom Bund im Umtausch von Ausgleichsforderungen begebenen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen.

über 8 518,9 Mill. DM am 31. März 1955). Es handelt sich hierbei größtenteils um Neuschulden, und zwar in erster Linie um Wohnbauschulden der Länder beim Bund und Lastenausgleichsfonds.

Anders als bei Zusammenfassung der Darlehensverbindlichkeiten aller Gebietskörperschaften ist es bei Betrachtung des einzelnen Bereiches sinnvoll, auch die von anderen Gebietskörperschaften und vom Lastenausgleichsfonds stammenden Kredite in den Gesamtbetrag der Schulden einzubeziehen. Für den einzelnen Bereich erhöht sich die Verschuldung aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln also noch um die Schulden bei Gebietskörperschaften. Das gilt, wie erwähnt, vor allem für die Länder; daneben gilt es aber auch für die Gemeinden und den Lastenausgleichsfonds. Der Bund selber hingegen ist anderen Gebietskörperschaften gegenüber nicht verschuldet.



In der Gesamtsumme aus Kreditmarktmitteln, öffentlichen Sondermitteln und Schulden bei Gebietskörperschaften ist die Inlandsschuld der Länder (einschließlich Stadtstaaten) im Rechnungsjahr 1955 um 1 663,7 Mill. DM oder 7,4 vH gestiegen. Sie hat demnach absolut noch stärker zugenommen als die entsprechende kommunale Verschuldung, deren Gesamtzuwachs (1 345,3 Mill. DM) hinter denjenigen des Vorjahres (1 367,6 Mill. DM) leicht zurückbleibt.

Die bisher betrachtete Verschuldung erweitert sich noch um die sonstigen geldlichen Inlandsverpflichtungen der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds. Hierher gehören die Zahlungsrückstände der Länder und des Lastenausgleichs sowie die Abgabeschuld der Gemeinden und Länder aus der Hypothekengewinnabgabe. Zum 31. März 1956 sind die vorgenannten Zahlungsrückstände und Abgabeverpflichtungen mit insgesamt 201,9 Mill. DM nachgewiesen (gegenüber 218,4 Mill. DM am 31. März 1955).

## 2. Altverschuldung

Von den Inlandsverbindlichkeiten der Gebietskörperschaften am 31. März 1956 entfallen 22 685,9 Mill. DM auf Altschulden aus Kreditmarktmitteln. Gemessen am Stand des Vorjahres (22 219,7 Mill. DM) hat diese Altverschuldung um 466,3 Mill. DM zugenommen; gleichzeitig jedoch ist ihr Anteil am Gesamtbetrag der Inlandsschulden von 69,2 vH auf 66,9 vH zurückgegangen.

Innerhalb der genannten Altverschuldung sind die Ver-

bindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen insgesamt um 112,3 Mill. DM — gegenüber 257,0 Mill. DM im Jahr zuvor — auf 20 465,2 Mill. DM gewachsen, und zwar beim Bund wiederum in größerem Ausmaße (62,0 Mill. DM) als bei den Ländern (50,3 Mill. DM). In diesen Zahlen ist die von den Ländern geschuldete Ausgleichsforderung der Postscheckämter nur mit ihrem bis zum 31. März 1956 nachgewiesenen Teilbetrag (76,0 Mill. DM) enthalten; überhaupt nicht berücksichtigt ist die — auch am genannten Stichtag in ihrer Höhe noch nicht feststehende — Ausgleichsforderung der Postsparkassenämter an den Bund<sup>3)</sup>.

Gläubiger der Ausgleichsforderungen sind in erster Linie die nach Maßgabe ihrer Umstellungsrechnung forderungsberechtigten Institute: Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen, Postscheck- und Postsparkassenämter. In wachsendem Umfange erscheint ferner der seit einiger Zeit bei der Bank deutscher Länder bestehende Sonderfonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen (Ankaufsfonds<sup>4)</sup>) als Gläubiger. Mit kleineren Beträgen sind außerdem die Länder neuerdings Besitzer und Gläubiger von Ausgleichsforderungen geworden.

Nach dem „Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen“ vom 14. Juni 1956<sup>5)</sup> gilt hinsichtlich des Ankaufsfonds folgende Regelung: Der Fonds ist eine rechtlich selbstständige Einrichtung der Bank deutscher Länder. Seine Hauptaufgabe ist der endgültige Ankauf von Ausgleichs-

<sup>3)</sup> Die Bank deutscher Länder nennt jetzt für die Ausgleichsforderungen der Postscheck- und Postsparkassenämter einen Gesamtbetrag von 328 Mill. DM; vgl. „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, April 1956, S. 83. — <sup>4)</sup> Ursprünglich gebildet nach dem „Gesetz über die Verteilung des Reingewinns der Bank deutscher Länder im Geschäftsjahr 1952 und in den folgenden Geschäftsjahren“ vom 7. September 1953 (BGBl. I, S. 1318). — <sup>5)</sup> BGBl. I, S. 507.

## 2. Ausgleichsforderungen nach dem Stand vom 31. März 1956

— Mill. DM —

Gläubiger / Schuldner	0%	3% <sup>1)</sup>	3½%	4½%	3%ige Sonderausgleichsforderungen	Zusammen
nach Gläubigern						
Bank deutscher Länder	622,2 <sup>2)</sup>	5 512,0 <sup>3)</sup>	—	—	—	6 134,2
Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder <sup>4)</sup>	1,0	72,6	12,8	4,7	—	91,1
Landeszentralbanken	—	2 981,7 <sup>5)</sup>	—	—	—	2 981,7
Banken und Sparkassen	77,1	5 884,0	0,8	506,0	43,0	6 510,8
Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	— <sup>6)</sup>	—	4 626,8	—	37,4	4 664,2
Postscheckämter	—	76,0 <sup>7)</sup>	—	—	—	76,0
Länder <sup>8)</sup>	0,2	6,0	0,7	0,3	—	7,2
Insgesamt	700,5 <sup>9)</sup>	14 532,3	4 641,1 <sup>10)</sup>	510,9	80,4	20 465,2
nach Schuldnern						
Schleswig-Holstein	1,7	352,8	54,7	12,4	2,6	424,2
Niedersachsen	6,1	1 001,5	271,5	40,5	7,9	1 327,5
Nordrhein-Westfalen	19,7	1 990,4	820,0	87,1	18,1	2 935,3
Hessen	6,8	801,6	211,8	54,0	6,3	1 080,4
Rheinland-Pfalz	3,0	498,5	42,6	12,8	2,9	559,7
Baden-Württemberg	10,6	1 413,0	507,7	61,1	10,9	2 003,4
Bayern	17,5	1 608,8	551,2	96,7	13,4	2 287,7
Hamburg	5,9	507,3	469,1	65,5	6,7	1 054,5
Bremen	7,1	160,7	13,7	46,5	0,7	228,6
Berlin (West)	—	511,8	117,4	—	10,9	640,1
Länder zusammen	78,4	8 846,3	3 059,9	476,6	80,4	12 541,4
Bund <sup>10)</sup>	622,2 <sup>2)</sup>	5 686,0	1 581,2	34,4	—	7 923,8
Bund und Länder insgesamt	700,5	14 532,3	4 641,1	510,9	80,4	20 465,2
Dagegen am 31.3.1955	698,2 <sup>2)</sup>	14 469,7	4 622,8 <sup>8)</sup>	455,6	106,7	20 352,9

<sup>1)</sup> Ohne Sonderausgleichsforderungen. — <sup>2)</sup> Zinsfreie Schuldverschreibung (aus der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld). — <sup>3)</sup> Einschl. der gegen Satzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes umgetauschten Ausgleichsforderungen (1 575,6 Mill. DM) sowie der auf Grund des Umstellungsergänzungsgesetzes gewährten Ausgleichsforderungen der Bank (10,0 Mill. DM). — <sup>4)</sup> Im Vorjahr nicht ausgedeutet. — <sup>5)</sup> Einschl. Berliner Zentralbank (409,5 Mill. DM). — <sup>6)</sup> Vgl. Anm. 9. — <sup>7)</sup> Von den Schuldern (den Ländern) nicht zu verzinsen. — <sup>8)</sup> Länder als Besitzer und Gläubiger der „sonstigen Ausgleichsforderungen“. — <sup>9)</sup> Die Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen nach § 15 (2) der 43. DVO zum Umstellungsgesetz, die z. Z. nicht verzinst werden, sind nicht den unverzinslichen, sondern den mit 3½% verzinslichen Forderungen zugeordnet. — <sup>10)</sup> Ohne Ausgleichsforderung der Postsparkassenämter; der Betrag steht in seiner Höhe noch nicht fest.

forderungen der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen, vor allem in Dringlichkeitsfällen (z. B. bei Liquiditätsschwierigkeiten der Institute), darüber hinaus aber auch in Ergänzung der im genannten Gesetz festgelegten linearen Tilgung von Ausgleichsforderungen seitens der Schuldner. Vordringlich soll der Fonds auch die aus der innerdeutschen Regelung von Vorkriegsremboursverbindlichkeiten hervorgegangenen (verhältnismäßig geringen)  $3\frac{1}{2}\%$ igen Ausgleichsforderungen der Lastenausgleichsbank ankaufen.

Die Mittel für seine Ankäufe gewinnt der Fonds vor allem aus der Beteiligung am Reingewinn der Bank deutscher Länder und aus den Zins- und Tilgungseinnahmen, die auf die angekauften Ausgleichsforderungen entfallen. Denn die zum Bestand des Ankaufsfonds gehörenden Ausgleichsforderungen sind zu verzinsen und zu tilgen; sie erlöschen nicht mit ihrem derzeitigen Ankauf, sondern erst dann, wenn der Fonds auch die letzte noch anzukaufende Forderung erworben hat (also voraussichtlich erst nach Jahrzehnten). In Höhe der angekauften Ausgleichsforderungen tritt der Fonds folglich an die Stelle der ursprünglichen Gläubigerinstitute; er wird insoweit Gläubiger der Länder und des Bundes.

Wie erstmalig gesondert nachgewiesen, haben diese Schulden gegenüber dem Ankaufsfonds bis zum 31. März 1956 einen Gesamtumfang von 91,1 Mill. DM erreicht. Hiervon entfallen 63,1 Mill. DM auf die Länder und 28,0 Mill. DM auf den Bund.

Die genannten 91,1 Mill. DM verstehen sich ohne die vom Ankaufsfonds bis zum 31. März 1956 auf die Länder übertragenen Ausgleichsforderungen in Höhe von 7,2 Mill. DM. Es handelt sich bei diesem Forderungsübergang, dem auf der anderen Seite die Schulden der Länder aus „sonstigen Ausgleichsforderungen“ gegenüberstehen, um eine im wesentlichen abgeschlossene Maßnahme. Sie beruht darauf, daß dem Ankaufsfonds vorübergehend auch Erträge der Landeszentralbanken zugeflossen waren; die hieraus angekauften Ausgleichsforderungen werden denjenigen Ländern überlassen, deren Landeszentralbank einen Gewinnanteil an den Fonds abgeführt hat<sup>6)</sup>.

Durch den Forderungsübergang (in Höhe von 7,2 Mill. DM) sind die empfangenden Länder Besitzer von Ausgleichsforderungen geworden, zum Teil auch Gläubiger gegenüber anderen Ländern. Soweit nämlich einem Lande Forderungen abgetreten wurden, die gegen ein anderes Land gerichtet sind, haben die vom Ankaufsfonds vorgenommenen Übertragungen eine Verschuldung der Länder untereinander bewirkt (im Gesamtbetrage von 1,0 Mill. DM). Soweit dagegen das empfangende Land eine von ihm selbst geschuldete Ausgleichsforderung erhalten hat, die trotz dieser Übertragung nicht erloschen ist, besteht nur noch formal eine Verschuldung (im Gesamtumfang von 6,2 Mill. DM).

Zusätzliche Verbindlichkeiten sind den Ländern aus dem Forderungsübergang in keinem Falle erwachsen; die Forderungen haben nur ihren Besitzer gewechselt.

Abgesehen von den Sonderausgleichsforderungen, die Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen für Umstellungskosten gewährt werden, waren die Ausgleichsforderungen bislang nicht zu tilgen. Durch das schon erwähnte Tilgungsgesetz sind nunmehr vom Jahre 1956 an auch für die übrigen Ausgleichsforderungen der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen Tilgungen vorgeschrieben. Weiterhin ungetilgt bleiben somit die Forderungen der Bank deutscher Länder, der Landeszentralbanken und der Postverwaltung.

Die unter das Gesetz fallenden Ausgleichsforderungen sind von den Ländern und vom Bund, unabhängig von der Lage des Gläubigers, gleichmäßig in halbjährlichen Raten — beginnend am 30. Juni 1956 — zu tilgen. Auf den Schuldenstand vom 31. März 1956 können sich diese allgemeinen Tilgungen also noch nicht ausgewirkt haben.

<sup>6)</sup> Vgl. „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landeszentralbanken“ vom 7. September 1953 (BGBl. I, S. 1319) und Geschäftsberichte der Bank deutscher Länder für die Jahre 1954 und 1955, jeweils S. 134. Auch die mit Gewinnen der Bank deutscher Länder angekauften Forderungen waren ursprünglich zu übertragen (auf den Bund).

Für verzinsliche Ausgleichsforderungen gilt ein anderer Tilgungssatz (halbjährlich 0,5% zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen) als für unverzinsliche (halbjährlich 2%). Zu der zweiten Forderungsart rechnen dabei nur die unverzinslichen Ausgleichsforderungen, die an Kreditinstitute für Zinsverbindlichkeiten aus Reichsmarkschuldverschreibungen gewährt werden<sup>7)</sup> (Stand am 31. März 1956 rund 78 Mill. DM einschließlich Ankaufsfonds). Alle übrigen zu tilgenden Forderungen gehören demnach in die Gruppe der verzinslichen, so auch die für bestimmte Rückstellungen der Versicherungsunternehmen, zugeteilten. Zur Schuldenstatistik der Vorjahre waren diese Forderungen der Versicherungen<sup>8)</sup>, die von den Schuldnern — den Ländern — zur Zeit nicht verzinst werden, als „unverzinslich“ nachgewiesen worden; abweichend hiervon sind sie in Übersicht 2 nunmehr den mit  $3\frac{1}{2}\%$  verzinslichen Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen zugeordnet (mit 62,3 Mill. DM), und zwar auch in den Vergleichszahlen für den 31. März 1955 (dort mit 59,9 Mill. DM).

Wie die Gliederung nach Zinssätzen zeigt, ist im Rechnungsjahr 1955 der Gesamtumfang der unverzinslichen Forderungen (rund 700 Mill. DM) bei Berücksichtigung der vorerwähnten veränderten Zuordnung nahezu gleichgeblieben. Erneut zurückgegangen sind die  $3\%$ igen Sonderausgleichsforderungen. In der Gesamtsumme beträchtlich erhöht haben sich dagegen die übrigen mit  $3\%$  verzinslichen Ausgleichsforderungen, ferner vor allem die mit  $4\frac{1}{2}\%$  verzinslichen. Während sich die Abnahme der Sonderausgleichsforderungen im wesentlichen aus Tilgungen erklärt, sind die Veränderungen in der Höhe der übrigen Ausgleichsforderungen zum guten Teil wiederum durch Berichtigungen — nach oben oder unten — bedingt, die insbesondere darauf beruhen, daß die Umstellungsrechnungen der Gläubigerinstitute meist noch nicht endgültig abgeschlossen sind.

Die Gliederung nach Zinssätzen läßt auch erkennen, daß der Ankaufsfonds bis jetzt vor allem  $3\%$ ige Ausgleichsforderungen, d. h. solche der Banken und Sparkassen, erworben hat. Auch die auf die Länder übertragenen Forderungen fallen hauptsächlich in diese Gruppe.

Auf die Ankäufe des Fonds einschließlich der Übertragungen ist es teilweise zurückzuführen, daß die den Banken und Sparkassen noch zustehenden Ausgleichsforderungen in der Gesamtsumme (6 510,8 Mill. DM) unter ihrem Vorjahresstand (6 551,6 Mill. DM) bleiben. In geringerem Maße gilt dies auch für die Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (jetzt 4 664,2 Mill. DM gegenüber 4 669,5 Mill. DM am 31. März 1955). Doch enthalten die genannten Vorjahreszahlen in beiden Fällen auch die vom Ankaufsfonds übernommenen Forderungen, die damals noch nicht gesondert nachgewiesen wurden; ein genauer zeitlicher Vergleich ist hier also nicht möglich.

Ein weiterer Hauptbestandteil der Altverschuldung sind die gegen den Lastenausgleichsfonds gerichteten Deckungsforderungen; sie haben im Rechnungsjahr 1955 zwar nicht im Ausmaße des Vorjahres (1 525,1 Mill. DM), aber doch um 374,6 Mill. DM zugenommen und damit einen Stand von 2 086,5 Mill. DM erreicht. Gläubiger dieses Betrages sind in erster Linie Kreditinstitute (auch die Bundespost mit ihrem Postsparkassenbetrieb), daneben Versicherungsunternehmen und Bausparkassen. Die — in der Regel mit  $4\frac{1}{2}\%$  verzinslichen — Deckungsforderungen bilden für die Gläubigerinstitute den bilanzmäßigen Gegenposten der Gutschriften, die für die Aufwertung von Altsparranlagen oder als Währungsausgleich für nicht auf Deutsche Mark umgestellte Sparguthaben erteilt werden. Die aus dem Währungsausgleichsgesetz<sup>9)</sup> entstandenen Forderungen sind vom Lastenausgleichsfonds inzwischen größtenteils eingelöst worden, während die Tilgung der — aus dem Altsparrergesetz<sup>10)</sup> hervor-

<sup>7)</sup> Nach § 2 der 27. DVO zum Umstellungsgesetz. — <sup>8)</sup> Nach § 15 (2) der 43. DVO zum Umstellungsgesetz. — <sup>9)</sup> § 11 des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebenen in der Fassung vom 14. August 1952 (BGBl. I, S. 546). — <sup>10)</sup> § 19 des Altsparrergesetzes vom 14. Juli 1953 (BGBl. I, S. 495).

gangenen — Hauptmasse der Deckungsforderungen meist noch aussteht. Jedoch haben die beteiligten Kreditinstitute die Entschädigungsansprüche der Altsparer bereits überwiegend durch Maßnahmen der Vorfinanzierung freiwillig freigegeben.

Die am 31. März 1956 neben den Schulden aus Ausgleichs- und Deckungsforderungen bei den Gebietskörperschaften vorhandene verhältnismäßig geringfügige übrige inländische Altverschuldung aus Kreditmarktmitteln beschränkt sich hauptsächlich auf umgestellte Reichsmarkverbindlichkeiten der Gemeinden, der Hansestädte und Berlins (West). Dieser Teil der Altschulden ist im Rechnungsjahr 1955 in der Gesamtsumme um 20,6 Mill. DM weiter zurückgegangen und beträgt jetzt noch 134,2 Mill. DM. Unberücksichtigt bleiben dabei jedoch die Schuldverpflichtungen, die dem Bund insbesondere aus der geplanten Ablösung von Ansprüchen aus Reichsmarkschuldverschreibungen des Reiches erwachsen werden<sup>11)</sup>.

Besonders bemerkenswert ist ferner, daß auch innerhalb der Schulden bei Gebietskörperschaften eine ins Gewicht fallende Altverschuldung besteht; und zwar handelt es sich in der Hauptsache um die 622,2 Mill. DM, die Berlin (West) dem Bund schuldet. Diese Schuld bildet die Gegenverpflichtung zu der zinsfreien Schuldverschreibung in gleicher Höhe, die der Bank deutscher Länder seitens des Bundes anlässlich der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld ausgestellt wurde<sup>12)</sup>.

Von den sonstigen geldlichen Inlandsverpflichtungen der Gebietskörperschaften gehört die Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe in den Bereich der Altverbindlichkeiten. Sie ist durch das Lastenausgleichsgesetz an die Stelle der vorangegangenen „Umstellungsgrundschulden“ getreten und erscheint als eine öffentliche Grundstückslast, an der die Gebietskörperschaften am 31. März 1956 noch mit insgesamt 86,6 Mill. DM beteiligt sind (gegenüber 101,0 Mill. DM am 31. März 1955). Diese Verpflichtungen entfallen fast ausschließlich auf die Gemeinden einerseits und auf Berlin (West) und Hamburg andererseits.

### 3. Neuverschuldung

In der Gesamtsumme aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln, also ohne die Schulden bei Gebietskörperschaften, ist die — nach Abzug der Altschulden verbleibende — inländische Neuverschuldung von Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds), Ländern und Gemeinden im Rechnungsjahr 1955 um 1 336,5 Mill. DM auf 11 222,8 Mill. DM gestiegen. Das erhebliche Zurückbleiben der Zunahme gegenüber der vorjährigen (2 756,5 Mill. DM) hängt hier hauptsächlich mit der Entwicklung der öffentlichen Sondermittel zusammen, die sich, soweit sie von Sozialversicherungen stammen, im ganzen weit schwächer erhöht haben als im

<sup>11)</sup> Vgl. Entwurf zum „Kriegsfolgenschlußgesetz“ Bundestagsdrucksache 1659 vom 8. September 1955.

<sup>12)</sup> Auf Grund der Militärregierungsgesetze Nr. 67, in Kraft getreten am 20. März 1949.

Rechnungsjahr 1954. Immerhin sind die Verbindlichkeiten der Gebietskörperschaften aus öffentlichen Sondermitteln insgesamt von 2 534,8 Mill. DM am 31. März 1955 auf 2 839,6 Mill. DM am 31. März 1956 gewachsen; gleichzeitig jedoch hat die Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln im Gesamtumfang um 1 031,6 Mill. DM auf 8 383,2 Mill. DM zugenommen.

Es kennzeichnet die unterschiedliche Bedeutung der Darlehensquellen für die einzelnen Bereiche, daß die Gemeinden an der Neuverschuldung aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln mit besonders hohen Beträgen beteiligt sind. Im Rechnungsjahr 1955 hat sich der gemeindliche Anteil noch merklich vergrößert, nämlich von rund 39 vH (3 817,6 Mill. DM) auf über 44 vH (4 978,0 Mill. DM).

#### 3. Gesamtbetrag der inländischen Neuverschuldung<sup>1)</sup>

Schuldner	Stand am 31. März			Zu- (+) bzw. Abnahme (–) im Rechnungsjahr 1955	
	1954	1955	1956	Mill. DM	vH
Ohne Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lastenausgleich) <sup>2)</sup> .....	1 775,5	2 837,7	2 422,9	– 414,8	– 14,6
Lastenausgleich .....	237,5 <sup>3)</sup>	729,8	806,1	+ 76,3	+ 10,5
Länder .....	2 062,9	1 988,7	2 364,7	+ 376,0	+ 18,9
Hansestädte .....	262,0	311,3	355,2	+ 43,9	+ 14,1
Berlin (West) .....	101,0	201,2	295,8	+ 94,6	+ 47,0
Gemeinden (Gv.) <sup>4)</sup> .....	2 690,9	3 817,6	4 978,0	+ 1 160,4	+ 30,4
Zusammen .....	7 129,8	9 886,3	11 222,8	+ 1 336,5	+ 13,5
Einschließlich Schulden bei Gebietskörperschaften					
Bund (ohne Lastenausgleich) .....	1 775,5	2 837,7	2 422,9	– 414,8	– 14,6
Lastenausgleich .....	454,5 <sup>3)</sup>	954,8	1 331,1	+ 376,3	+ 39,4
Länder .....	6 936,9	8 007,6	9 279,1	+ 1 271,5	+ 15,9
Hansestädte .....	599,4	714,8	790,5	+ 75,7	+ 10,6
Berlin (West) .....	287,9	454,4	733,4	+ 279,0	+ 61,4
Gemeinden (Gv.) .....	3 404,2	4 794,3	6 149,7	+ 1 355,4	+ 28,3

<sup>1)</sup> Ohne Zahlungsrückstände. — <sup>2)</sup> Ferner ohne die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“ des Bundes. — <sup>3)</sup> Ohne 202,4 Mill. DM in der Schuldenstatistik zum 31. 3. 1954 nicht nachgewiesene Schulden des Lastenausgleichsfonds. — <sup>4)</sup> Mitenthalten sind die geringen bei Gebietskörperschaften etwa aufgenommenen Kassenkredite. Am 31. 3. 1954 ferner einschl. solcher staatlichen Mittel, die ab 31. 3. 1955 den Schulden bei Gebietskörperschaften zugeordnet sind.

Nach Einbeziehung der von anderen Gebietskörperschaften und vom Lastenausgleichsfonds stammenden Darlehen liegt das Schwergewicht der Neuverschuldung eindeutig bei den Ländern. Innerhalb der Länderverbindlichkeiten fällt die hohe Zuwachsrate (61,4 vH) der von Berlin (West) geschuldeten Kredite besonders auf. An der schnellen Aufwärtsbewegung der Neuverschuldung Berlins (West) in den letzten Jahren sind die Darlehnsaufnahmen aus Bundes- und Lastenausgleichsmitteln einerseits und aus öffentlichen Sondermitteln (ERP-Mitteln) andererseits maßgeblich beteiligt.

Zu den Neuschulden der Gebietskörperschaften treten noch die Zahlungsrückstände. Zum 31. März 1956 sind Zahlungsrückstände im Gesamtumfang von 115,3 Mill. DM (gegenüber 117,4 Mill. DM im Vorjahr) nachgewiesen; hiervon entfallen 62,4 Mill. DM auf den Lastenausgleichsfonds und 53,0 Mill. DM auf die Länder.

## B. Inlandschulden des Bundes und des Lastenausgleichsfonds

### 1. Bund

Im Gesamtbetrag erstmals seit 1950 rückläufig ist die Inlandschuld des Bundes. Sie stellt sich am 31. März 1956 auf 10 346,7 Mill. DM und hat somit gegenüber dem Stand des Vorjahres (10 699,4 Mill. DM) um 352,7 Mill. DM abgenommen. Die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“<sup>13)</sup> des Bundes und die Verbindlichkeiten des Lastenausgleichsfonds sind mit diesen Zahlen nicht erfasst.

Die Abnahme der bezeichneten Bundesschuld um 352,7 Mill. DM erklärt sich vor allem aus der weiteren Verminderung des Umlaufbetrages der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen. Im Zusammenhang mit der günstigen Entwicklung der Kassenlage des

Bundes ist jene schwebende Verschuldung von 498,9 Mill. DM am 31. März 1955 auf 94,0 Mill. DM<sup>14)</sup> am 31. März 1956 zurückgegangen. Außer Betracht bleiben dabei die Schatzwechsel und die unverzinslichen Schatzanweisungen, die der Bund im Rechnungsjahr 1955 erstmalig gegen Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder begeben und dieser (einschließlich eines Restbetrages von unverzinslichen Schatzanweisungen alter Emission)<sup>15)</sup> für Offenmarktgeschäfte über-

<sup>13)</sup> Laut Bundesvermögensnachweis belaufen sich diese, soweit sie auf Deutsche Mark lauten, am 31. März 1956 auf insgesamt 4 040,1 Mill. DM, von denen rund 4 020 Mill. DM auf die Verpflichtung des Bundes zur Erfüllung vertraglich eingegangener Verpflichtungen im Wehrhaushalt entfallen (Gegenposten auf der Aktivseite ist die Rückstellung für den Überhang an Besatzungskosten und Auftragsausgaben). — <sup>14)</sup> Restbetrag der unverzinslichen Schatzanweisungen für den Finanzausgleich unter den Ländern (kein Kassenkredit).

lassen hat; am 31. März 1956 waren diese Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen mit insgesamt 1 575,6 Mill. DM im Umlauf.

Innerhalb der fundierten Inlandschuld des Bundes zeigen die Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungen, nachdem sie im Vorjahr stark gewachsen waren, einen leichten Rückgang. In der Gesamtsumme hat sich die Bundesschuld aus Schuldbuchforderungen der Invaliden- und Arbeitslosenversicherung sowie der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Berichtsabschnitt um 9,9 Mill. DM auf 1 144,7 Mill. DM ermäßigt. Dieser Betrag umfaßt jedoch auch diejenigen Schuldbuchforderungen der Bundesanstalt, die vom Bund im Rechnungsjahr 1954 zur zeitweisen Anlage flüssiger Mittel zurückgekauft wurden (185,4 Mill. DM am 31. März 1956).

Anleihen hat der Bund im Rechnungsjahr 1955 nicht aufgenommen. Mit insgesamt 755,2 Mill. DM — einschließlich der vorübergehend zurückerworbenen Bundesanleihe von 1953 (255,0 Mill. DM) — ist die Schuld des Bundes aus Inlandsanleihen<sup>15)</sup> zum 31. März 1956 in gleicher Höhe nachgewiesen wie im Jahr zuvor. Auch die Prämienschatzanweisungen (Babybonds), die ab 1. September 1956 zum Nennwert eingelöst werden, sind am 31. März 1956 noch mit ihrem unveränderten Stand (38,3 Mill. DM) in der Bundesschuld enthalten.

Im Gegensatz zu den bisher erwähnten Bundesverpflichtungen haben sich die vom Bund geschuldeten Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder, Versicherungsunternehmen und Kreditinstitute im Gesamtumfang — um 62,0 Mill. DM auf 7 923,8 Mill. DM — weiter erhöht.

Wie schon im Vorjahr ist auch das erneute Anwachsen dieser Bundesschuld vorwiegend durch die den Berliner Altbanken und anderen Kreditinstituten in Ausführung des Umstellungsergänzungsgesetzes<sup>16)</sup> gewährten Forderungen bedingt. Insgesamt wurden diesen Instituten bis zum 31. März 1956 Ausgleichsforderungen im Betrage von 208,4 Mill. DM gewährt. Einen Teil hiervon haben die Gläubigerinstitute jedoch dem Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder abgetreten, der hieraus und daneben aus dem Erwerb von (1,2 Mill. DM) Rentenausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen Forderungen gegen den Bund in Höhe von 28,0 Mill. DM bis zum genannten Zeitpunkt erlangt hat.

Im Rechnungsjahr 1955 haben ferner die der Bank deutscher Länder (ohne Ankaufsfonds) zustehenden Forderungen weiter zugenommen. Sie belaufen sich am 31. März 1956 auf insgesamt 6 134,2 Mill. DM. Der Betrag umfaßt auch die schon erwähnten, gegen Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes umgetauschten Ausgleichsforderungen (1 575,6 Mill. DM); eingerechnet sind ferner die Forderungen der Bank aus der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld (622,2 Mill. DM) und aus dem Umstellungsergänzungsgesetz (10,0 Mill. DM).

Infolge von Berichtigungen haben sich andererseits die Verbindlichkeiten des Bundes aus Rentenausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen leicht verringert. Diese Bundesschuld in Höhe von 1 580,0 Mill. DM am 31. März 1956 versteht sich ohne die vom Ankaufsfonds erworbenen Rentenausgleichsforderungen (1,2 Mill. DM), aber einschließlich der aus Bundeshaushaltsmitteln von zeitweise illiquiden Versicherungsunternehmen angekauften Forderungen (15,0 Mill. DM), die erst nach dem genannten Stichtag erloschen sind<sup>17)</sup>.

<sup>15)</sup> Ohne die Schuldbuchforderungen der Sozialversicherungen sowie ohne Prämienschatzanweisungen. — <sup>16)</sup> Gesetz vom 21. September 1953, BGBl. I, S. 1439.

## 2. Lastenausgleichsfonds

Neben der betrachteten Bundesschuld sind die Darlehensverbindlichkeiten des Lastenausgleichsfonds zum 31. März 1956 mit insgesamt 3 417,6 Mill. DM nachgewiesen (gegenüber 2 666,8 Mill. DM zum 31. März 1955). Die Zunahme — um 750,8 Mill. DM — ist hier recht erheblich, aber weitaus geringer als im Rechnungsjahr 1954 (2 212,3 Mill. DM)<sup>18)</sup>.

Den Hauptanteil an der Verschuldung des Lastenausgleichs haben die gegen den Fonds gerichteten Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen, und zwar die auf dem Altspargesetz beruhenden Forderungen. Diese sind im Rechnungsjahr 1955 um 376,6 Mill. DM auf 2 084,3 Mill. DM angewachsen. Im Verhältnis hierzu fallen die daneben noch vorhandenen Deckungsforderungen aus dem Währungsausgleichsgesetz mit 2,2 Mill. DM am 31. März 1956 (und 4,3 Mill. DM am 31. März 1955) kaum ins Gewicht. Allerdings erscheint der Stand dieser Forderungen nur deshalb so gering, weil der Lastenausgleichsfonds bereits umfangreiche Tilgungen geleistet hat<sup>19)</sup>.

In ungefähr gleichem Umfang wie die Altschulden haben sich im Berichtsabschnitt die Neuschulden des Ausgleichsfonds erhöht. Sie bestehen, nachdem der bei der Bank deutscher Länder aufgenommene Kassenkredit (171,2 Mill. DM am 31. März 1955) abgedeckt wurde, jetzt ausschließlich aus Verbindlichkeiten gegenüber der Lastenausgleichsbank und dem Bund.

Bei der Lastenausgleichsbank ist der Ausgleichsfonds am 31. März 1956 im Gesamtbetrag von 806,1 Mill. DM verschuldet. Es handelt sich hierbei um Vorfinanzierungsmittel, die dem Fonds in den letzten Jahren aus der 1. Tranche (über 200,0 Mill. DM) und der 2. Tranche (über 250,0 Mill. DM) der Lastenausgleichsanleihe sowie aus steuerbegünstigten Darlehen zugeflossen sind. Die Eingänge aus der 2. Tranche der Anleihe fallen in das Rechnungsjahr 1955. Mit Rücksicht auf die Lage am Kapitalmarkt wurde der Zinssatz dieser im Juli 1955 mit einer Laufzeit von 12 Jahren und zum Kurs von 97 % begebenen Anleihe der Lastenausgleichsbank nachträglich von 5 1/2 % auf 6 % für die Dauer von 5 Jahren heraufgesetzt. Die übrigen Vorfinanzierungsmittel, d. h. die dem Ausgleichsfonds über die genannte Bank zugeleiteten steuerbegünstigten Darlehen, weisen am 31. März 1956 mit insgesamt 356,1 Mill. DM fast den gleichen Stand auf wie im Vorjahr.

Vom Bund hat der Ausgleichsfonds im April 1955 ein Darlehen von 300,0 Mill. DM als Liquiditätshilfe erhalten. Ferner ist der Fonds in Höhe der 225,0 Mill. DM verschuldet, die ihm in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 aus Kassenmitteln des Bundes gewährt wurden. Aus diesen Mitteln, die zur Finanzierung des Wohnungsbaus für Umsiedler und Sowjetzonenflüchtlinge bestimmt sind und darlehensweise an die in die Umsiedlungsaktion eingeschalteten Aufnahmelande weitergegeben wurden, ist der Fonds zugleich Gläubiger der Länder geworden.

Neben der besprochenen Verschuldung ist der Lastenausgleichsfonds am 31. März 1956 aus rückständigen Zinszahlungen, insbesondere für Deckungsforderungen, im Gesamtumfang von 62,4 Mill. DM verpflichtet (gegenüber 46,3 Mill. DM am 31. März 1955).

<sup>17)</sup> Auf Grund von § 12 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. Juni 1956. — <sup>18)</sup> Bei Ergänzung des Schuldenstandes vom 31. März 1954 um 389,4 Mill. DM nicht nachgewiesene Schulden des Ausgleichsfonds ermäßigt sich die Zunahme auf 1 822,9 Mill. DM. — <sup>19)</sup> Vgl. „Amtliches Mitteilungsblatt des Bundesausgleichsamtes“ vom 15. August 1956, S. 453.

## C. Inlandschulden der Länder

### 1. Gesamtbetrag

Im Unterschied zu der Entwicklung bei Bund und Lastenausgleichsfonds hat sich im Rechnungsjahr 1955 die Aufwärtsbewegung der Länderschuld noch verstärkt. Im Gesamtbetrag ist die inländische Alt- und Neuverschuldung der Länder, die Schulden bei Gebietskörperschaften miteingerechnet, um 1 663,7 Mill. DM (gegenüber 1 372,1 Mill. DM im Jahr zuvor) auf 24 030,6 Mill. DM gestiegen. An dieser Gesamtverschuldung sind die Stadtstaaten — Hamburg, Bremen und Berlin (West) — mit 4 123,6 Mill. DM beteiligt; auch hier ist der Schuldenzuwachs (395,2 Mill. DM) im ganzen größer als im Rechnungsjahr 1954 (267,4 Mill. DM).

Von der Inlandschuld der Länder am 31. März 1956 (24,0 Mrd. DM einschließlich der Schulden bei Gebietskörperschaften) entfallen 13 227,6 Mill. DM oder 55,0 vH auf Altverbindlichkeiten, also insbesondere auf die Schulden aus Ausgleichsforderungen<sup>20</sup>). Im Vergleich zum Vorjahresstand haben sich die Altverbindlichkeiten in der Gesamtsumme zwar erneut erhöht, aber wiederum nur leicht (um 37,5 Mill. DM). Demgegenüber hat die Neuverschuldung der Länder, nachdem sie im Rechnungsjahr 1954 um 1 352,6 Mill. DM gestiegen war, um 1 626,2 Mill. DM auf 10 803,0 Mill. DM zugenommen.

### 2. Kreditformen und -quellen

Den bei weitem größten Anteil an der Länderneuschuld und ihrer erheblichen Zunahme haben die beim Bund und beim Lastenausgleichsfonds aufgenommenen Darlehen, deren Gesamtbetrag mit 7 782,8 Mill. DM<sup>21</sup>) am 31. März 1956 um 1 111,6 Mill. DM höher liegt als am 31. März 1955. Im vorausgegangenen Berichtsabschnitt war der Zuwachs (1 273,6 Mill. DM) hier jedoch noch größer. Wenn sich die Länder im Rechnungsjahr 1955 dennoch stärker verschuldet haben als im Vorjahr, so beruht das auf der Entwicklung der Kreditmarktschulden: während der aus Kreditmarktmitteln stammende Teil der Länderneuschuld im Rechnungsjahr 1954 zurückgegangen war, hat er nunmehr beträchtlich zugenommen.

Die erwähnten Länderverbindlichkeiten gegenüber dem Bund und dem Lastenausgleichsfonds (7 782,8 Mill. DM) bestehen hauptsächlich aus Wohnbauschulden. Ihr Gegenwert ist den verschiedenen Bauherren, darunter auch Gemeinden, zugeflossen. In der umfangreichen Wohnbauschuld der Länder (welcher die aus der darlehensweisen Weitergabe der Mittel entstandenen Länderforderungen gegenüberstehen) spiegelt sich somit die Mitwirkung der öffentlichen Verwaltung an der Finanzierung des Wohnungsbaus in einem besonders bedeutsamen Ausschnitt wider.

Nach den zur Schuldenstatistik ausgewiesenen Beträgen hat sich die Verschuldung der Länder aus Wohnbaumitteln des Bundes und des Lastenausgleichsfonds im Rechnungsjahr 1955 um 962,4 Mill. DM auf insgesamt 7 160,8 Mill. DM erhöht (gegenüber einer Zunahme von 1 167,9 Mill. DM im Vorjahr). Bei Beurteilung dieser Zahlen darf jedoch nicht unbeachtet bleiben, daß die vom früheren Soforthilfefonds Tübingen an die Württembergische Landeskreditanstalt ausgeliehenen Wohnbaumittel (90,4 Mill. DM) in den Beträgen der Vorjahre — ab 31. März 1953 — als Schuld des Landes Baden-Württemberg nachgewiesen werden, während sie in der Landesschuld vom 31. März 1956 nicht mehr enthalten sind. Die 90,4 Mill. DM erscheinen jetzt nicht mehr als Teil der Länderverschuldung, weil die Württembergische Landeskreditanstalt dem Lastenausgleichsfonds gegenüber unmittelbare Schuldnerin des Darlehens geworden ist.

Von allen Ländern hat Nordrhein-Westfalen auch im Rechnungsjahr 1955 den absolut größten Zuwachs (399,2 Mill. DM) an Wohnbaukrediten des Bundes und Lastenausgleichsfonds zu verzeichnen. An zweiter Stelle, wenn auch mit beträcht-

### 4. Wohnbauschulden der Länder bei Bund und Lastenausgleich — Mill. DM —

Land	Stand am 31. März 1956			Dagegen am 31. 3. 1955
	Wohnbauschulden beim Lastenausgleichsfonds	Wohnbauschulden beim Bund	Zusammen	
Schleswig-Holstein	297,7	217,5	515,2	460,7
Niedersachsen	514,1	347,5	861,6	771,5
Nordrhein-Westfalen	1 289,5	1 020,9	2 310,4	1 911,2
Hessen	298,8	207,2	506,1	472,7
Rheinland-Pfalz	205,9	162,2	368,1	333,8
Baden-Württemberg	454,9 <sup>1)</sup>	470,4	925,3	892,0
Bayern	498,5	361,0	859,5	782,5
Länder ohne Hansestädte sowie ohne Berlin (West)	3 559,4	2 786,7	6 346,2	5 624,4
Hamburg	199,4	119,8	319,2	305,8
Bremen	61,1	38,0	99,1	77,1
Hansestädte	260,5	157,8	418,3	382,9
Länder und Hansestädte zusammen	3 819,9	2 944,5	6 764,5	6 007,2
Berlin (West)	107,6	288,7	396,3	191,2
Länder insgesamt	3 927,5 <sup>1)</sup>	3 233,2	7 160,8 <sup>1)</sup>	—
Dagegen am 31. 3. 1955	3 668,9 <sup>2)</sup>	2 529,5	—	6 198,4 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Ohne 90,4 Mill. DM Wohnbauschulden der Württembergischen Landeskreditanstalt, die in den Vorjahren als Teil der Länderschuld nachgewiesen sind.  
<sup>2)</sup> Einschl. der in Anmerkung 1 genannten 90,4 Mill. DM.

lichem Abstand, folgt nunmehr Berlin (West); hier ergibt sich die — gegenüber dem Vorjahr erheblich vergrößerte — Zunahme (205,1 Mill. DM) insbesondere aus dem Darlehen, das der Bund im Dezember 1955 zur Vorfinanzierung des sozialen Wohnungsbaus gewährt hat (120,0 Mill. DM). Das Darlehen soll aus dem Erlös einer von Berlin (West) aufzulegenden Anleihe zurückgezahlt werden.

Im Vergleich zu den Wohnbaukrediten fällt die Länderneuschuld aus sonstigen, also nicht dem Wohnungsbau vorbehaltenen Bundes- und Lastenausgleichsmitteln weniger ins Gewicht. Sie beträgt am 31. März 1956 insgesamt 622,0 Mill. DM; hiervon entfallen 229,6 Mill. DM auf Lastenausgleichsmittel, im wesentlichen auf Darlehen zur verstärkten Förderung der landwirtschaftlichen Flüchtlingssiedlung<sup>22</sup>). Schuldner der sonstigen Länderkredite des Bundes und Lastenausgleichsfonds (622,0 Mill. DM) sind vor allem die Länder Schleswig-Holstein (356,3 Mill. DM), Niedersachsen (70,6 Mill. DM), Nordrhein-Westfalen (41,5 Mill. DM), Berlin (West) (41,3 Mill. DM), Baden-Württemberg (37,1 Mill. DM) und Hessen (31,1 Mill. DM).

Neben der Verschuldung aus Bundes- und Lastenausgleichsmitteln haben die Darlehensbeträge, die den Ländern seit der Geldumstellung vom Kreditmarkt und aus öffentlichen Sondermitteln zugeflossen sind, am 31. März 1956 einen Gesamtumfang von 3 015,7 Mill. DM erreicht (nach Abzug der bis zum Stichtag erfolgten Tilgungen). Mit einem Zuwachs von 514,6 Mill. DM im Rechnungsjahr 1955 hat sich diese Länderneuschuld, die zum Teil ebenfalls aus der Finanzierung von Wohnungsbauten entstanden ist, in der Gesamtsumme erheblich stärker erhöht als im Vorjahr (75,1 Mill. DM). Im einzelnen aber ist die Entwicklung wieder recht unterschiedlich verlaufen.

Bei den Länderverbindlichkeiten aus öffentlichen Sondermitteln bleibt die Aufwärtsbewegung hinter der vorjährigen zurück. Die Verschuldung aus Krediten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sogar — um 51,5 Mill. DM auf 371,4 Mill. DM — abgenommen; beträchtliche Rückzahlungen haben hier die Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg geleistet. Insgesamt sind die Länderverbindlichkeiten aus Mitteln von Sozialversicherungen, ERP-Krediten und (geringen) Darlehen der Bundes-

<sup>20)</sup> Vgl. hierzu Abschnitt A 2. — <sup>21)</sup> Ohne 90,4 Mill. DM Wohnbauschulden der Württembergischen Landeskreditanstalt, die in den Vorjahren als Teil der Länderschuld nachgewiesen sind.

<sup>22)</sup> Nach § 46 (2) des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953 (BGBl. I, S. 201).

post zum 31. März 1956 mit 973,9 Mill. DM<sup>23)</sup> nachgewiesen, gegenüber 908,8 Mill. DM zum 31. März 1955.

Im gleichen Zeitabschnitt ist die Neuverschuldung der Länder aus Kreditmarktmitteln — nach rückläufiger Entwicklung im Rechnungsjahr 1954 — um 449,5 Mill. DM auf 2 041,8 Mill. DM gestiegen. Maßgebend hierfür sind die Bankdarlehen und unverzinslichen Schatzanweisungen. Erhöht haben sich also in erster Linie kürzer befristete Formen der Länderschuld, die bei Banken aufgenommenen Direktkredite um 164,8 Mill. DM<sup>24)</sup> auf 437,1 Mill. DM und die Verbindlichkeiten aus unverzinslichen Schatzanweisungen um 242,7 Mill. DM auf 281,0 Mill. DM. Besonders umfangreich sind die von Bayern neu aufgelegten unverzinslichen Schatzanweisungen (195,1 Mill. DM am 31. März 1956); dem steht allerdings gegenüber, daß der Umlauf der von diesem Land herausgegebenen Steuergutscheine von 227,3 Mill. DM am Beginn auf 136,2 Mill. DM am Ende des Rechnungsjahres 1955 gesunken ist.

Den größten Anteil an der Länderneuschuld aus Kreditmarktmitteln haben jedoch weiterhin die Anleiheverbindlichkeiten. Sie betragen am 31. März 1956 insgesamt 890,8 Mill. DM (ohne 48,8 Mill. DM verzinsliche Schatzanweisungen) und überschreiten damit den Stand des Vorjahres um 82,9 Mill. DM, obgleich sich die Anleiheschuld einiger Länder, hauptsächlich diejenige Bayerns und Hessens, ermäßigt hat. Neu hinzugetreten sind Länderanleihen im Gesamtumfang von 131,0 Mill. DM. Hiervon entfallen 75,0 Mill. DM auf Berlin (West), das aus dieser Anleihe die vom Bund im Rechnungsjahr 1954 gewährte Liquiditätshilfe zurückgezahlt hat, und 56,0 Mill. DM auf Niedersachsen. Der Zinssatz der beiden Anleihen, die im Sommer 1955 zum Kurs von 98 bzw. 97 % herausgekommen sind, ist von ursprünglich 5½ % auf 6 % für mehrere Jahre heraufgesetzt worden. Entsprechendes gilt für die von Bayern zum Zwecke des Umtausches der 8½igen Schatzanweisungen von 1952 (über ursprünglich 200,0 Mill. DM) begebene Umschuldungsanleihe (150,0 Mill. DM), nur daß der Zinssatz hier von 5½ % auf 7 % konvertiert wurde.

Die bisher betrachtete Länderneuschuld versteht sich einschließlich der Kassenkredite (im haushaltsrechtlichen Sinne). In den letzten Jahren haben diese ständig an Bedeutung verloren. Ihr erneuter Rückgang im Rechnungsjahr 1955 — um 79,5 Mill. DM auf 35,8 Mill. DM — ergibt sich vor allem aus dem Abbau von Schuldverpflichtungen, die den Ländern Berlin (West) und Baden (später Baden-Württemberg) im Jahre 1950 aus Krediten des Bundes erwachsen waren.

Nachdem diese alten Verbindlichkeiten fortgefallen sind, setzen sich die Kassenkredite der Länder nunmehr fast ausschließlich (zu 33,8 Mill. DM) aus Kurzkrediten zusammen; und zwar werden von den unverzinslichen Schatzanweisungen des Landes Rheinland-Pfalz 13,8 Mill. DM und von den Bankschulden sowie unverzinslichen Schatzanweisungen des Landes Bayern je 10,0 Mill. DM als Kassenkredite geführt. An alten, im Jahre 1950 entstandenen Verbindlichkeiten ist lediglich ein Restbetrag von 2,0 Mill. DM verblieben, der von Rheinland-Pfalz dem Bunde gegenüber geschuldet wird.

Auch die Verpflichtungen der Länder aus Zahlungsrückständen, soweit diese außerhalb der eigentlichen Verschuldung nachgewiesen sind, haben sich in der letzten Zeit laufend vermindert, im Rechnungsjahr 1955 um 18,1 Mill. DM auf 53,0 Mill. DM. Die jetzt noch vorhandenen Zahlungsrückstände beschränken sich in der Hauptsache auf den schon seit Jahren bestehenden, jedoch strittigen Anspruch des Bundes gegen Bayern in Höhe von 50,0 Mill. DM. Daneben gehören hierher die Rückstände Schleswig-Holsteins gegenüber der Landesgarantiekasse G. m. b. H. (1,6 Mill. DM) und des Landes Rheinland-Pfalz aus Zinszahlungen (1,4 Mill. DM).

Überhaupt nicht mehr erscheinen die früher für einige Län-

der (Schleswig-Holstein, Hessen, Niedersachsen) bedeutsamen Zahlungsrückstände aus der Arbeitslosenfürsorge. Solche „Alfu-Rückstände“ wurden letztmalig zum 31. März 1954 nachgewiesen, und zwar von Hessen mit einem Restbetrag von 5,0 Mill. DM.

### 3. Regionale Unterschiede

Auf die Einwohnerzahl bezogen macht die inländische Gesamtverschuldung der Länder ohne Stadtstaaten am 31. März 1956 im Durchschnitt 418,20 DM je Einwohner aus, während sie sich nach Abzug der Ausgleichsforderungen auf 195,13 DM je Einwohner beläuft. Die hohe Belastung der Länder durch Ausgleichsforderungen kommt in diesem Unterschied, der entsprechend auch für Hamburg, Bremen und Berlin (West) feststellbar ist, deutlich zum Ausdruck.

Die Ausgleichsforderungen richten sich im Regelfall gegen das Land, in welchem das Gläubigerinstitut seinen Sitz hat. Infolgedessen sind die einzelnen Länder uneinheitlich mit solchen Forderungen belastet, wenn auch die sich hieraus ergebenden Unterschiede im Ausmaß des Schuldendienstes durch einen speziellen Lastenausgleich nachträglich zum Teil aufgehoben werden. Der absoluten Höhe nach haben Nordrhein-Westfalen (mit 2935,3 Mill. DM), Bayern (mit 2287,7 Mill. DM) und Baden-Württemberg (mit 2003,4 Mill. DM) von allen Ländern die größte Verschuldung aus Ausgleichsforderungen aufzuweisen. In DM je Einwohner berechnet entfallen die höchsten Beträge dieser Verbindlichkeiten auf Baden-Württemberg und Bayern einerseits sowie auf Hamburg andererseits.

Die von Land zu Land im Gesamtumfang der Verschuldung bestehenden Abweichungen ergeben sich zum Teil aus der unterschiedlichen Belastung mit Ausgleichsforderungen. Durch die uneinheitliche Entwicklung der Neuschulden sind diese regionalen Unterschiede noch vergrößert worden.

Das gilt auch für das Rechnungsjahr 1955. Während dieser Zeit ist die auf die Einwohnerzahl bezogene Inlandschuld — bei Ausschaltung der Ausgleichsforderungen — im Durchschnitt der Länder ohne Stadtstaaten um 25,09 DM auf 195,13 DM je Einwohner (bei Einschluß der Ausgleichsforderungen um 23,03 DM auf 418,20 DM je Einwohner) gewachsen. Am stärksten überschritten wird die durchschnittliche Erhöhung wiederum von Schleswig-Holstein mit einer relativen Schuldzunahme — ohne Ausgleichsforderungen — von 58,58 DM auf 449,57 DM je Einwohner. Aber auch bei den Ländern Rheinland-Pfalz und Niedersachsen geht der entsprechende Schuldzuwachs mit 38,84 DM und 36,02 DM je Einwohner über den Durchschnittswert hinaus. Während

#### 5. Inländische Gesamtverschuldung<sup>1)</sup> der Länder am 31. März 1956

— DM je Einwohner —

Land	Schulden aus Aus- gleichs- forde- rungen	Alt- schulden		Neu- schulden	Schulden bei Gebiets- körper- schaften*)	Inlandschulden zusammen	
		aus Kreditmarkt- bzw. öffentlichen Sondermitteln		einschl.		ohne Ausgleichs- forderungen	
Schleswig- Holstein . . . . .	185,22	0,20	68,85	380,52	634,78	449,57	
Niedersachsen . . . . .	202,61	0,30	51,49	143,04	397,44	194,83	
Nordrhein- Westfalen . . . . .	199,78	—	13,62	160,07	373,46	173,68	
Hessen . . . . .	237,77	0,19	35,60	118,22	391,78	154,01	
Rheinland-Pfalz . . . . .	170,43	0,01	75,29	116,48	362,21	191,78	
Baden- Württemberg . . . . .	283,08	0,01	37,62	135,98	456,69	173,61	
Bayern . . . . .	249,71	0,61	108,54	95,22	454,08	204,36	
Länder ohne Hansestädte sowie ohne Berlin (West) . . . . .	223,06	0,19	49,68	145,27	418,20	195,13	
Hamburg . . . . .	597,84	9,30	97,33	185,75	890,22	292,37	
Bremen . . . . .	363,55	5,15	291,94	171,94	832,59	469,04	
Hansestädte . . . . .	536,27	8,21	148,47	182,12	875,07	338,80	
Berlin (West) . . . . .	291,58	15,59	134,73	482,78	924,68	633,11	

<sup>1)</sup> Ohne Zahlungsrückstände sowie ohne Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe. — <sup>2)</sup> Neuschulden einschl. der — fast ausschließlich auf Berlin (West) entfallenden — Altschulden.

Schleswig-Holstein vor allem weitere Bundesmittel in Anspruch genommen hat, sind bei Rheinland-Pfalz die neu begebenen unverzinslichen Schatzanweisungen und andere Kreditmarktmittel ausschlaggebend für die Aufwärtsbewegung der Schulden. In dem vergrößerten Schuldenstand des Landes Niedersachsen kommen neben Krediten vom Bund und Lastenausgleichsfonds insbesondere auch die neu aufgenommenen Anleihemittel zur Auswirkung.

Besonders erheblich unter der relativen durchschnittlichen Steigerung (25,09 DM ohne Ausgleichsforderungen) bleibt Hessen mit einer Schuldenzunahme von 10,57 DM auf 154,01 DM je Einwohner. Hier und bei Nordrhein-Westfalen — mit einem Zuwachs von 22,14 DM auf 173,68 DM je Einwohner — hat sich die Aufwärtsbewegung gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt, maßgeblich bedingt durch verringerte

Darlehensaufnahmen beim Bund und Lastenausgleichsfonds (so in Hessen) oder durch die Tilgung öffentlicher Sondermittel (in Nordrhein-Westfalen).

Abweichend von der Mehrzahl der Länder ist auch in Hamburg die Inlandschuld im Rechnungsjahr 1955 nicht im gleichen Maße weiter gestiegen wie im Vorjahr. Das gilt weniger für den Gesamtbetrag der Schulden, dessen Höhe in Hamburg durch ein verstärktes Anwachsen der Ausgleichsforderungen, beeinflusst ist, als für die Verschuldung ohne Ausgleichsforderungen. Für diesen Teil der Verbindlichkeiten Hamburgs (292,37 DM je Einwohner) stellt sich die Zunahme auf nur 5,28 DM je Einwohner — gegenüber 46,91 DM im Rechnungsjahr 1954. Die Rückläufigkeit im Zuwachsbetrag ist hier vor allem durch den verringerten Zufluß von Bundes- und Lastenausgleichsmitteln bedingt.

## D. Inlandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

### 1. Gesamtbetrag

Bei Einschluß der von anderen Gebietskörperschaften und vom Lastenausgleichsfonds stammenden Kommunalkredite sind die Inlandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände im Gesamtbetrag von 4 891,7 Mill. DM am 31. März 1955 auf 6 237,0 Mill. DM am 31. März 1956, also um 1 345,3 Mill. DM, gestiegen. Wie in den Vorjahren ist diese Zunahme ein Saldo aus dem Zuwachs der Neuschulden und dem Rückgang der Altschulden.

Da die Gemeinden mit Ausgleichsforderungen nicht belastet sind, hat die Altverschuldung bei ihnen von Anfang an nicht die Bedeutung gehabt wie bei Bund und Ländern. Immerhin entfielen am 31. März 1950, also bald nach der Geldumstellung, nahezu 35 vH (187,7 Mill. DM) der kommunalen Inlandschuld (542,4 Mill. DM) auf Altschulden, hauptsächlich auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und dem Umschuldungsverband deutscher Gemeinden. Bezieht man außerdem die der jetzigen Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe entsprechenden, damals noch recht beträchtlichen Umstellungsgrundschulden der Gemeinden (122,9 Mill. DM) mit ein, so erhöht sich der Anteil der Altverpflichtungen zwar auf rund 47 vH; zur gleichen Zeit jedoch bestand die Inlandschuld bei Bund und Ländern zu etwa neun Zehnteln aus Altschulden.

Inzwischen haben die Gemeinden ihre Altverbindlichkeiten größtenteils getilgt. Am 31. März 1956 machen diese Schulden, nachdem sie im Rechnungsjahr 1955 um weitere 10,1 Mill. DM auf 87,3 Mill. DM zurückgegangen sind, weniger als 1,5 vH der gemeindlichen Inlandsverschuldung aus (ohne die Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe mit 61,3 Mill. DM).

Auf der anderen Seite hat sich die Neuverschuldung der Gemeinden laufend beträchtlich erhöht, im Rechnungsjahr 1955 um 1 355,4 Mill. DM auf 6 149,7 Mill. DM. Dieser jüngste Zuwachs ist zwar kleiner als im Vorjahr (1 390,1 Mill. DM), aber noch um rund 250 Mill. DM größer als im Rechnungsjahr 1953.

### 2. Kreditquellen

Die von den Gemeinden seit der Geldumstellung von 1948 aufgenommenen Darlehen stammen zum weitaus größten Teil aus Kreditmarktmitteln. Doch fallen auch die von anderen Gebietskörperschaften, hauptsächlich von den Ländern, zur Verfügung gestellten Darlehen erheblich ins Gewicht. Sie bilden den zweithöchsten Hauptbetrag der gemeindlichen Inlandschuld und sind zum 31. März 1956 (einschließlich der Schulden beim Lastenausgleichsfonds) mit insgesamt 1 171,6 Mill. DM erfaßt. Zu diesen Neuschulden treten noch die restlichen Altverbindlichkeiten aus Mitteln von Gebietskörperschaften (15,9 Mill. DM).

Mit einer Zunahme von 195,0 Mill. DM im Rechnungsjahr 1955 ist die kommunale Neuverschuldung aus Darlehen anderer Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds nicht im gleichen Maße weitergewachsen wie im Rechnungsjahr 1954 (263,3 Mill. DM). Dabei bleibt allerdings zu beden-

### 6. Quellen der kommunalen Neuverschuldung

— Mill. DM —

Art der Schulden	Stand der Schulden am 31. März			
	1953	1954	1955	1956
<b>1. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>				
bei Sparkassen .....	342,9	547,5	768,2	1 034,2
bei Girozentralen .....	536,3	808,8	1 126,2	1 411,4
bei Landeskreditanstalten <sup>1)</sup> .....	114,9	160,2	98,3	123,3
bei sonstigen Kreditinstituten .....	155,0	307,1	592,7	759,1
bei Versicherungen und bei Bauspar-				
kassen <sup>2)</sup> .....	230,3	362,2	498,9	640,5
Inhaberschuldverschreibungen .....	—	26,1	69,9	69,9
Hypotheken .....	32,8	36,6	35,3	18,8 <sup>3)</sup>
Restkaufgelder <sup>4)</sup> .....	—	—	35,9	36,7
Übrige Kreditmarktmittel <sup>5)</sup> .....	80,9	91,5	90,4	129,3
<b>Zusammen<sup>6)</sup> .....</b>	<b>1 493,1</b>	<b>2 340,0</b>	<b>3 315,8</b>	<b>4 223,3</b>
<b>2. Neuschulden aus öffentlichen</b>				
<b>Sondermitteln</b>				
Kredite von der Arbeitslosen-				
versicherung <sup>7)</sup> .....	30,0	35,5	75,8	129,0
Kredite von sonstigen				
Sozialversicherungen .....	62,8	115,8	216,8	361,3
ERP- (ECA-) Kredite .....	161,8	166,3	178,7	230,6
<b>Zusammen .....</b>	<b>254,6</b>	<b>317,6</b>	<b>471,3</b>	<b>720,9</b>
<b>3. Neuschulden bei Gebiets-</b>				
<b>körperschaften</b>				
Kredite von Bund und Ländern <sup>8)</sup> ..		663,8	920,8	1 099,1
Kredite von Gemeinden und	521,8			
Gemeindeverbänden .....		36,0	36,2	50,5
Kredite vom Lastenausgleichsfonds <sup>9)</sup>		13,5	19,6	22,0
Neuverschuldung ohne Kassenkredite				
(Summe 1 bis 3) .....	2 269,5	3 370,8	4 763,7	6 115,9
<b>4. Kassenkredite .....</b>	<b>32,6</b>	<b>33,4</b>	<b>30,5</b>	<b>33,8</b>
<b>Inländische Neuverschuldung</b>				
<b>insgesamt .....</b>	<b>2 302,1</b>	<b>3 404,2</b>	<b>4 794,3</b>	<b>6 149,7</b>

<sup>1)</sup> In Baden-Württemberg und in Bayern (hier: Landesbodenkreditanstalt).

<sup>2)</sup> Ohne Sozialversicherungen. — <sup>3)</sup> In teilweiser Abweichung von den Ergebnissen der Vorjahre nur noch Hypotheken und Grundschulden, die beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden. Außerdem Rentenschulden. — <sup>4)</sup> Restkaufgelder mit und ohne hypothekarische Sicherung; vor 1955 zum Teil in „Übrige Kreditmarktmittel“ mitenthalten. — <sup>5)</sup> Darunter auch Schuld-  
aufnahmen bei der Bundespost. — <sup>6)</sup> Ohne Kassenkredite. Die in Baden-Württemberg über die Landeskreditanstalten und in Bayern über die Landesbodenkreditanstalt an Gemeinden geleiteten staatlichen Darlehen (Hauptfall) sind ab 1955 — teilweise erst zum 31. 3. 1956 — den Krediten von Bund und Ländern zugeordnet. — <sup>7)</sup> Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — <sup>8)</sup> Vgl. Anm. 6, Satz 2. — <sup>9)</sup> Unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommen; vor 1954 nicht gesondert nachgewiesen.

ken, daß sich hier nicht nur der Umfang der Darlehensaufnahmen, sondern auch die Art der statistischen Nachweisung verändert hat. Das gilt besonders für die in Baden-Württemberg über die Landesbodenkreditanstalt und in Bayern über die Landesbodenkreditanstalt an Gemeinden geleiteten staatlichen Darlehen, die jetzt — ihrer Herkunft nach — unter den Schulden bei Gebietskörperschaften nachgewiesen werden, während sie in den Vergleichszahlen für die Zeit vor dem 31. März 1955 (teilweise auch noch im Ergebnis für 1955) den Kreditmarktschulden bei Banken zugeordnet sind.

Durch diese vollständigere Zuordnung staatlicher Mittel mitbewirkt, hatten sich im Rechnungsjahr 1954 innerhalb der gemeindlichen Verschuldung aus Bundes- und Länderkrediten die Wohnbaudarlehen besonders stark erhöht (um 119,2 Mill. DM). Dagegen liegt im Rechnungsjahr 1955 das Schwerk-  
gewicht der Aufwärtsbewegung nicht bei den aus staatlichen

Mitteln stammenden Wohnbaudarlehen, die immerhin um 37,8 Mill. DM auf 341,2 Mill. DM gestiegen sind, sondern bei den „sonstigen Krediten von Bund und Ländern“. Hier ist der verhältnismäßig hohe Zuwachs — um 109,9 Mill. DM auf 535,6 Mill. DM — jedoch auch darin begründet, daß nunmehr auch sämtliche von bayerischen Gemeinden aufgenommenen „Staatszuschußdarlehen“ einbezogen sind. Im Unterschied hierzu sind diese in den Vergleichszahlen für den 31. März 1955 teilweise noch der Kreditmarktverschuldung zugeordnet und hier als Schulden bei der Landesbodenkreditanstalt und als Schulden bei Girozentralen nachgewiesen.

Die erwähnten Staatszuschußdarlehen weichen von der üblichen Schuldform insofern ab, als bei ihnen der Schuldendienst aus Tilgung und Verzinsung nicht von den Gemeinden selbst, sondern vom bayerischen Staat getragen wird. Dennoch gehen die Gemeinden bei Aufnahme dieser Darlehen Schuldverhältnisse ein, und zwar den zwischengeschalteten Banken — der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt und der Bayerischen Gemeindebank (Girozentrale) — gegenüber. Von der Gesamtverschuldung bayerischer Gemeinden aus „sonstigen Krediten von Bund und Ländern“ am 31. März 1956 entfallen 42,6 Mill. DM oder rund 44 vH auf solche — ausschließlich langfristigen — Staatszuschußdarlehen. Sie dienen der Finanzierung von Vorhaben wie Wildbachverbauungen, Wasserversorgungsanlagen und sind im Zusammenhang hiermit vor allem kleineren und kleinsten Gemeinden zugeflossen.

In der Gesamtsumme merklich (um 14,3 Mill. DM) erhöht hat sich im Rechnungsjahr 1955 auch die Verschuldung der Gemeinden bei Gemeindeverbänden und anderen Gemeinden, besonders in Niedersachsen (6,6 Mill. DM). Doch hält sich diese Verschuldung mit insgesamt 50,5 Mill. DM weiterhin in engen Grenzen.

Die unmittelbar vom Lastenausgleichsfonds stammenden Kommunalkredite (22,0 Mill. DM) bleiben gleichfalls verhältnismäßig gering. Sie werden überwiegend von kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen geschuldet und sind für den Auf- und Ausbau von Altersheimen, Kindergärten sowie für ähnliche Maßnahmen der „Heimförderung“ gewährt worden.

Besonders erheblich ist auch im Rechnungsjahr 1955 die kommunale Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln gewachsen; sie hat in diesem Zeitabschnitt um 907,5 Mill. DM zugenommen (gegenüber 975,9 Mill. DM im Jahr zuvor; jeweils ohne Kassenkredite). Jedoch ist der genaue zeitliche Vergleich insbesondere durch die bereits erwähnte veränderte Nachweisung staatlicher Mittel beeinträchtigt. Auf diese Änderungen ist es auch zurückzuführen, daß die bei den Landesbodenkreditanstalten Baden-Württembergs und der Landesbodenkreditanstalt Bayerns aufgenommenen Schulden, soweit sie auf Kreditmarktmittel entfallen, selbst jetzt noch mit einem niedrigeren Betrage erscheinen als am 31. März 1954.

In ihrem um die erwähnten öffentlichen Mittel bereinigten Gesamtbetrag (ohne Kassenkredite) belaufen sich die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln jetzt auf 4 223,3 Mill. DM. Mehr als die Hälfte hiervon ist den Gemeinden von Sparkassen und Girozentralen zugeflossen. Bei diesem Teil der Verschuldung hat sich die Aufwärtsbewegung auch im Rechnungsjahr 1955 nicht abgeschwächt. Andererseits sind aber die von „sonstigen Kreditinstituten“, darunter von Hypothekenbanken, gewährten Kommunaldarlehen — mit einer Zunahme von 166,4 Mill. DM auf 759,1 Mill. DM — bedeutend geringer gewachsen als im Vorjahr (285,6 Mill. DM). Hingegen bewegt sich der Beitrag, den Versicherungsunternehmen und Bausparkassen zur Kreditversorgung der Gemeinden geleistet haben (141,6 Mill. DM), nach den vorliegenden Angaben ungefähr auf gleicher Höhe wie im Rechnungsjahr 1954.

Einen bemerkenswerten Zuwachs von rund 39 Mill. DM haben in jüngster Zeit die als „übrige Kreditmarktmittel“ bezeichneten gemeindlichen Neuschulden erfahren. Es handelt sich bei diesen Darlehen vor allem um Schuldauflagen bei Privaten, aber auch bei öffentlichen Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Zweckverbänden, Wohnungs- und

Siedlungsgesellschaften. Vollständiger als in den Vorjahren sind den „übrigen Kreditmarktmitteln“ jetzt die bei der Bundespost aufgenommenen Darlehen zugeordnet.

Neben der Kreditmarktverschuldung und den Schulden bei Gebietskörperschaften sind die von Sozialversicherungen und aus dem ERP-Sondervermögen stammenden Kommunaldarlehen mit insgesamt 720,9 Mill. DM nachgewiesen. Hier geht die Zunahme mit 249,6 Mill. DM oder 53,0 vH des Standes dieser öffentlichen Sondermittel am 31. März 1955 sogar relativ über den Zuwachs des Rechnungsjahres 1954 (153,7 Mill. DM oder 48,4 vH) erheblich hinaus.

### 3. Verwendungszwecke

Ein erheblicher Teil der im gemeindlichen Bereich anfallenden Investitionen wird im Kreditwege finanziert<sup>25)</sup>. Somit hängt die schnelle Aufwärtsbewegung der Verschuldung hier aufs engste mit Umfang und Zunahme der Investitionen zusammen.

#### 7. Verwendungszwecke der kommunalen Neuverschuldung<sup>1)</sup> nach dem Stand der Schulden am 31. März 1956

— Mill. DM —

Verwaltungszweig	Schulden			Neuverschuldung zusammen	Darunt.: in der Zeit vom 1. 4. 1955 bis zum 31. 3. 1956 aufgenommen
	aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften		
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>					
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ....	304,1	93,3	36,4	433,8	124,1
Eigener Wohnungsbau einschl. Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens .....	394,9	42,3	302,2	739,4	115,4
Zusammen .....	699,0	135,6	338,6	1 173,2	239,5
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	100,8	14,1	28,3	143,1	37,4
Schulen .....	621,0	39,0	106,1	766,1	222,3
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	265,3	51,2	28,4	344,9	100,3
Übrige Gesundheits- und Jugendpflege .....	30,7	3,1	1,7	35,5	10,0
Straßen und sonstiger Tiefbau .....	519,0	71,8	248,0	838,9	242,1
Übriges Bauwesen .....	83,5	17,6	51,1	152,2	41,6
Stadtentwässerung .....	327,5	100,7	151,9	580,2	205,1
Übrige öffentliche Einrichtungen .....	172,9	8,4	12,6	193,9	53,8
Wirtschaftsförderung .....	65,1	8,0	14,3	87,3	26,4
Übrige Kämmererverwaltungen <sup>2)</sup> .....	238,4	15,8	50,7	304,9	85,6
Zusammen .....	2 424,2	329,6	693,1	3 446,9	1 024,4
Summe I .....	3 123,2	465,2	1 031,7	4 620,1	1 263,9
<b>II. Wirtschaftsunternehmen<sup>3)</sup></b>					
Elektrizitätsversorgung ..	308,5	86,6	14,4	409,5	114,6
Gasversorgung .....	163,6	56,2	9,2	229,1	43,9
Wasserversorgung .....	340,6	72,0	90,9	503,5	155,1
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	23,0	9,8	3,3	36,1	14,7
Übrige Verkehrsunternehmen .....	115,5	17,3	10,9	143,6	42,2
Übrige Unternehmen .....	148,9	13,9	11,2	174,0	51,9
Summe II .....	1 100,1	255,7	139,9	1 495,8	422,4
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	806,1	215,5	69,0	1 090,6	297,2
Summe I und II .....	4 223,3	720,9	1 171,6	6 115,9	1 686,3
darunter: für Beseitigung von Kriegsschaden verwendet .....	687,4	108,2	167,7	963,4	170,1

<sup>1)</sup> Ohne Kassenkredite. — <sup>2)</sup> Vor allem einschl. Sondervermögen, allgemeinem Kapitalvermögen und nicht aufgeteilter Beträge. — <sup>3)</sup> Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind nach Verwendungsarten (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt.

Gliedert man die am 31. März 1956 bestehende kommunale Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln, öffentlichen Sondermitteln und Schulden bei Gebietskörperschaften (zusammen 6 115,9 Mill. DM ohne Kassenkredite) nach Verwendungszwecken, so bestätigt sich erneut, daß die für Aufgaben-

<sup>25)</sup> Vgl. den Aufsatz „Investitionen und Schuldauflagen der Gemeinden in den Rechnungsjahren 1948 bis 1955“ in „Wirtschaft und Statistik“, N. F., 8. Jg., Heft 5, Mai 1956.

bereiche der Kämmerieverwaltungen beschafften Darlehen in erster Linie zur Finanzierung von Wohnungen, Straßen, Schulen, Anlagen der Stadtentwässerung und Einrichtungen des Gesundheitswesens (insbesondere Krankenhäusern) dienen. Die hierfür verwendeten Kreditbeträge belaufen sich auf insgesamt 3 703,2 Mill. DM (60,6 vH der Neu-schulden).

Im ganzen entfallen mehr als drei Viertel der Neuverschuldung auf Investitionen der Kämmerieverwaltungen. Die übrigen 1 495,8 Mill. DM (24,5 vH) dienen dem Kapitalbedarf gemeindlicher Wirtschaftsunternehmen. Außer Betracht bleiben dabei allerdings die nicht über die Haushalte der Gemeinden laufenden Schuldaufnahmen vergesellschafteter Unternehmen. Die genannten 1 495,8 Mill. DM, zu denen noch entsprechende Altschulden mit einem Restbetrag von 12,2 Mill. DM treten, umfassen also lediglich die auf kommunale Bruttobetriebe und Eigenbetriebe entfallenden Kredite. Hieran sind die von den Gemeinden an ihre Eigenbetriebe<sup>26)</sup> weitergegebenen Darlehen jetzt mit insgesamt 1 090,6 Mill. DM beteiligt. Sie machen demnach rund 73 vH der kreditfinanzierten Investitionen des erfaßten gemeindlichen Wirtschaftsbereiches aus.

Innerhalb der kommunalen Versorgungs- und Verkehrswirtschaft hat der hohe und wachsende Kapitalbedarf der Wasserversorgung zu einer besonders umfangreichen Verschuldung geführt. Diese 503,5 Mill. DM umschließen neben den Darlehensaufnahmen für Einzelwerke auch die Kreditbeträge, die bei kombinierten Unternehmen („Stadtwerken“) für die Wasserversorgung eingesetzt wurden. Ebenso sind in Übersicht 7 die für andere Betriebsarten (z. B. Elektrizität, Gas) kombinierter Unternehmen beschafften Darlehen bei den entsprechenden Zweigen der Versorgungs- und Verkehrswirtschaft miteingerechnet.

Wie es der Zusammensetzung der kommunalen Verschuldung entspricht, stammen die für Aufgaben der Kämmerieverwaltungen und für Wirtschaftsunternehmen verwendeten Darlehensbeträge überwiegend aus Kreditmarktmitteln. Es zeigt sich bei ihnen und bei den investierten Mitteln anderer Herkunft im wesentlichen die gleiche Schwerpunktbildung des Einsatzes, die vorstehend für die Gesamtsumme der Neuverschuldung festgestellt wurde. Im einzelnen jedoch gelten bemerkenswerte Unterschiede. So entfallen von den Schulden bei Gebietskörperschaften, zumeist also von den Länderkrediten, die größten Einzelbeträge auf den Bau von Straßen und gemeindeeigenen Wohnungen (zusammen 550,3 Mill. DM oder annähernd 50 vH dieser Schulden). An der Verwendung der öffentlichen Sondermittel haben dagegen neben Vorhaben der Stadtentwässerung und weitergegebenen Wohnbaudarlehen vor allem die für Versorgungsbetriebe aufgenommenen Kredite, hier in erster Linie ERP-Mittel, einen besonders hohen Anteil. Im ganzen sind die vorgenannten Investitionen mit 408,8 Mill. DM oder 56,7 vH an den Schulden aus öffentlichen Sondermitteln beteiligt.

Auch die im Rechnungsjahr 1955, d. h. in der Zeit vom 1. April 1955 bis zum 31. März 1956 aufgenommenen Kredite dienen in der Hauptsache der Finanzierung von Straßen, Wohnungen, Schulen, Kanalisationen, Krankenhäusern einerseits und von Versorgungsbetrieben andererseits.

Insgesamt sind die im genannten Zeitabschnitt beschafften Darlehen mit 1 686,3 Mill. DM im gemeindlichen Schuldenstand vom 31. März 1956 enthalten. Der Betrag ist im wesentlichen mit dem Brutto-Schuldenzugang des Rechnungsjahres 1955 identisch und daher größer als die — nach Abzug der Tilgungen verbleibende — Zunahme der kommunalen Neuverschuldung (1 352,1 Mill. DM ohne Kassenkredite).

Im Unterschied zu dieser Zunahme geht jener Schuldenzugang über den des Vorjahres, also über die in der Zeit vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1955 aufgenommenen Darlehen (1 636,8 Mill. DM), noch hinaus. Weiter erhöht haben sich insbesondere die Schuldaufnahmen für Stadtentwässerung, Einrichtungen des Gesundheitswesens, Straßenbau und

Wasserversorgung, insgesamt um 97,5 Mill. DM. Bedeutend, nämlich im ganzen um 103,7 Mill. DM, niedriger als im Rechnungsjahr 1954 sind hingegen die für den Wohnungsbau eingegangenen Darlehensverbindlichkeiten.

#### 4. Laufzeiten

Die gegenwärtige Verschuldung der Gemeinden besteht größtenteils aus langfristigen Verbindlichkeiten. Die Laufzeiten der Schulden entsprechen somit weitgehend dem Kreditbedarf der kommunalen Verwaltung, der, wie die beschriebenen Verwendungszwecke erkennen lassen, regelmäßig langfristiger Art ist. Und zwar hat sich dieses Entsprechungsverhältnis in den letzten Jahren, besonders von 1954 ab, immer stärker durchgesetzt. Bei Einschluß der Annuitätsdarlehen<sup>27)</sup>, die durchweg gleichfalls als langfristig anzusehen sind, ist der Anteil der für 10 Jahre und länger aufgenommenen Kredite an der kommunalen Neuverschuldung (ohne Kassenkredite) von 78,4 vH am 31. März 1954 auf 88,7 vH am 31. März 1956 gestiegen<sup>28)</sup>.

#### 8. Laufzeiten der kommunalen Neuverschuldung<sup>1)</sup> nach dem Stand der Schulden am 31. März 1956

Darlehen mit einer Laufzeit von	Schulden			Neuverschuldung zusammen	
	aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften		
	Mill. DM				vH
unter 4 Jahren .....	110,1	4,9	9,2	124,2	2,0
4 bis unter 10 Jahren .....	442,8	81,9	45,3	570,0	9,3
10 und mehr Jahren einschl. Annuitätsdarlehen ..	3 670,3	634,1	1 117,2	5 421,7	88,7
zusammen .....	4 223,3	720,9	1 171,6	6 115,9	100
darunter: Annuitätsdarlehen .....	2 210,7	303,4	727,6	3 241,8	53,0

<sup>1)</sup> Ohne Kassenkredite. Die Annuitätsdarlehen sind den für 10 Jahre und länger aufgenommenen Schulden zugeordnet.

Zugenommen haben im Rechnungsjahr 1955 fast nur die langfristigen Verbindlichkeiten, die Annuitätsdarlehen um 874,1 Mill. DM auf 3 241,8 Mill. DM, die sonstigen für 10 Jahre und länger aufgenommenen Neuschulden von 1 666,0 Mill. DM auf 2 179,9 Mill. DM. Mit einer überdurchschnittlich hohen Quote (95,4 vH) sind die langfristigen Verbindlichkeiten an den Schulden bei Gebietskörperschaften beteiligt.

Erneut vermindert hat sich andererseits der Umfang der kurzfristigen, weniger als 4 Jahre laufenden Schulden der Gemeinden. Eine Ausnahme machen nur die Kassenkredite, die am 31. März 1956 mit 33,8 Mill. DM in Anspruch genommen waren, gegenüber 30,5 Mill. DM im Vorjahr. Die sonstigen, gleichfalls verhältnismäßig unbedeutenden kurzfristigen Schulden sind zwischen den beiden Stichtagen von 141,3 Mill. DM auf 124,2 Mill. DM zurückgegangen. Es handelt sich bei diesen Darlehen in der Hauptsache um Kreditmarktschulden bei Banken und Sparkassen.

Auch die mit einer Laufzeit von 4 bis unter 10 Jahren ausgestatteten Kommunalдарlehen, die ebenfalls überwiegend aus Kreditmarktmitteln stammen, haben sich rückläufig entwickelt. Ihr prozentualer Anteil an den Neuschulden ist abermals gesunken; außerdem hat nunmehr auch ihr Betrag, der in den Vorjahren noch gewachsen war, abgenommen (um 18,7 Mill. DM auf 570,0 Mill. DM).

#### 5. Unterschiede in der Verschuldung von Land zu Land und zwischen den verschiedenen Arten kommunaler Gebietskörperschaften

In den meisten Ländern hat sich der Gesamtbetrag der gemeindlichen Inlandschulden im Rechnungsjahr 1955, absolut gesehen, noch stärker erhöht als im Jahr zuvor. Eine Ausnahme machen nur die Gemeinden Nordrhein-Westfalens und

<sup>26)</sup> Gemeint sind Betriebe im Sinne der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938 bzw. — in Nordrhein-Westfalen — vom 22. Dezember 1953.

<sup>27)</sup> Darlehen, die in gleichbleibenden Jahresleistungen (Annuitäten) aus Tilgung und Verzinsung zurückgezahlt sind. — <sup>28)</sup> Die am 31. März 1956 noch verbliebene inländische Altverschuldung der Gemeinden besteht größtenteils (zu 66,1 Mill. DM) aus Annuitätsdarlehen.

Schleswig-Holsteins. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen bleibt der Zuwachsbetrag (310,4 Mill. DM) erheblich hinter dem des Rechnungsjahrs 1954 (508,9 Mill. DM)<sup>29)</sup> zurück. Dennoch ist in diesem Lande wiederum die absolut größte Schuldenzunahme zu verzeichnen.

9. Inländische Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Land Art der Gebietskörperschaft	31. 3. 1955	31. 3. 1956	31. 3. 1955	31. 3. 1956	Zu- nahme
	Mill. DM		DM je Einwohner <sup>1)</sup>		
Schleswig-Holstein	257,8	303,8	110,88	132,65	21,77
Niedersachsen	503,2	703,4	76,40	107,35	30,95
Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>	1 570,7	1 881,1	108,99	128,02	19,03
Hessen	554,7	744,9	123,30	163,94	40,64
Rheinland-Pfalz	293,5	402,7	90,40	122,63	32,23
Baden-Württemberg	885,2	1 165,2	127,62	164,64	37,02
Bayern	826,6	1 035,8	90,23	113,07	22,84
Insgesamt	4 891,7	6 237,0	103,71	131,02	27,31
davon:					
Kreisfreie Städte	2 750,8	3 452,5	168,09	205,21	37,12
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	1 736,5	2 254,2	56,38	73,24	16,86
davon mit					
10 000 und mehr Einwohnern	712,9	887,1	105,64	130,60	24,96
3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	519,8	677,2	65,07	83,81	18,74
weniger als 3 000 Einwohnern	491,6	672,2	30,60	42,26	11,66
Ämter	12,1	17,7	2,33	3,41	1,08
Landkreise	368,5	476,7	11,96	15,49	3,53
Bezirksverbände <sup>3)</sup>	35,9	53,6	1,09	1,59	0,50

<sup>1)</sup> Bei Errechnung dieser Relativzahlen sind auch die Einwohnerzahlen derjenigen Gemeinden miteinfaßt, die am 31. 3. 1955 bzw. 1956 keine Schulden haben. — <sup>2)</sup> Einschl. Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, deren Schulden nicht mehr als staatliche, sondern ab 31. 3. 1955 als gemeindliche Schulden nachgewiesen sind (am 31. 3. 1955 mit 22,2 Mill. DM, am 31. 3. 1956 mit 28,2 Mill. DM Inlandschulden).

Die regionalen Unterschiede im Schuldenzuwachs, die für die jüngste Entwicklung ebenso kennzeichnend sind wie für die vorangegangene Zeit, haben zu großen Abweichungen in der Schuldenhöhe geführt. So entfallen von der inländischen Gesamtverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1956 rund 30 vH auf Nordrhein-Westfalen, aber weniger als 5 vH auf Schleswig-Holstein.

Bezieht man die Schuldenhöhe auf die Einwohnerzahl, so treten die Gemeinden Baden-Württembergs und Hessens an die Spitze; aber auch für Schleswig-Holstein liegt die Verschuldung, in DM je Einwohner berechnet, weiterhin über dem Bundesdurchschnitt (131,02 DM). Von den Gemeinden Nordrhein-Westfalens wird dieser am 31. März 1956 nicht ganz erreicht. Erheblich unter dem Durchschnittsatz bleibt wiederum vor allem der auf die Gemeinden Niedersachsens und Bayerns entfallende DM-Betrag je Einwohner.

Unter den einzelnen Arten der kommunalen Gebietskörperschaften sind die kreisfreien Städte, also insbesondere die Großstädte und daneben in der Hauptsache größere Gemeinden, mit dem höchsten Betrage am Zuwachs und Stand der Inlandschulden beteiligt. Im Rechnungsjahr 1955 haben die Darlehensverbindlichkeiten der kreisfreien Städte um 701,7 Mill. DM auf insgesamt 3 452,5 Mill. DM zugenommen. Doch ist die am Schuldenstand des Vorjahres gemessene relative Zuwachsrate hier mit 25,5 vH merklich geringer als bei den anderen Gemeinden und den Gemeindeverbänden, deren Schulden in der Gesamtsumme um 30,1 vH (643,5 Mill. DM) gestiegen sind.

Die schon in den Vorjahren feststellbare beschleunigte Aufwärtsbewegung des auf die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften, hauptsächlich auf die Landkreise und ihre Gemeinden, entfallenden Teiles der Inlandschuld hat sich demnach fortgesetzt. Es ist dies abermals dadurch mitbedingt, daß sich die Zahl der bislang noch schuldenfreien, nunmehr aber mit Schulden belasteten Gebietskörperschaften vergrößert hat. Das gilt wiederum vor allem für die Gemein-

<sup>29)</sup> Einschließlich 22,2 Mill. DM der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, deren Verbindlichkeiten erstmals zum 31. März 1955 innerhalb der gemeindlichen Verschuldung nachgewiesen wurden.

den mit weniger als 3 000 Einwohnern, also für den Bereich der kleinsten Gemeinden. Am 31. März 1956 sind hier etwa 1 180 Gebietskörperschaften mehr verschuldet als am 31. März 1955<sup>30)</sup>. In der gleichen Zeit hat die Verschuldung dieses gemeindlichen Bereichs relativ besonders erheblich, nämlich um 36,7 vH (180,6 Mill. DM) zugenommen.

Im Zuge dieser Entwicklung ist der Anteil der kreisfreien Städte an der inländischen Gesamtverschuldung der Gemeinden von 56,2 vH im Vorjahr auf 55,4 vH am 31. März 1956 gesunken. Dessen ungeachtet liegt im Bundesdurchschnitt das Schwergewicht der gemeindlichen Verschuldung weiterhin bei den kreisfreien Städten. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist ihr Schuldenstand mit 205,21 DM je Einwohner mehr als doppelt so hoch wie bei den Landkreisen und deren Gemeinden (88,73 DM)<sup>31)</sup>, eine erneute Bestätigung dafür, daß die Schulden je Einwohner um so höher sind, je größer die Gemeinde ist.

Regional bestehen jedoch auch hier erhebliche Unterschiede. Zwar gilt auch für die einzelnen Länder, daß in den kreisfreien Städten ein bemerkenswert hoher Schuldenbetrag auf den Einwohner entfällt, vor allem in Hessen (331,60 DM je Einwohner), Baden-Württemberg (324,64 DM) und Rheinland-Pfalz (255,83 DM). Doch liegt in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz der Anteil der kreisfreien Städte an der Landessumme der kommunalen Inlandschulden erheblich unter dem für das Bundesgebiet errechneten Durchschnitt (55,4 vH)<sup>32)</sup>. Dagegen reicht die Schuldenquote der kreisfreien Städte Bayerns (54,8 vH) dicht an den Bundesdurchschnitt heran; überschritten wird dieser aber nur in Hessen (65,8 vH) und in Nordrhein-Westfalen (65,4 vH). Es sind dies zugleich die Länder mit dem höchsten Bevölkerungsanteil der kreisfreien Städte, die nämlich in Nordrhein-Westfalen mehr als die Hälfte und in Hessen — wie auch in Bayern — ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes auf sich vereinen.

Besonders aufschlußreich sind ferner die Unterschiede, die von Land zu Land und zwischen den einzelnen Arten der kommunalen Gebietskörperschaften in der Verwendung der Kredite bestehen. Betrachtet man die im Rechnungsjahr 1955 von den Gemeinden aufgenommenen Schulden (1 686,3 Mill. DM), so zeigt es sich, daß diese Darlehensaufnahmen in Hessen ungefähr zur Hälfte, in allen anderen Ländern sogar in der Hauptsache für Straßen, Schulen, Kanalisationen, Anlagen der Wasserversorgung, Krankenhäuser und gemeindeeigenen Wohnungsbau verwendet werden. Innerhalb dieser Aufgabenbereiche haben in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen die für Schulen, dagegen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die für Straßen investierten Kreditbeträge den höchsten Anteil an der Landessumme der Schuldaufnahmen. Doch auch im übrigen gelten bemerkenswerte regionale Unterschiede; so haben z. B. die Aufgaben der Wasserversorgung vor allem in den süddeutschen Ländern zu einer wachsenden gemeindlichen Verschuldung geführt.

Im Ganzen ist die jüngste Entwicklung also dadurch gekennzeichnet, daß sich die Schwerpunkte des Krediteinsatzes noch stärker als bisher auf die vorerwähnten Verwendungen verlagert haben. Die hierfür bestimmten Darlehensaufnahmen entfallen aber — jedenfalls in der Bundessumme — überwiegend auf die Landkreise und deren Gemeinden. Hingegen ergibt sich die Verschuldung der kreisfreien Städte in erster Linie aus den übrigen Investitionsaufgaben der Kammereiverwaltungen und darüber hinaus insbesondere aus dem Kapitalbedarf der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (ohne die Wasserversorgung). Wenn sich der Anteil der kreisfreien Städte an der kommunalen Verschuldung im

<sup>30)</sup> Vgl. die Übersicht auf Seite 23. — <sup>31)</sup> Bei Errechnung dieser Verhältniszahl sind auch die Einwohnerzahlen solcher Gemeinden miteinfaßt, die keine Schulden haben. Andererseits sind jedoch auch die Schulden der Ämter (17,7 Mill. DM) — bezogen auf die Einwohnerzahl der kreisangehörigen Gemeinden — miteingerechnet. — <sup>32)</sup> Von diesem Anteil der kreisfreien Städte an der Gesamtverschuldung weicht der Anteil an der Neuverschuldung nur noch wenig ab. Er beträgt am 31. März 1956 im Bundesdurchschnitt 55,1 vH, ferner z. B. in Bayern 54,5 vH, in Hessen 65,3 vH und in Nordrhein-Westfalen 65,1 vH.

10. Verwendungszwecke der im Rechnungsjahr 1955 aufgenommenen kommunalen Schulden<sup>1)</sup>  
nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften

— Mill. DM —

Land Art der Gebietskörperschaft	Schuldaufnahmen für						Zu- sammen	Übrige Verwendungszwecke			Schul- auf- nahmen insgesamt
	Schulen	Gesund- heits- wesen <sup>2)</sup>	Stra- ßen <sup>3)</sup>	Stadtent- wässer- ung	eigenen Wohn- ungs- bau <sup>4)</sup>	Wasser- versor- gung		Weiter- gegebene Dar- lehen <sup>5)</sup>	Restl. Käm- merei- verwal- tungen <sup>6)</sup>	Wirt- schafts- unter- nehmen <sup>7)</sup>	
Schleswig-Holstein .....	10,8	3,2	17,9	8,5	1,6	1,7	43,7	2,6	9,9	12,3	68,5
Niedersachsen .....	40,2	13,1	46,4	30,9	11,2	13,6	155,4	41,2	21,2	21,8	239,5
Nordrhein-Westfalen .....	31,9	20,3	66,8	46,2	34,7	34,8	234,6	28,2	76,2	62,4	401,3
Hessen .....	30,7	8,2	22,7	25,7	10,3	13,2	110,8	12,5	53,4	47,6	224,3
Rheinland-Pfalz .....	18,9	3,0	23,6	16,4	9,7	18,3	90,0	15,3	16,9	14,2	136,3
Baden-Württemberg .....	49,3	28,2	31,1	46,1	24,9	36,7	216,1	12,8	57,7	71,1	357,6
Bayern .....	40,5	24,3	33,6	31,3	23,1	36,8	189,7	11,6	19,3	38,1	258,7
Insgesamt .....	222,3	100,3	242,1	205,1	115,4	155,1	1 040,2	124,1	254,6	267,3	1 686,3
davon:											
Kreisfreie Städte .....	79,0	37,0	105,0	71,3	37,5	58,1	388,0	96,2	158,9	212,4	855,5
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter .....	112,4	18,0	101,2	133,7	72,5	91,9	529,7	19,6	75,3	42,5	667,1
davon mit											
10 000 und mehr Einwohnern .....	33,0	11,6	32,5	55,9	28,6	19,0	180,7	14,8	28,2	21,8	245,6
3 000 bis unter 10 000 Einwohnern .....	38,4	4,6	22,9	43,7	24,7	20,4	154,8	3,4	20,6	12,6	191,4
weniger als 3 000 Einwohnern .....	40,6	1,6	45,5	34,1	18,5	49,8	190,2	1,2	24,5	7,5	223,4
Ämter .....	0,3	0,2	0,3	—	0,6	2,6	4,0	0,1	2,1	0,5	6,7
Landkreise .....	30,6	37,8	35,8	0,0	5,1	5,1	114,5	6,2	16,5	8,9	146,1
Bezirksverbände .....	0,2	7,5	0,0	—	0,3	—	8,0	2,2	3,9	3,5	17,6

<sup>1)</sup> In der Zeit vom 1. 4. 1955 bis zum 31. 3. 1956 aufgenommene Schulden ohne Kassenkredite. — <sup>2)</sup> Einrichtungen des Gesundheitswesens. — <sup>3)</sup> Und sonstiger Tiefbau. — <sup>4)</sup> Einschl. Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens. — <sup>5)</sup> Für Wohnungsbau. — <sup>6)</sup> Übriges allgemeines Grundvermögen, übrige Gesundheits- und Jugendpflege, übriges Bauwesen, übrige öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung, „Übrige Kämmererverwaltungen“ insbesondere einschl. Sondervermögen, allgemeinem Kapitalvermögen und nicht aufgeteilter Beträge. — <sup>7)</sup> Ohne Wasserversorgung.

Rechnungsjahr 1955 merklich verringert hat, so ist das demnach weitgehend auf die beschriebene Entwicklung innerhalb der Kreditverwendungen zurückzuführen.

Daß auch die für Anlagen der Stadtentwässerung aufgenommenen Schulden hauptsächlich auf die kreisangehörigen Gemeinden, also nicht etwa auf die kreisfreien Städte, entfallen, ist vorwiegend durch die verhältnismäßig hohen Darlehensbeträge bedingt, die von den Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern hierfür eingesetzt werden. Im Unterschied hierzu stehen bei den kleinsten Gemeinden die Darlehens-

aufnahmen für Investitionsvorhaben der Wasserversorgung an erster Stelle. Der verstärkte Schuldenzuwachs der kleinen Gemeinden erklärt sich vor allem hieraus und aus den Aufwendungen für Schulen und Straßen. Kennzeichnend für die Aufgabenverteilung ist es auch, daß der Kreditbedarf der Landkreise und der Bezirksverbände<sup>33)</sup> weitgehend durch die Erstellung von Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens, ferner — bei den Landkreisen — durch die Bauausgaben für Straßen und Schulen bestimmt wird.

## E. Auslandschulden der Gebietskörperschaften

### 1. Erfasster Gesamtbetrag

Die neben den betrachteten Inlandsverbindlichkeiten bei den Gebietskörperschaften vorhandenen Auslandschulden belaufen sich, soweit nachgewiesen, auf insgesamt 9 883,7 Mill. DM (zu festen Paritäten umgerechnet). Die Zahl gibt im wesentlichen den Stand vom 31. März 1956 wieder. Auch für diesen Stichtag gilt, daß bei einigen Teilen der erfaßten Schuld die endgültige Höhe noch nicht feststeht<sup>34)</sup>. Zu beachten bleibt ferner, daß den verbrieften Auslandschulden auch Verbindlichkeiten aus dem Inlandsbesitz (also nicht nur aus dem Auslandsumlauf) von Auslandsbonds, die sich gegen den Bund, die Länder oder die Gemeinden richten, zugeordnet sind. In die für den 31. März 1955 ermittelte Auslandsschuld der Gebietskörperschaften (9 737,3 Mill. DM) waren diese Verbindlichkeiten dagegen insoweit nicht aufgenommen worden, als sie sich für Gemeinden aus dem privaten Inlandsbesitz von (kommunalen) Auslandsanleihen ergeben.

### 2. Auslandschulden des Bundes

An den vorerwähnten Auslandschulden ist der Bund am 31. März 1956 mit 9 538,9 Mill. DM<sup>35)</sup> beteiligt (gegenüber 9 432,5 Mill. DM am 31. März 1955). Diese Beträge verstehen sich ohne die durch die Bundesvermögensrechnung innerhalb der „Anderen Schulden“ nachgewiesenen Auslandsverbindlichkeiten des Bundes<sup>36)</sup>. Weitere nicht miteingerechnete Auslandsverpflichtungen des Bundes ergeben sich insbesondere aus der Wiedergutmachung an Israel und aus dem Abkommen mit der Schweiz<sup>37)</sup>.

Die erfaßte Auslandsschuld des Bundes ist überwiegend — bis zum 31. März 1956 mit 8 055,9 Mill. DM — aus dem Londoner Schuldenabkommen und aus Verträgen, die im Zusammenhang damit abgeschlossen wurden, hervorgegangen. Innerhalb dieser Verschuldung haben sich die vom Bund über-

nommenen Vorkriegsverpflichtungen in einigen Teilen abermals erhöht. Die Zunahme ist durch den Fortgang des Bereinigungs- und Umtauschverfahrens für die alten Schuldverschreibungen bedingt; sie beschränkt sich auf die Dawes- und die Young-Anleihe des Reiches, ferner auf Schuldtitel des ehemaligen Preussischen Staates (jetzt: 4%ige Preußen-Anleihe) und der früheren Konversionskasse für deutsche Auslandschulden. Im ganzen sind die vorgenannten Verbindlichkeiten im Rechnungsjahr 1955 um 291,2 Mill. DM auf 1 555,9 Mill. DM gewachsen. Hiervon entfallen 1 406,0 Mill. DM auf die Dawes- und die Young-Anleihe, die fundierten Zinsrückstände (Fundierungsausgaben) in Höhe von 224,1 Mill. DM miteingerechnet.

Den Hauptbestandteil der in Verbindung mit dem Londoner Abkommen geregelten Auslandsschuld des Bundes bilden jedoch auch jetzt noch die aus der Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs entstandenen Nachkriegsverpflichtungen. In den gleichen Bereich gehört auch die Forderung Dänemarks auf Erstattung der Aufwendungen für deutsche Flüchtlinge in den Jahren 1945 bis 1949.

<sup>33)</sup> Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, Landeswohlfahrtsverband Hessen, Bezirksverband Pfalz, Württembergischer Landesfürsorgeverband, Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande, bayerische Bezirksverbände. — <sup>34)</sup> Vgl. Abschnitt G 2, S. 19. — <sup>35)</sup> Hiervon weicht die in der Schuldenübersicht des Bundesministeriums der Finanzen zum 31. März 1956 (Bundesanzeiger Nr. 89 vom 9. Mai 1956) veröffentlichte Auslandsschuld (9 550,7 Mill. DM einschl. der Treasury Notes) um 11,8 Mill. DM nach oben ab. Der Unterschied resultiert aus Abweichungen der in der genannten Übersicht zur Umrechnung auf DM verwendeten Börsenkurse von den festen Währungsparitäten. — <sup>36)</sup> Laut Bundesvermögensnachweis zum 31. März 1956 bestehen rund 678 Mill. DM auf fremde Währung lautende „Andere Schulden“, fast ausschließlich aus der Lieferung amerikanischer Überschußgüter (mit einem vorläufigen Gesamtbetrag von z. Z. 677,7 Mill. DM). — <sup>37)</sup> Abkommen vom 26. August 1952 (BGBl. 1953, II, S. 15) über die Regelung der Forderungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegen das ehemalige Deutsche Reich (im Zusammenhang mit dem früheren deutsch-schweizerischen Verrechnungsabkommen).

## 11. Auslandschulden des Bundes

— Mill. DM <sup>1)</sup> —

Bezeichnung der Schuld Währung	Stand am 31. März	
	1956	1955
<b>I. Schuldbeträge aus Londoner Abkommen<sup>2)</sup></b>		
Nachkriegs-Wirtschaftshilfe		
USA	4 200,0	4 200,0
Großbritannien	1 499,4	1 587,6
Frankreich	42,3	44,8
Aufwendungen für Flüchtlinge in Dänemark	45,1	70,5
Forderung des Fürstentums Liechtenstein	0,1	0,2
Deutsche Äußere Anleihe 1924 (Dawes-Anleihe), Konversions- und Fundierungsausgaben	340,9	255,0
Internationale Anleihe des Deutschen Reiches 1930 (Young-Anleihe), Konversions- und Fundierungsausgaben	1 065,1	969,2
Äußere Anleihe des Deutschen Reiches 1930 (Kreuger-Anleihe), Konversionsausgabe	210,8	210,8
4% Preußen-Anleihe, Konversionsausgabe	36,3	20,5
Mixed Claims	371,7	384,3
Lee Higginson-Kredit	—	10,2
3% und 4% Schuldverschreibungen (früher Konversionskasse für deutsche Auslandschulden)	113,6	20,0
Schuldverschreibung, ausgestellt für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	55,1	60,5
Belgische RM-Forderungen <sup>3)</sup>	34,0	36,0
Haftung für gewisse österreichische Auslandsanleihen	41,5	44,9
<b>Summe I</b>	<b>8 055,9</b>	<b>7 914,5</b>
<b>II. Sonstige Schuldbeträge</b>		
Unverzinsliche Schatzanweisungen (Treasury Notes)		
Internationaler Währungsfonds	1 215,0 <sup>4)</sup>	1 215,0 <sup>4)</sup>
Weltbank	197,0	232,0
Kredit im Rahmen der von den USA gewährten Wirtschaftshilfe	71,0	71,0
<b>Summe II</b>	<b>1 483,0</b>	<b>1 518,0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>9 538,9</b>	<b>9 432,5</b>
<b>Davon lauten auf:</b>		
Amerikanische Dollar	5 388,3	5 291,7
Englische Pfund	1 936,2	1 905,9
Sonstige ausländische Währungen	802,4 <sup>5)</sup>	787,9 <sup>6)</sup>
Deutsche Mark	1 412,0 <sup>7)</sup>	1 447,0 <sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Fremdwährungsbeträge zu festen Währungsparitäten (bzw. Valutaparitäten) umgerechnet. — <sup>2)</sup> Einschl. der im Zusammenhang mit dem Londoner Abkommen geregelten Schuldbeträge, insbesondere aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe. — <sup>3)</sup> In belgischer Währung zu zahlen. — <sup>4)</sup> Davon 189,4 Mill. DM eingelöst (ohne Verminderung der buchmäßig ausgewiesenen Schuld). — <sup>5)</sup> Einschl. der deutschen Ausgaben der Young-Anleihe (7,6 Mill. DM am 31. 3. 1956), der Forderung Liechtensteins, der in bfrs. zahlbaren belgischen Reichsmarkforderungen und der in verschiedenen Währungen zahlbaren 1,6 Mill. DM (31. 3. 1955 = 2,5 Mill. DM) zur Abgeltung der Haftung für von der Caisse Commune verwaltete österreichische Auslandsanleihen. — <sup>6)</sup> Treasury Notes.

Innerhalb der zum 31. März 1956 mit insgesamt 1 483,0 Mill. DM nachgewiesenen sonstigen Auslandschulden des Bundes entfällt der Hauptbetrag auf die unverzinslichen Schatzanweisungen, die der Bund anlässlich des Beitritts zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank begeben hat. Diese Treasury Notes lauten auf Deutsche Mark.

Auch im Rechnungsjahr 1955 hat der Bund auf Teile seiner Auslandschuld Tilgungen geleistet. Das gilt in erster Linie für die erwähnten Nachkriegsverpflichtungen aus Forderungen Großbritanniens, Frankreichs und Dänemarks, daheben jedoch auch für einige Altverbindlichkeiten. Restlos zurückgezahlt ist der Lee Higginson-Kredit.

Durch Teileinlösung erneut in ihrer Höhe zurückgegangen ist die für die Weltbank ausgestellte Treasury Note (jetzt: 197,0 Mill. DM). Hingegen haben die Bareinzahlungen, die der Bund in den Rechnungsjahren 1953 und 1954 an den Internationalen Währungsfonds geleistet hat (insgesamt 189,4 Mill. DM), nicht zur Entwertung der in diesem Umfang zurückgegebenen Treasury Notes geführt. Die für den Internationalen Währungsfonds ausgestellten Treasury Notes werden daher vom Bund einschließlich der vorerwähnten 189,4 Mill. DM, also insoweit mit ihrem ungekürzten Betrag, als Schuld ausgewiesen. Der notwendige Korrekturposten erscheint (auch bei anderen Fällen des Ankaufs eigener Emissionen) im Vermögensnachweis des Bundes innerhalb des dort angegebenen Wertpapierbesitzes.

## 3. Auslandschulden der Länder

Die Auslandschulden der Länder — ohne Berlin (West) — stellen sich am 31. März 1956 auf insgesamt 128,4 Mill. DM gegen 126,7 Mill. DM am 31. März 1955. Diese Zahlen berücksichtigen auch die verhältnismäßig geringen Länderanteile an

Sammelanleihen, die vom früheren Deutschen Sparkassen- und Giroverband bzw. von Banken im Ausland aufgenommen worden waren.

Die bezeichnete Auslandschuld der Länder setzt sich fast ausschließlich aus Verbindlichkeiten zusammen, die durch das Londoner Abkommen wiederbelebt wurden. Die nur noch leichte Veränderung des Schuldenumfanges im Rechnungsjahr 1955 zeigt, daß die Regelung dieser Länderanleihen weitgehend fortgeschritten ist.

Anders steht es mit den Berliner Auslandsanleihen. Das Londoner Abkommen hatte deren Regelung vorerst zurückgestellt. Auch am 31. März 1956 waren die Auslandsverbindlichkeiten von Berlin (West) noch ungeregt; sie sind jedoch mit einem vorläufigen, gegenüber dem Vorjahr berichtigten Gesamtbetrag von 74,3 Mill. DM in die Ergebnisse der Schuldenstatistik einbezogen worden.

Die — fast ausschließlich — aus dem Londoner Abkommen hervorgegangene Auslandschuld der anderen Länder (128,4 Mill. DM) umfaßt neben dem noch ungetilgten Restkapital der betroffenen alten Auslandsanleihen auch die gemäß jenem Abkommen zu fundierenden rückständigen Zinsen in Höhe von etwa 40 Mill. DM. Schuldner der am 31. März 1956 ausstehenden 128,4 Mill. DM sind vor allem die Länder Hamburg (54,7 Mill. DM, im wesentlichen aus einer Dollar-Anleihe von 1926 und einer Pfund-Anleihe vom gleichen Jahre), Baden-Württemberg (28,7 Mill. DM aus Schweizer Franken-Anleihen von 1926 und 1931), Bayern (27,2 Mill. DM aus Dollar-Anleihen von 1925) und Bremen (14,8 Mill. DM, insbesondere aus einer Dollar-Anleihe von 1925). Das Land Niedersachsen schuldet die Dollar-Anleihe des ehemaligen Freistaates Oldenburg (mit einem Restbetrag von 2,8 Mill. DM). Hessen ist nur an einer im Ausland aufgenommenen Sammelanleihe beteiligt (0,2 Mill. DM). Für die Länder Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind Auslandschulden nicht zu verzeichnen.

## 4. Auslandschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Von der für den 31. März 1956 ermittelten Auslandschuld der Gebietskörperschaften entfallen 142,2 Mill. DM auf kommunale Verbindlichkeiten. Diese Zahl beruht auf Zusammenstellungen der Bank deutscher Länder zum 31. Dezember 1955; sie kann jedoch mit dem Stand vom 31. März 1956 im wesentlichen gleichgesetzt werden. Die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1956 auf Auslandschulden der Gemeinden geleisteten — von den genannten 142,2 Mill. DM nicht abgezogenen — Tilgungen halten sich in engen Grenzen<sup>38)</sup>.

Für den 31. März 1955 waren — nach Zahlenunterlagen der Bank deutscher Länder zum 31. Dezember 1954 — kommunale Auslandschulden in Höhe von 116,8 Mill. DM in die Ergebnisse der Schuldenstatistik aufgenommen worden. Außer Betracht blieben dabei insbesondere die Verbindlichkeiten aus Auslandsbonds in privatem Inlandsbesitz.

Im Unterschied hierzu bezieht sich der jetzt nachgewiesene Schuldbetrag (142,2 Mill. DM) nicht nur auf den Auslands-umlauf, sondern auch auf den Inlandsbesitz einschließlich der repatriierten Anleihestücke. Ferner sind nunmehr auch diejenigen alten Auslandskredite miteingerechnet, die keine Anleiheform haben. Im übrigen aber ist die ermittelte kommunale Auslandschuld in gleicher Weise abgegrenzt wie im Vorjahr.

Die nachgewiesenen 142,2 Mill. DM umfassen demnach — mit zum Teil noch vorläufigen Beträgen — lediglich die aus dem Londoner Abkommen für Gemeinden und Gemeindeverbände<sup>39)</sup> hervorgegangenen Schuldverpflichtungen, allerdings einschließlich der kommunalen Holland-Anleihen, die jenem Abkommen zwar noch nicht unterliegen, aber im Verhältnis zur genannten Gesamtsumme nur wenig ins Ge-

<sup>38)</sup> Nach Zahlen der Bank deutscher Länder sind in der genannten Zeit gemeindliche Auslandschulden (Einzelanleihen und Gemeinschaftsanleihen) im Gesamtbetrag von 1,8 Mill. DM getilgt worden. — <sup>39)</sup> In der Abgrenzung der Schuldenstatistik, nämlich ohne Verbindlichkeiten von Zweckverbänden und rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen, ferner ohne die bei den Länderschulden erfaßten Verbindlichkeiten der Stadtstaaten.

wicht fallen. Weiterhin unberücksichtigt bleiben hingegen die von Gemeinden nach dem 8. Mai 1945 etwa neu aufgenommenen und daher dem Londoner Abkommen nicht unterworfenen Auslandskredite.

In die erfaßte Schuldsumme eingerechnet sind die gemäß dem Londoner Abkommen zu fundierenden Zinsrückstände und nochmals zu leistenden Zahlungen für Beträge, die von den Schuldnern bereits an die frühere Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden zum Transfer abgeführt, aber von den ausländischen Gläubigern nicht vereinnahmt oder zurückgewiesen worden waren. Eingeschlossen sind auch die gemeindlichen Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen.

Die oben abgegrenzten, nach Abzug bereits geleisteter Rückzahlungen noch ausstehenden 142,2 Mill. DM ergeben sich in der Hauptsache als Schuldreste aus Anleihen, die während der Jahre 1925 bis 1929 im Ausland aufgelegt worden waren. Der verbliebene Schuldbetrag, an dem die zu fundierenden Zinsrückstände mit etwa 54 Mill. DM beteiligt sind, lautet größtenteils auf amerikanische Dollar, englische Pfund und Schweizer Franken.

Allerdings wurden die schon erwähnten Sammelanleihen nicht von den Gemeinden selbst, sondern von den vermittelnden

den Instituten, vor allem vom früheren Deutschen Sparkassen- und Giroverband, im Ausland aufgenommen. Die gemeindlichen Anteile an den Sammelanleihen richten sich jedoch in ihrer Höhe und in ihren Bedingungen nach diesen Auslandsschulden und ihrer Regelung im Londoner Abkommen.

Nach dem vorliegenden Ergebnis stellen sich die gemeindlichen Anteile an den im Ausland begebenen Sammelanleihen im Gesamtbetrag auf 51,9 Mill. DM. Der größere Teil der insgesamt erfaßten Verbindlichkeiten wird jedoch von Gemeinden unmittelbar dem Ausland gegenüber geschuldet. Bei diesen 90,3 Mill. DM handelt es sich überwiegend (zu 68,7 Mill. DM) um Anleihen, die von gemeindlichen Einzelschuldnern, im wesentlichen von Großstädten, im Ausland aufgenommen wurden (Einzelanleihen). Weitere 17,2 Mill. DM entfallen auf Auslandsanleihen, zu deren Aufnahme sich kleinere Gemeinden mit größeren zusammengeschlossen hatten (Gemeinschaftsanleihen). Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 4,3 Mill. DM<sup>40)</sup> setzt sich aus alten Auslandskrediten zusammen, die — wie Schuldscheindarlehen, Hypotheken, Strom- und Warenschulden — keine Anleiheform haben. Hauptgläubigerland dieser 4,3 Mill. DM, die insbesondere von grenznahen Gemeinden aufgenommen worden sind, ist die Schweiz.

## F. Schulden von Bundesbahn und Bundespost

Von der außerhalb des Schuldenstandes der Gebietskörperschaften bestehenden öffentlichen Verschuldung in der Bundesrepublik entfällt ein wesentlicher Teil auf die Bundesbahn und die Bundespost. Diese beiden großen Bundesunternehmen sind Sondervermögen des Bundes.

Nach den vorliegenden Zahlen haben die Inlandschulden von Bundesbahn und Bundespost am 31. März 1956 einen Gesamtumfang von 5 790,5 Mill. DM<sup>41)</sup> erreicht. Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen, Zahlungsrückstände, Abgabeverpflichtungen und dergleichen sind in diesem Betrage nicht enthalten. Außer Ansatz bleiben ferner die Altschulden, d. h. die Verpflichtungen, die aus der im Entwurf zum „Kriegsfolgenschlußgesetz“ vorgesehene Regelung von Reichsmarkschulden der Reichsbahn und Reichspost voraussichtlich hervorgehen werden.

Die umfangreiche Verschuldung der Bundesbahn und der Bundespost ist maßgeblich durch den hohen Investitions- und Nachholbedarf der beiden Bundesunternehmen veranlaßt, der nur begrenzt durch Eigenmittel gedeckt werden konnte. Auch standen für den kreditfinanzierten Teil der Investitionen nur in beschränktem Umfang Darlehensmittel entsprechender Fristigkeit, also langfristige Kredite, zur Verfügung.

Bei der Bundesbahn hat sich die betrachtete Inlandsschuld in letzter Zeit besonders stark erhöht; sie ist zwischen dem 31. März 1955 und dem 31. März 1956 um 912,0 Mill. DM auf 3 604,4 Mill. DM gewachsen. Ausschlaggebend hierfür sind die Bundeskredite (wie Investitionsdarlehen, Kredite auf Grund des Verkehrsfinanzgesetzes) und sonstigen Darlehen von öffentlichen oder privaten Geldgebern, die in ihrer Zusammenfassung als „übrige Schulden“ jetzt den Hauptposten (1 941,6 Mill. DM) der Verschuldung der Bundesbahn ausmachen. Der Bund hat auch erhebliche Mittel für die Tilgung der von der Bundesbahn begebenen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt. Am 31. März 1956 beläuft sich diese — immer noch bemerkenswert hohe — Geldmarktverschuldung auf 802,6 Mill. DM; gegenüber dem Stand vom 31. März 1955 ist sie damit jedoch um 215,8 Mill. DM zurückgegangen.

Auch an der Verschuldung der Bundespost haben kürzer befristete Verbindlichkeiten weiterhin einen bedeutenden Anteil. In der Gesamtsumme sind die betrachteten Inlandschulden der Bundespost (einschließlich der Landes-

### 12. Inlandschulden<sup>4)</sup> von Bundesbahn und Bundespost

— Mill. DM —

Art der Schulden	Stand der Schulden			
	am 31. März 1956		dagegen am 31. März 1955	
	Bundesbahn	Bundespost <sup>2)</sup>	Bundesbahn	Bundespost <sup>2)</sup>
Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen) .. . . .	552,4	124,4 <sup>3)</sup>	552,4	—
Verzinsliche Schatzanweisungen .. . . .	179,5	60,0 <sup>4)</sup>	133,7	60,0 <sup>4)</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisungen .. . . .	371,2 <sup>5)</sup>	502,5 <sup>5)</sup>	458,7	451,1
Schatzwechsel .. . . .	431,4	—	559,7	—
Schulden beim Zentralbanksystem .. . . .	—	—	—	—
Schulden bei Banken und Sparkassen .. . . .	128,0	614,7	116,2	398,4
Kredite aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen .. . . .	—	560,3 <sup>6)</sup> 7)	—	520,3 <sup>6)</sup>
Hypothekenschulden .. . . .	0,3	0,6	0,5	0,6
Übrige Schulden .. . . .	1 941,6 <sup>8)</sup>	323,6 <sup>9)</sup>	871,2 <sup>8)</sup>	285,9 <sup>8)</sup>
<b>Zusammen .. . . .</b>	<b>3 604,4</b>	<b>2 186,1</b>	<b>2 692,4</b>	<b>1 716,3</b>
Außerdem: Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe .. . . .		0,9		1,0

<sup>1)</sup> Insbesondere ohne folgende Passiva von Bundesbahn bzw. Bundespost: Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus der Abrechnung der Verkehrseinnahmen bzw. aus der Gebührenabrechnung, Zahlungs- und Abgaberrückstände, Rückstellungen. — <sup>2)</sup> Einschl. Landespostdirektion Berlin. — <sup>3)</sup> Ohne 0,6 Mill. DM, die zur Borseneinführung einbehalten wurden. — <sup>4)</sup> Kredit aus dem Postscheckguthaben gegen Hingabe von Postschatzanweisungen. — <sup>5)</sup> Einschl. der vom Bund übernommenen unverzinslichen Schatzanweisungen. — <sup>6)</sup> Einschl. 75 Mill. DM Kassenbetriebsmittel; ohne die verzinslichen Postschatzanweisungen in Höhe von 60,0 Mill. DM. — <sup>7)</sup> Ohne 22 Mill. DM Kassenbetriebsmittel aus dem Westberliner Postscheck- und Postsparkassenvermögen. — <sup>8)</sup> Außerdem: Rückständige Beförderungssteuer am 31. März 1956 = 815,6 Mill. DM, am 31. März 1955 = 521,1 Mill. DM. — <sup>9)</sup> Ohne die Verpflichtung gegenüber dem Bund aus der Übernahme des Schuldendienstes für einen Teil der Young-Anleihe (174,9 Mill. DM).

postdirektion Berlin) im Rechnungsjahr<sup>42)</sup> 1955 um 469,8 Mill. DM auf 2 186,1 Mill. DM gestiegen. Annähernd die Hälfte dieser Zunahme entfällt auf die von Kreditinstituten gewährten Darlehen, die sich um 216,3 Mill. DM auf 614,7 Mill. DM und damit weit stärker als im Jahr zuvor (63,7 Mill. DM) erhöht haben. Im Unterschied hierzu hat sich der Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen nicht im gleichen Maße

<sup>40)</sup> Zinsrückstände sind hierin nicht enthalten. — <sup>41)</sup> Daneben sind als Auslandsschulden nachgewiesen: 70,3 Mill. DM bei der Bundesbahn und 62,2 Mill. DM bei der Bundespost.

<sup>42)</sup> Diese Bezeichnung wird hier beibehalten, weil sich der Berichtsabschnitt (1. April 1955 bis 31. März 1956) mit dem Zeitraum eines Rechnungsjahres deckt. Geschäftsjahr ist bei der Bundesbahn und neuerdings auch bei der Bundespost jedoch das Kalenderjahr.

ausgedehnt wie in den Vorjahren. Doch ist diese Verschuldung der Bundespost gegenüber dem Stand vom 31. März 1955 (451,1 Mill. DM) immerhin um 51,4 Mill. DM weiter gewachsen.

Zur Konsolidierung schwebender Schulden hat die Bundespost im Sommer 1955 erstmalig eine Anleihe herausgebracht. Sie lautet auf 125,0 Mill. DM und wurde zum Kurs von 98% begeben. In den Schuldenstand der Bundespost vom 31. März 1956 ist die Anleihe mit 124,4 Mill. DM eingegangen. Wie bei den anderen öffentlichen Anleihen des Jahres 1955 (Lastenausgleichsanleihe, Anleihen von Berlin [West] und Niedersachsen, Konversionsanleihe Bayerns) wurde auch der

Zinssatz der von der Bundespost begebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Rücksicht auf die Marktsituation heraufgesetzt, und zwar von ursprünglich 5½% auf 6% für die Dauer von 5 Jahren.

Geringer als im Rechnungsjahr 1954 sind — neben den darlehensweisen Entnahmen aus dem Postscheck- und Postsparkassenvermögen — die „übrigen Schulden“ der Bundespost gewachsen. Sie stellen sich jetzt auf 323,6 Mill. DM und bestehen aus Darlehensaufnahmen bei Versicherungen (195,4 Mill. DM einschließlich Sozialversicherungen), ERP-Krediten (110,3 Mill. DM), Darlehen von Gemeinden (2,2 Mill. DM) sowie sonstigen Schulden in Höhe von 15,7 Mill. DM.

## G. Methodische Bemerkungen

### 1. Durchführung der Erhebung

#### Schulden des Bundes und des Lastenausgleichsfonds

Die Angaben über die Verschuldung des Bundes und des Lastenausgleichsfonds sind an Hand von Übersichten des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesausgleichsamtes zusammengestellt worden.

#### Schulden der Länder

Die Schulden der Länder sind nach Muster SF Schu<sup>43)</sup> erhoben worden. Die Angaben wurden unmittelbar von den Finanzministerien der Länder erstellt und dem Statistischen Bundesamt zugeleitet. Eine Ausnahme machen die Hansestädte; dort sind die Statistischen Landesämter in die Erhebung der Schulden eingeschaltet.

#### Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Für sämtliche Gemeindegrößenklassen ist der Schuldenstand nach Muster GF Schu<sup>43)</sup> ermittelt oder aufbereitet worden. Zur vereinfachten Erfassung der Schulden kleiner Gemeinden wurde in Rheinland-Pfalz und Hessen ein auf die einzelnen Schuldverpflichtungen abgestelltes Formular („Individual-Meldeblatt“) verwendet.

Die Durchführung der Erhebung und die Zusammenfassung zu Landesergebnissen nach Größenklassen bzw. Arten der kommunalen Gebietskörperschaften lag in Händen der Statistischen Landesämter.

### 2. Einzelheiten zum Inhalt der Erhebung/Veröffentlichung

#### Schulden der Stadtstaaten

Wie schon seither ist in den Schulden der Stadtstaaten, also der Länder Hamburg, Bremen und Berlin (West), der staatliche mit dem kommunalen Bereich zusammengefaßt.

#### Schulden des Lastenausgleichsfonds

Die Gesamtverschuldung der Gebietskörperschaften enthält auch die Schulden des Lastenausgleichsfonds, der als Sondervermögen des Bundes mit seinen Verbindlichkeiten getrennt von der Bundesschuld dargestellt wird.

#### Schulden von Bundesbahn und Bundespost

Über die Verschuldung zweier weiterer Sondervermögen des Bundes, Bundesbahn und Bundespost, sind wiederum Angaben erfragt worden. Das Ergebnis ist nachrichtlich und

getrennt von den Schulden der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds in die textliche Darstellung aufgenommen.

Bei einer Zusammenfassung dieses Ergebnisses mit der Verschuldung der Gebietskörperschaften sind Doppelzählungen (im Sinne der finanzstatistischen Methodik; siehe nachstehend unter „Schulden bei Gebietskörperschaften“) möglich, und zwar dann, wenn Beträge einbezogen werden, die aus Schuld aufnehmen des Bundes (der Gebietskörperschaften) stammen und darlehensweise an die Bundesbahn oder die Bundespost weitergegeben worden sind.

#### Schulden der Länder und Gemeinden beim Lastenausgleichsfonds

Seitdem der Lastenausgleichsfonds in seiner Eigenschaft als Schuldner in die Schuldenstatistik einbezogen ist (ab 31. März 1954), sind die Schuldverpflichtungen der Länder und Gemeinden gegenüber dem Ausgleichsfonds den „Schulden bei Gebietskörperschaften“ zugeordnet.

#### Schulden bei Gebietskörperschaften (Ausschaltung von Doppelzählungen)

Wie schon seither ist auch die Verschuldung der Gebietskörperschaften untereinander festgestellt worden. Sie besteht vor allem aus den Schulden der Länder und Gemeinden beim Bund und Lastenausgleichsfonds sowie aus den Schuldverpflichtungen der Gemeinden gegenüber den Ländern, und zwar jeweils einschließlich über Kreditinstitute gewährter Bundes- und Landesmittel. Zu diesem Hauptbetrag der „Schulden bei Gebietskörperschaften“ tritt ferner der Lastenausgleichsfonds mit seinen Schuldaufnahmen beim Bund. Die außerdem vorhandene Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände untereinander hält sich in engen Grenzen. Entsprechendes gilt für die Landerschulden bei Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Bei der textlichen Darstellung der Gesamtverschuldung aller Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds sind die Schulden bei Gebietskörperschaften insgesamt abgesetzt worden, weil sie infolge der Weitergabe von selbst schon aus Darlehensaufnahmen stammenden Krediten zum Teil Doppelzählungen enthalten und bei Zusammenfassung mit den Kreditmarktschulden und den Schulden aus öffentlichen Sondermitteln darüber hinaus zu weiteren Mehrfachzählungen führen können. Echte Doppelzählungen im Sinne der finanzstatistischen Methodik wären an sich nur die Schuldbeträge, die mehrfach als solche gezahlt werden, nämlich dann, wenn sie bei der „Gläubigergebietskörperschaft“ ebenfalls aus Schuldaufnahmen stammen.

Bei Betrachtung der einzelnen Bereiche, insbesondere der Länder und der Gemeinden, ist es dagegen — namentlich unter dem Blickwinkel der haushaltsmäßigen Belastung — sinnvoll, die Schulden bei Gebietskörperschaften mit der Verschuldung aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln zum Gesamtbetrag der Inlandschulden des betref-

<sup>43)</sup> Entspricht im wesentlichen dem Erhebungsmuster für den 31. März 1955 (vgl. Band 145 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, S. 19 ff.).

fenden Bereiches zusammenzufassen. Denn für die einzelne Gebietskörperschaft bedeuten auch die bei anderen Gebietskörperschaften oder beim Lastenausgleichsfonds aufgenommenen Darlehen weitgehend eine echte Belastung durch Tilgung und Verzinsung.

### Einteilung in Kreditmarktmittel, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften

Bei der Gliederung der Inlandschulden von Bund, Ländern und Gemeinden nach Schuldarten wird — der Herkunft der Mittel entsprechend — wiederum zwischen folgenden drei Gruppen unterschieden:

- Schulden aus Kreditmarktmitteln,
- Schulden aus öffentlichen Sondermitteln,
- Schulden bei Gebietskörperschaften.

Die Gruppe „Schulden bei Gebietskörperschaften“ umfaßt neben den Krediten, die direkt bei anderen Gebietskörperschaften bzw. beim Lastenausgleichsfonds geschuldet werden, auch bei Kreditinstituten aufgenommene, aber aus Mitteln von Gebietskörperschaften stammende Darlehen. Ebenso ist die Gruppe „Schulden aus öffentlichen Sondermitteln“ unabhängig davon gebildet, ob diese Mittel direkt bei den öffentlichen Darlehensgebern, z. B. bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, oder bei den zwischengeschalteten Kreditinstituten geschuldet werden.

### Einteilung in Altschulden und Neuschulden

Mit der Einteilung der Inlandschulden in Kreditmarktmittel, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften kreuzt sich die Unterscheidung zwischen Alt- und Neuschulden der Gebietskörperschaften bzw. des Lastenausgleichsfonds.

Die inländischen Altschulden umfassen

- a) die vor dem Stichtag der Geldumstellung von 1948 entstandenen und durch diese auf Deutsche Mark umgestellten Schulden,
- b) die auf besonderen Vorgängen der Geldumstellung beruhenden Schulden aus Ausgleichsforderungen, Deckungsforderungen und aus der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld einschließlich der Gegenverpflichtung, die dem Land Berlin (West) aus der Ausstattung mit Geld erwachsen ist.

Stichtag der Geldumstellung ist der 21. Juni 1948, in Berlin (West) der 25. Juni 1948. Die Deckungsforderungen, Teile der Ausgleichsforderungen, z. B. die Rentenausgleichsforderungen, und die Verbindlichkeiten aus der erwähnten Geldausstattung sind zu einem späteren Zeitpunkt rechtlich begründet worden.

Die inländischen Neuschulden umfassen die seit dem 21. (25.) Juni 1948 aufgenommenen bzw. neu entstandenen Schulden [ohne die unter b) bezeichneten Sonderverbindlichkeiten aus der Geldumstellung].

### Kassenkredite

Die zur Deckung des Kassenbedarfs dienenden Schuldaufnahmen (Kassenkredite) sind, soweit es sich um den staatlichen Bereich handelt, in den Tabellen nicht ausgegliedert, sondern bei den betreffenden Schuldarten mitgehalten. In der textlichen Beschreibung sind diese Kassenkredite besonders erwähnt. Die Kassenkredite der Gemeinden werden dagegen auch in den Übersichten gesondert gezeigt, jedoch nicht mehr nach Arten aufgeteilt (wie bis zum 31. März 1954), sondern nur noch in einer Summe — einschließlich etwaiger Kassenkredite aus öffentlichen Mitteln — innerhalb der Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln.

### Sonstige Inlandsverbindlichkeiten

Die erfaßten (unfundierte) Zahlungsrückstände — des Lastenausgleichsfonds und der Länder — sind in den tabellarischen Übersichten und in der textlichen Beschreibung

nachrichtlich außerhalb des eigentlichen Schuldenstandes dargestellt. Entsprechendes gilt für die Abgabeschuld der Gemeinden und Länder aus der Hypothekengewinnabgabe.

### Auslandsschulden

Die Angaben über Auslandsschulden der Gebietskörperschaften wurden wiederum nur nachrichtlich einbezogen. Der nachgewiesenen Auslandsschuld zugeordnet sind

- a) die Anteile — der Gemeinden und der Länder — an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen,
- b) die Verbindlichkeiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden aus Auslandsbonds, die sich im Inlande befinden.

Die als Auslandsschulden dargestellten Verpflichtungen beziehen sich demnach (soweit sie Anleiheform haben) nicht nur auf den Auslandszinslauf von Auslandsbonds, sondern auch auf den unter b) genannten Inlandsbesitz. Diese Abgrenzung ergibt sich zwangsläufig daraus, daß die Berichtskörperschaften meist nicht in der Lage sind, ihre Verbindlichkeiten aus Auslandsbonds im Inlandsbesitz gesondert nachzuweisen. Während also diese Schuldverpflichtungen mitgehalten sind, bleibt andererseits der — meist unbekannte — Auslandszinslauf an Inlandsanleihen der Gebietskörperschaften regelmäßig unberücksichtigt.

Die endgültige Höhe der Auslandsschulden im vorerwähnten Sinne steht zum Teil noch nicht fest. Sie ist bei den verbrieften Schulden, deren Regelung gemäß Londoner Abkommen ein Regelungsangebot voraussetzt, von der Annahme des Regelungsangebotes und außerdem von der Anerkennung der Bonds nach Maßgabe besonderer Bereinigungsvorschriften (vor allem niedergelegt im Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds vom 25. August 1952, BGBl. I, S. 553) abhängig. Nach Anlage I, Ziffer 8, zum Londoner Schuldenabkommen bleiben die Regelungsangebote für verbrieftete Schulden mindestens 5 Jahre offen. Die Annahme der Regelungsangebote erfolgt durch Einreichung der alten Schuldverschreibungen und Zinsscheine (für gewöhnlich zum Umtausch gegen neue oder abgeänderte Urkunden).

Die Umrechnung der Auslandsschulden auf Deutsche Mark erfolgte — wie schon in Vorjahren — zu festen Währungsparitäten bzw. Valutaparitäten. Abweichend hiervon werden in den vom Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Übersichten über die Bundesschuld die fremden Währungen zu amtlichen Mittelkursen der Frankfurter Notierung des Stichtages umgerechnet.

Die für den 31. März 1956 getroffenen Feststellungen über Auslandsschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beruhen auf Ergebnissen einer Statistik der Bank deutscher Länder zum 31. Dezember 1955. (Die entsprechenden Zahlen des Vorjahres waren nach einer Statistik der Bank deutscher Länder zum 31. Dezember 1954 erstellt worden.) Unter Zuhilfenahme weiterer Unterlagen sind die Zahlen der Bank deutscher Länder — soweit erforderlich — um die Auslandsschulden der Zweckverbände usw. schätzungsweise gekürzt und die von der Bank deutscher Länder nur mit Gesamtbeiträgen erfaßten gemeindlichen Gemeinschaftsanleihen und Sammelanleihen mit gemeindlichen Anteilen schätzungsweise auf die einzelnen Länder und Gemeindegrößenklassen aufgeteilt worden.

### 3. Änderungen gegenüber der vorjährigen Nachweisung

Die Nachweisung der Ergebnisse für den 31. März 1956 hat sich gegenüber der vorjährigen (Band 145 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“) im wesentlichen wie folgt geändert:

1. Die dem Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder gegenüber geschuldeten Ausgleichsforderungen sind erstmalig gesondert dargestellt, ebenso die Schulden der Länder aus „sonstigen Ausgleichsforderungen“, d. h. aus Forderungen, die vom Ankaufsfonds auf die Länder übertragen wurden.

- Die gegen die Länder gerichteten Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen nach § 15 (2) der 43. DVO zum Umstellungsgesetz, die bislang als unverzinslich nachgewiesen worden waren, sind — in der textlichen Darstellung (Übersicht 2) — nunmehr bei den verzinslichen Forderungen der Versicherungsunternehmen miteingerechnet.
2. Die vom früheren Soforthilfefonds Tübingen an die Württembergische Landeskreditanstalt ausgeliehenen Wohnbaumittel, bislang (ab 31. März 1953) als Teil der beim Lastenausgleichsfonds aufgenommenen Länderschulden nachgewiesen, sind im Schuldenstand der Gebietskörperschaften vom 31. März 1956 nicht mehr enthalten.
  3. Am 1. September 1955 wurden die kreisfreie Stadt Lindau und der Landkreis Lindau, die zusammen den mit eigener Finanzhoheit ausgestatteten „Kreis Lindau“ gebildet hatten, in den Regierungsbezirk Schwaben des Landes Bayern eingegliedert.  
Die staatlichen und gemeindlichen Schulden des Kreises Lindau waren schon in den Vorjahren statistisch in die staatliche bzw. in die kommunale Verschuldung Bayerns einbezogen worden (soweit sie nicht gesondert dargestellt wurden). Die Einbeziehung war in den Schuldenübersichten jeweils besonders vermerkt worden (Anmerkung: „Einschließlich Lindau“). Auch in der vorliegenden Veröffentlichung sind die staatlichen Schulden Lindaus im Schuldenstand des Landes Bayern, die gemeindlichen Schulden in der kommunalen Verschuldung Bayerns mitenthalten. Ein Hinweis hierauf wurde in die Übersichten jedoch nicht mehr aufgenommen, weil die Schulden Lindaus nunmehr auch faktisch Bestandteil der Verschuldung Bayerns geworden sind.
  4. In den Richtlinien zu den Erhebungsvordrucken (Muster SF Schu und GF Schu) für den 31. März 1956 ist einheitlich festgelegt worden, daß den „Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen“ auch die Schuldaufnahmen der Gebietskörperschaften bei Zusatzversorgungskassen bzw. -einrichtungen (z. B. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Versorgungsanstalten der Bundesbahn<sup>44</sup>) und der Bundespost) zuzuordnen sind.  
Bislang waren diese Schuldaufnahmen zum Teil innerhalb der „Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung“ nachgewiesen worden. Der vorgenannten Position sind, wie gleichfalls festgelegt wurde, auch die von den Sozialversicherungs-Einrichtungen der Bundesbahn und Bundespost gewährten Darlehen zuzuordnen.
  5. Eine neue Fassung erhielt die seitherige Richtlinie für die Nachweisung von „Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden“: innerhalb der inländischen Neuverschuldung aus Kreditmarktmitteln sind bei der genannten Position außer Rentenschulden jetzt nur noch diejenigen Hypotheken- und Grundschulden auszuweisen, die von der Gebietskörperschaft beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden, also nur solche Hypotheken- und Grundschulden, die der Berichtsstelle keine Darlehensmittel zugeführt haben.  
Bislang waren in die Position „Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden“ in kleinerem Umfang auch hypothekarisch gesicherte Darlehensaufnahmen einbezogen worden. Diese sind jetzt sämtlich innerhalb der in Frage kommenden Schuldart (z. B. unter den Schulden bei Girozentralen) zu erfassen.
  6. Schuldaufnahmen der Gemeinden bei der Bundespost oder Bundesbahn (ohne Versicherungseinrichtungen, s. oben Ziffer 4) sind, wie in den Richtlinien zu Erhebungsmuster GF Schu erstmalig festgelegt, den „Übrigen Neuschulden aus Kreditmarktmitteln“ zuzuordnen.  
Bisher waren diese Darlehensaufnahmen kleineren Umfanges zum Teil bei anderen Schuldarten (auch unter den Krediten vom Bund) miterfaßt worden.

<sup>44</sup>) Bundesbahnversicherungsanstalt, Abteilung B.

7. Nicht nachgewiesen sind die Fälligkeiten und die Zinsbedingungen der gemeindlichen Verschuldung. Zuletzt wurden die Fälligkeiten zum 31. März 1955 — die Zinsbedingungen zum 31. März 1954 — erfragt.
8. Die von bayerischen Gemeinden aufgenommenen „Staatszuschußdarlehen“, die im Vorjahr teilweise noch innerhalb der Schulden aus Kreditmarktmitteln erfaßt worden waren, sind im Schuldenstand vom 31. März 1956 sämtlich den Schulden bei Gebietskörperschaften zugeordnet.
9. Im Unterschied zur vorjährigen Abgrenzung verstehen sich nunmehr auch die innerhalb der gemeindlichen Verschuldung nachgewiesenen Auslandsschulden einschließlich der entsprechenden Verbindlichkeiten aus dem Inlandsbesitz von Auslandsbonds, ferner einschließlich der nicht in Anleiheform aufgenommenen alten Auslandskredite (wie Schulscheindarlehen).

#### 4. Vergleiche mit anderen Kreditstatistiken

##### Abstimmung mit der monatlichen Berichterstattung an das Bundesministerium der Finanzen

Die Länder berichten monatlich nach Erhebungsmuster B 2 über ihren Kassen- und Schuldenstand an das Bundesministerium der Finanzen. Diese Berichterstattung ist im einzelnen anders aufgebaut als das Erhebungsmuster SF Schu der jährlichen Schuldenstatistik. Durch methodische Angleichung konnte jedoch eine weitgehende Übereinstimmung der von den beiden Statistiken ermittelten Zahlen erreicht werden.

Zwischen den Ergebnissen der Schuldenstatistik und denen der Monatsmeldungen zum 31. März 1956 an das Bundesministerium der Finanzen bestehen verhältnismäßig geringe Abweichungen; sie beruhen nicht auf systematischen, sondern auf zeitlichen Unterschieden. Die sich für den genannten Stichtag ergebende Differenz in der Gesamtsumme ist in Ziffer 1 der Vorbemerkung zum Tabellenteil festgehalten.

##### Abstimmung mit der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen

Eine Gesamtabstimmung mit den in der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen enthaltenen Angaben über die Entwicklung des Schuldenstandes ist nicht möglich, weil die Vierteljahresstatistik lediglich die Neuschulden erfaßt und diese nicht für alle kommunalen Gebietskörperschaften, sondern nur für die kreisfreien Städte, die Landkreise, Bezirksverbände und — länderspezifisch unterschiedlich — für einen Teil der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter. Bei den vergleichbaren Ergebnissen sind Abweichungen festgestellt worden. Sie erklären sich aus den Unvollständigkeits, die eine Kurzmeldung gegenüber einer eingehenden Jahreserhebung aufweist.

##### Abstimmung mit Ergebnissen der Bankenstatistik

Die in der Bilanzstatistik der Banken erfaßten Ausleihungen an Gebietskörperschaften liegen in der Gesamtsumme über den in der Schuldenstatistik nachgewiesenen Bankschulden der Gebietskörperschaften aus Kreditmarktmitteln. Nach Feststellungen, die schon in den Vorjahren getroffen wurden, beruht die Abweichung in erster Linie darauf, daß die Zahlen der Bankenstatistik in erheblichem Umfange weitergegebene öffentliche Mittel enthalten. In der Schuldenstatistik werden die Darlehensaufnahmen aus öffentlichen Mitteln gesondert dargestellt (als „Schulden aus öffentlichen Sondermitteln“ bzw. als „Schulden bei Gebietskörperschaften“), und zwar unabhängig davon, ob sie bei den öffentlichen Stellen selbst oder bei Kreditinstituten geschuldet werden. Ein — annäherungsweise — Vergleich mit den Ergebnissen der Bankenstatistik ist daher nur möglich, wenn die bei Kreditinstituten geschuldeten öffentlichen Mittel aus-

gegliedert und den aus Kreditmarktmitteln bei Banken geschuldeten Beträgen hinzugefügt werden.

Um — im Rahmen des Möglichen — eine Abstimmung zwischen den Ergebnissen der beiden Statistiken zu erreichen, sind im Erhebungsmuster GF Schu über den Stand der gemeindlichen Schulden am 31. März 1956 (im Anschluß an die vorjährigen Sonderfragen) die bei Kreditinstituten geschuldeten ERP-Mittel, Mittel von Sozialversicherungen sowie Mittel von Bund und Ländern nachrichtlich ausgegliedert worden. Entsprechende Fragen hat der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zum 31. März 1956 an seine ihm angeschlos-

senen Institute gerichtet. Die an Hand dieser Ermittlungen gewonnenen Zahlen über die gemeindliche Verschuldung (einschließlich öffentlicher Mittel) bei Girozentralen und über die Ausleihungen der Girozentralen an Gemeinden und Gemeindeverbände sind miteinander verglichen worden, auch unter dem Gesichtswinkel, aus den festgestellten Einzelabweichungen Hinweise für eine Ergänzung der Richtlinien zur Schuldenstatistik und zur Bilanzstatistik der Banken zu gewinnen. Die zwischen den vorerwähnten Zahlen für den 31. März 1956 bestehende Gesamtabweichung hält sich im Verhältnis zum erfaßten Darlehensbestand in engen Grenzen.

## Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden

Inhalt bzw. Titel	Statistik der Bundesrepublik Deutschland	Wirtschaft und Statistik, N. F.
<b>A. Gesamtverschuldung<sup>1)</sup> am</b>		
31. März 1950 .....	Band 52	3. Jahrgang, Heft 4/April 1951 <sup>2)</sup>
31. März 1951 .....	Band 53	—
31. März 1952 .....	Band 72	4. Jahrgang, Heft 10/Okttober 1952 <sup>2)</sup>
31. März 1953 .....	Band 98	5. Jahrgang, Heft 10/Okttober 1953 <sup>2)</sup>
31. März 1954 .....	Band 126	6. Jahrgang, Heft 10/Okttober 1954 <sup>2)</sup>
31. März 1955 .....	Band 145	7. Jahrgang, Heft 10/Okttober 1955
31. März 1956 .....	Band 170	8. Jahrgang, Heft 10/Okttober 1956 <sup>2)</sup>
	Statistischer Bericht <sup>4)</sup>	
<b>B. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände</b>		
Die kommunale Verschuldung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet am 31. 3. 1947 .....	VII/5/1	—
Die kommunale Verschuldung im Vereinigten Wirtschaftsgebiet am 31. 3. und 20. 6. 1948 .....	VII/5/2	—
Auslandsschulden der Gemeinden (Gv.) des Bundesgebietes am 31. 3. 1949 <sup>3)</sup> .....	VII/5/3	—
Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände im Bundesgebiet 1950 .....	—	3. Jahrgang, Heft 3/März 1951
Die Schulden der Gemeinden am 31. 3. 1951 .....	—	3. Jahrgang, Heft 11/November 1951
Investitionen und Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rechnungsjahr 1951 .....	VII/42/4	—
Steuereinnahmen, Finanzzuweisungen, Investitionen und Schulden der Gemeinden im Rechnungsjahr 1951 .....	—	4. Jahrgang, Heft 6/Juni 1952
Investitionen und Schulden der Gemeinden (Gv.) im Rechnungsjahr 1952 .....	VII/42/8	—
Zahlen zur Finanzlage der Gemeinden im Rechnungsjahr 1952 ..	—	5. Jahrgang, Heft 6/Juni 1953
Investitionen, Schulden und persönliche Ausgaben der Gemeinden (Gv.) im Rechnungsjahr 1953 .....	VII/42/12	—
Kommunale Finanzen in den Rechnungsjahren 1952 und 1953 ..	—	6. Jahrgang, Heft 7/Juli 1954
Investitionen, Schulden und persönliche Ausgaben der Gemeinden (Gv.) in den Monaten Januar bis März 1955 und im Rechnungsjahr 1954 .....	VII/42/16	—
Investitionen der Gemeinden und ihre Finanzierung .....	—	7. Jahrgang, Heft 8/August 1955
Investitionen, Schulden und persönliche Ausgaben der Gemeinden (Gv.) in den Monaten Januar bis März 1956 und im Rechnungsjahr 1955 .....	VII/42/20	—
Investitionen und Schuldaufnahmen der Gemeinden in den Rechnungsjahren 1948 bis 1955 .....	—	8. Jahrgang, Heft 5/Mai 1956

<sup>1)</sup> Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden, ab 31. 3. 1954 einschl. Schulden beim Lastenausgleichsfonds und nachrichtlicher Angaben über die Verschuldung von Bundesbahn und Bundespost. — <sup>2)</sup> Nur zum Teil endgültige Ergebnisse. — <sup>3)</sup> Ohne Baden (französische Zone). — <sup>4)</sup> In den aufgeführten Berichten VII/42/... nur inländische Neuverschuldung der kreisfreien Städte, Landkreise, Bezirksverbände und — größtenteils — der Ämter und kreisangehörigen Gemeinden (Ergebnisse der Vierteljahrsstatistik der Gemeindefinanzen).

# Zahl der in der Schuldenstatistik zum 31. 3. 1956 erfaßten Gemeinden und Gemeindeverbände und fortgeschriebene Einwohnerzahl am 30. 6. 1955

(Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen nach der Einwohnerzahl am 13. September 1950 - letzte Volkszählung -  
und dem Gebietsstand am 31. März 1956)

Land		Gemeinden u. Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden				Ämter	Landkreise	Bezirks- verbände
				zusammen	mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
Zahl der Gebietskörperschaften <sup>1)</sup>										
a) = Gebietskörperschaften insgesamt, b) = verschuldete Gebietskörperschaften, c) = b in vH von a										
Schleswig-Holstein	a)	1 636	4	1 393	25	85	1 283	222	17	—
	b)	987	4	908	25	85	798	58	17	—
	c)	60,3	100	65,2	100	100	62,2	26,1	100	—
Niedersachsen	a)	4 330	16	4 254	55	248	3 951	—	60	—
	b)	2 792	16	2 716	55	244	2 417	—	60	—
	c)	64,5	100	63,8	100	98,4	61,2	—	100	—
Nordrhein-Westfalen	a)	2 740	38 <sup>2)</sup>	2 345	148	391	1 806	298	57	2 <sup>3)</sup>
	b)	1 832	38	1 623	147	368	1 108	114	55	2
	c)	66,9	100	69,2	99,3	94,1	61,4	38,3	96,5	100
Hessen	a)	2 746	9	2 697	24	166	2 507	—	39	1
	b)	1 960	9	1 911	24	164	1 723	—	39	1
	c)	71,4	100	70,9	100	98,8	68,7	—	100	100
Rheinland-Pfalz	a)	3 091	12	2 907	13	104	2 790	132	39	1
	b)	2 092	12	1 990	13	102	1 875	51	38	1
	c)	67,7	100	68,5	100	98,1	67,2	38,6	97,4	100
Baden-Württemberg	a)	3 447	9	3 373	54	255	3 064	—	63	2
	b)	2 780	9	2 708	54	252	2 402	—	61	2
	c)	80,6	100	80,3	100	98,8	78,4	—	96,8	100
Bayern	a)	7 270 <sup>4)</sup>	48	7 072 <sup>4)</sup>	16	282	6 774 <sup>4)</sup>	—	143	7
	b)	3 924	48	3 728	16	277	3 435	—	141	7
	c)	54,0	100	52,7	100	98,2	50,7	—	98,6	100
Bundesgebiet (ohne Hansestädte sowie ohne Berlin [West])	a)	25 260	136 <sup>2)</sup>	24 041	335	1 531	22 175	652	418	13
	b)	16 367	136	15 584	334	1 492	13 758	223	411	13
	c)	64,8	100	64,8	99,7	97,5	62,0	34,2	98,3	100
Dagegen zum 31. 3. 1955	a)	25 261	135	24 043	336	1 529	22 178	652	418	13
	b)	15 133	135	14 375	335	1 466	12 574	202	408	13
	c)	59,9	100	59,8	99,7	95,9	56,7	31,0	97,6	100
Zahl der Einwohner										
a) = Einwohner insgesamt, b) = Einwohner der verschuldeten Gebietskörperschaften, c) = b in vH von a										
Schleswig-Holstein	a)	2 290 311	653 379	1 636 932	457 370	427 329	752 233	788 445	1 636 932	—
	b)	.	653 379	1 472 989	457 370	427 329	588 290	210 476	1 636 932	—
	c)	.	100	90,0	100	100	78,2	26,7	100	—
Niedersachsen <sup>1)</sup>	a)	6 551 988	1 761 631	4 790 357	907 865	1 187 040	2 695 452	—	4 790 357	—
	b)	.	1 761 631	4 097 175	907 865	1 174 383	2 014 927	—	4 790 357	—
	c)	.	100	85,5	100	98,9	74,8	—	100	—
Nordrhein-Westfalen	a)	14 693 188	7 444 611 <sup>2)</sup>	7 248 577	3 260 867	2 171 342	1 816 368	3 394 793	7 248 577	14 693 188 <sup>3)</sup>
	b)	.	7 444 611	6 655 727	3 247 445	2 056 066	1 352 216	1 653 278	7 055 303	14 693 188
	c)	.	100	91,8	99,6	94,7	74,4	48,7	97,3	100
Hessen	a)	4 543 959	1 477 111	3 066 848	420 744	868 397	1 777 707	—	3 066 848	4 543 959
	b)	.	1 477 111	2 728 932	420 744	856 112	1 452 076	—	3 066 848	4 543 959
	c)	.	100	89,0	100	98,6	81,7	—	100	100
Rheinland-Pfalz	a)	3 284 000	782 014	2 501 986	232 149	546 513	1 723 324	1 007 109	2 501 986	1 180 634
	b)	.	782 014	2 129 278	232 149	537 136	1 359 993	433 223	2 469 809	1 180 634
	c)	.	100	85,1	100	98,3	78,9	43,0	98,7	100
Baden-Württemberg <sup>3)</sup>	a)	7 077 256	1 625 776	5 451 480	1 294 519	1 402 968	2 753 993	—	5 451 480	4 004 141
	b)	.	1 625 776	5 044 517	1 294 519	1 388 617	2 361 381	—	5 249 189	4 004 141
	c)	.	100	92,5	100	99,0	85,7	—	96,3	100
Bayern <sup>4)</sup>	a)	9 161 272	3 079 636	6 081 636	218 447	1 476 155	4 387 034	—	6 081 636 <sup>3)</sup>	9 161 272
	b)	.	3 079 636	4 524 884	218 447	1 455 496	2 850 941	—	5 978 062	9 161 272
	c)	.	100	74,4	100	98,6	65,0	—	98,3	100
Bundesgebiet (ohne Hansestädte sowie ohne Berlin [West])	a)	47 601 974	16 824 158 <sup>2)</sup>	30 777 816	6 791 961	8 079 744	15 906 111	5 190 347	30 777 816	33 583 194
	b)	.	16 824 158	26 653 502	6 778 539	7 895 139	11 979 824	2 296 977	30 246 500	33 583 194
	c)	.	100	86,6	99,8	97,7	75,3	44,3	98,3	100

<sup>1)</sup> Abweichend von der Bevölkerungsstatistik sind in der Zahl der Gebietskörperschaften nur diejenigen gemeindefreien Grundstücke mitenthaltend, die erhebungsmaÙig von der Finanzstatistik erfaßt werden. — <sup>2)</sup> Einschl. der Stadt Leverkusen, die ab 1. 4. 1955 kreisfrei ist. — <sup>3)</sup> Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. — <sup>4)</sup> Abweichend von der Bevölkerungsstatistik ohne 5 abgesiedelte, jedoch noch nicht „de jure“ aufgelöste Gemeinden. — <sup>5)</sup> Folgende in der Zahl der Gebietskörperschaften nicht erfaßte gemeindefreie Grundstücke sind mit ihrer Einwohnerzahl in der Größenklasse „Kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern“ und in den Gesamtzahlen der Einwohner mitenthaltend: Niedersachsen = 1 753 Einwohner, Baden-Württemberg = 443 Einwohner, Bayern = 3 067 Einwohner.



# Inhalt des Tabellenteils

	Seite
Vorbemerkung zum Tabellenteil .....	26
I. Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art der Schulden .....	27
II. Schulden von Bund und Ländern nach Art der Schulden .....	28
III. Schulden der Länder und Gemeinden und Gemeindeverbände nach Art der Schulden und Ländern .....	30
IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	
A. Art der Schulden	
a) nach Ländern .....	32
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen .....	33
B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden	
a) nach Ländern .....	34
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen .....	35
C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung	
a) nach Ländern .....	36
b) nach Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen .....	38
D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung	
1. Neuverschuldung zusammen	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern .....	40
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen ...	41
2. Schulden aus Kreditmarktmitteln	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern .....	42
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen ...	43
3. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern .....	44
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen ...	45
4. Schulden bei Gebietskörperschaften	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern .....	46
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen ...	47
5. In der Zeit vom 1. April 1955 bis zum 31. März 1956 aufgenommene Darlehen	
a) nach Verwaltungszweigen und Ländern .....	48
b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen ...	49
V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern	
A. Art der Schulden .....	50
B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden .....	51
C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung .....	52
D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung	
1. Neuverschuldung zusammen .....	54
2. In der Zeit vom 1. April 1955 bis zum 31. März 1956 aufgenommene Darlehen .....	55

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Vorbemerkung zum Tabellenteil

1. Abstimmung mit den Ergebnissen der monatlichen Berichterstattung der Länder an das Bundesministerium der Finanzen.

Die in Tabellen I und II veröffentlichten Zahlen weichen von den für den gleichen Stichtag veröffentlichten<sup>1)</sup> Angaben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wie folgt ab:

	Mill. DM
Schulden der Länder (einschl. Stadtstaaten) am 31. 3. 1956.	
Vom BMF bekanntgegeben mit .....	24 209,5
Hinzuzurechnen:	
Verschiedene (auf zeitlichen Abweichungen beruhende) Differenzen .....	23,8
Insgesamt .....	<u>24 233,3</u>
Vergleiche Tabellen I und II:	
Summe A bis D (Länder und Stadtstaaten) .....	24 030,6
Auslandschulden (Länder und Stadtstaaten) .....	202,7
Insgesamt .....	<u>24 233,3</u>

2. Bildung von Gesamtsummen in den Tabellen.

Die Angaben über Gesamtverschuldung (Tabellen I bis IV, Summe A bis D; übrige Tabellen entsprechend) enthalten die aus der Verschuldung bei Gebietskörperschaften (Tabellen I bis IV, Summe D) sich ergebenden Doppelzählungen; vgl. „Methodische Bemerkungen“, 2, Seite 19.

3. Inlandschulden der Landkreise und der Bezirksverbände am 31. März 1955.

Infolge eines Versehens bei der maschinellen Erstellung der Bundessumme sind, wie erst nachträglich festgestellt wurde, die zum 31. März 1955 (Band 145 der „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Tabellen-Gruppe IV und Textübersicht 6) veröffentlichten Inlandschulden der Landkreise im Gesamtbetrag (368,5 Mill. DM) um 5,0 Mill. DM zu hoch, diejenigen der Bezirksverbände im Gesamtbetrag (35,9 Mill. DM) um 5,0 Mill. DM zu niedrig nachgewiesen. Die für eine Richtigstellung der vorgenannten Ergebnisse bei den Landkreisen abzuziehenden bzw. bei den Bezirksverbänden hinzuzurechnenden Beträge verteilen sich auf die betroffenen Schuldarten wie folgt:

	Tsd. DM
1. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln zusammen	
Annuitätsdarlehen .....	3 656
Nach Laufzeiten gegliederte Schulden .....	1 197
Summe 1 .....	<u>4 853</u>
2. Neuschulden bei Gebietskörperschaften zusammen	
Nach Laufzeiten gegliederte Schulden .....	179
Summe 1 und 2 ...	<u>5 033<sup>2)</sup></u>
3. Altschulden .....	5
Summe 1 bis 3 ....	<u>5 038<sup>3)</sup></u>

Die in den vorliegenden Band aufgenommenen Vergleichszahlen für den 31. März 1955 geben die Inlandschulden der Landkreise und der Bezirksverbände mit den im Vorjahr (Band 145) veröffentlichten — unberichtigten — Ergebnissen wieder.

<sup>1)</sup> Bundesanzeiger, 8. Jahrg., Nr. 159 vom 17. 8. 1956, S. 2 und 5. — <sup>2)</sup> Darunter: 1 714 Tsd. DM in der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 aufgenommene Darlehen. — <sup>3)</sup> Außerdem: 49 Tsd. DM Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe.

I. Schulden <sup>1)</sup> von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art der Schulden

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Bund (ohne Lasten- ausgleichs- fonds)	Lasten- ausgleichs- fonds	Länder	Hansestädte und Berlin (West)	Gemeinden und Gemeinde- verbände	Insgesamt	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Inlandschulden</b>							
<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b>							
Ausgleichsforderungen							
des Zentralbanksystems	6 134 190 <sup>2)</sup>	—	2 303 162	678 491	—	9 115 843	9 081 254 <sup>3)</sup>
des Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder	28 000	—	57 138	5 999	—	91 137	4)
der Banken und Sparkassen	181 570	—	5 711 976	617 285	—	6 510 831	6 551 550
der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	1 580 000	—	2 470 881	613 275	—	4 664 156	4 669 518
der Postscheck- (Postsparkassen-) ämter (soweit nachgewiesen)	—	—	69 449	6 598	—	76 047	50 605
Sonstige Ausgleichsforderungen <sup>5)</sup>	—	—	5 636	1 548	—	7 184	4)
Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	—	2 086 530	—	—	—	2 086 530	1 711 977
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln	—	—	8 984	53 873	71 324	134 181	154 740
<b>Summe A</b>	<b>7 923 760</b>	<b>2 086 530</b>	<b>10 627 224</b>	<b>1 977 070</b>	<b>71 324</b>	<b>22 685 908</b>	<b>22 219 650</b>
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>							
Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen)	755 230	—	715 763	175 049	69 890	1 715 932	1 632 987
Verzinsliche Schatzanweisungen	38 290	—	48 810	—	—	87 100	88 380
Unverzinsliche Schatzanweisungen	94 000 <sup>6)</sup>	—	280 969	—	—	374 969	529 756
Schatzwechsel	— <sup>6)</sup>	—	41 450	—	—	41 450	57 220
Steuergutscheine	—	—	136 228	—	—	136 228	227 259
Kredite des Zentralbanksystems	390 700	—	—	—	—	390 700	563 900
Schulden bei Banken und Sparkassen	—	806 058	287 869	149 235	3 328 111	4 571 273	3 416 332
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	—	—	131 019	13 900	640 491	785 410	583 196
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	—	—	58	842	18 836	19 736 <sup>7)</sup>	36 947
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	—	—	—	24	36 685	36 709	35 922
Kassenkredite, aufgenommen von Gemeinden und Gemeindeverbänden <sup>8)</sup>	—	—	—	—	33 792	33 792	30 513
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	—	—	51 299	9 276	129 297	189 872	149 123
<b>Summe B</b>	<b>1 278 220</b>	<b>806 058</b>	<b>1 693 464</b>	<b>348 327</b>	<b>4 257 103</b>	<b>8 383 172</b>	<b>7 351 534</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>							
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	450 720	—	300 562	70 817	129 018	951 117	952 700
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	694 000	—	235 638	49 538	361 293	1 340 469	1 125 706
ERP- (ECA-) Kredite	—	—	133 336	174 830	230 634	538 800	441 103
Kredite von der Bundespost	—	—	1 700	7 500	— <sup>4)</sup>	9 200	10 227
Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	—	—	—	—	—	—	5 014
<b>Summe C</b>	<b>1 144 720</b>	<b>—</b>	<b>671 235</b>	<b>302 687</b>	<b>720 945</b>	<b>2 839 587</b>	<b>2 534 750</b>
<b>Summe A bis C</b>	<b>10 346 700</b>	<b>2 892 588</b>	<b>12 991 926</b>	<b>2 628 083</b>	<b>5 049 372</b>	<b>33 908 669</b>	<b>32 105 930</b>
<b>D. Schulden bei Gebietskörperschaften</b>							
<b>1. Neuschulden<sup>8)</sup></b>							
Kredite vom Bund (ohne Lastenausgleichsfonds)	—	525 000	3 121 606	504 081	1 121 113	9 428 953	7 836 631
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	—	—	3 788 315	368 838			
Kredite von Ländern	—	—	—	—			
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	4 428	—	50 520	54 948	40 659
<b>Zusammen</b>	<b>—</b>	<b>525 000</b>	<b>6 914 349</b>	<b>872 919</b>	<b>1 171 633</b>	<b>9 483 901</b>	<b>7 877 289</b>
<b>2. Altschulden</b>							
	—	—	695	622 644	15 949	639 288	641 650
<b>Summe D</b>	<b>—</b>	<b>525 000</b>	<b>6 915 044</b>	<b>1 495 563</b>	<b>1 187 582</b>	<b>10 123 189</b>	<b>8 518 939</b>
<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b>	<b>10 346 700</b>	<b>3 417 588</b>	<b>19 906 970</b>	<b>4 123 647</b>	<b>6 236 954</b>	<b>44 031 859<sup>9)</sup></b>	<b>40 624 871<sup>9)</sup></b>
Davon: Altverschuldung	7 923 760	2 086 530	10 627 919	2 599 713	87 273	23 325 195	22 861 300
Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)	2 422 940	1 331 058	9 279 051	1 523 934	6 149 681	20 706 664	17 763 571
<b>Außerdem:</b>							
<b>Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit nachgewiesen)</b>							
Zahlungsrückstände	—	62 379	52 962	—	—	115 341	117 370
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe	—	—	502	24 798	61 275	86 575	101 047
<b>Auslandschulden (soweit nachgewiesen)<sup>10)</sup></b>							
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen <sup>11)</sup>	8 055 874	—	58 864	69 482	142 180 <sup>12)</sup>	8 326 400	8 157 978 <sup>13)</sup>
Sonstige Auslandschulden	1 482 980 <sup>14)</sup>	—	—	74 339	—	1 557 319	1 579 365

1) Ohne die durch die Bundesvermögensrechnung nachgewiesenen „Anderen Schulden“ des Bundes (4 718,0 Mill. DM am 31.3.1956 einschl. Auslandschulden). — 2) Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder aus der Umstellungsgesetzgebung einschl. der zinsfreien Schuldverschreibung anlässlich der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld (622,2 Mill. DM) sowie der Ausgleichsforderungen, die gegen Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen umgetauscht wurden (1 575,6 Mill. DM). — 3) Einschl. der zinsfreien Schuldverschreibung des Bundes anlässlich der Ausstattung von Groß-Berlin mit Geld (622,2 Mill. DM). — 4) Nicht gesondert nachgewiesen. — 5) Schulden aus solchen Ausgleichsforderungen, die vom Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder auf Länder übertragen wurden. — 6) Ohne die der Bank deutscher Länder im Umrtausch von Ausgleichsforderungen überlassenen Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen (vgl. Anm. 2). — 7) Rückgang gegenüber 1955 zum Teil methodisch bedingt. — 8) Die geringen von Gemeinden bei Gebietskörperschaften etwa aufgenommenen Kassenkredite sind bei Abschnitt B-Kassenkredite-miteinfaßt. — 9) Einschl. der sich aus der Verschuldung bei Gebietskörperschaften ergebenden Doppelzählungen. — 10) Fremdwährungsbeträge zu festen Paritäten umgerechnet. — 11) Einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen und der fundierten bzw. zu fundierenden Zinsrückstände. — 12) Nach Zahlenunterlagen der Bank deutscher Länder zum 31.12.1955 (zum Teil Schatzung); einschl. der Schuldscheindarlehen und ähnlichen Kredite. — 13) Bei den gemeindlichen Auslandschulden in Höhe von 116,8 Mill. DM: ohne die Schulden aus Inlandsbesitz an Auslandsanleihen sowie ohne Schuldscheindarlehen und ähnliche Kredite. — 14) Großenteils auf DM lautend.

Art der Schulden	Bund (ohne Lasten- ausgleichs- fonds)	Lasten- ausgleichs- fonds	Län				
			Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen 1)	Hessen	Rheinland- Pfalz
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Inlandschulden</b>							
<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b>							
Ausgleichsforderungen							
des Zentralbanksystems	6 134 190	—	125 658	306 027	645 610	249 118	138 843
des Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder	28 000	—	7 375	6 320	9 340	5 962	6 914
der Banken und Sparkassen	181 570	—	236 976	743 211	1 421 598	611 776	368 495
der Versicherungsunternehmen und Bau- sparkassen	1 580 000	—	52 950	271 759	825 162	213 567	40 802
der Postscheck- (Postsparkassen-)ämter (soweit nachgewiesen)	—	—	—	—	33 426	—	4 616
Sonstige Ausgleichsforderungen	—	—	1 244	172	202	—	24
Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versi- cherungsunternehmen und Bausparkassen	—	2 086 530	—	—	—	—	—
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln	—	—	455	1 966	—	857	41
<b>Summe A</b>	<b>7 923 760</b>	<b>2 086 530</b>	<b>424 657</b>	<b>1 329 456</b>	<b>2 935 337</b>	<b>1 081 280</b>	<b>559 734</b>
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>							
Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen)	755 230	—	50 000	170 000	—	40 497	55 000
Verzinsliche Schatzanweisungen	38 290	—	—	30 450	—	—	3 360
Unverzinsliche Schatzanweisungen	94 000	—	—	1 500	—	22 569	61 800
Schatzwechsel	—	—	—	450	—	—	—
Steuergutscheine	—	—	—	—	—	—	—
Kredite des Zentralbanksystems	390 700	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Banken und Sparkassen	—	806 058	—	53 370	—	25 143	60 662
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen 6)	—	—	—	30 692	—	5 566	19 542
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	—	—	—	—	11	—	47
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	—	—	—	—	—	—	—
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln 7)	—	—	9 975	22 013	675	12 652 8)	—
<b>Summe B</b>	<b>1 278 220</b>	<b>806 058</b>	<b>59 975</b>	<b>308 474</b>	<b>686</b>	<b>106 427</b>	<b>200 411</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>							
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsver- mittlung und Arbeitslosenversicherung	450 720	—	87 378	10 115	70 800	38 336	23 531
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialver- sicherung 6)	694 000	—	10 325	15 328	—	17 007	22 000
ERP- (ECA-) Kredite	—	—	—	3 461	128 575	—	1 300
Kredite von der Bundespost	—	—	—	—	—	—	—
Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sonder- mitteln	—	—	—	—	—	—	—
<b>Summe C</b>	<b>1 144 720</b>	—	<b>97 703</b>	<b>28 903</b>	<b>199 375</b>	<b>55 342</b>	<b>46 831</b>
<b>Summe A bis C</b>	<b>10 346 700</b>	<b>2 892 588</b>	<b>582 336</b>	<b>1 666 834</b>	<b>3 135 399</b>	<b>1 243 049</b>	<b>806 976</b>
<b>D. Schulden bei Gebietskörperschaften</b>							
<b>1. Neuschulden</b>							
Kredite vom Bund (ohne Lastenausgleichs- fonds)	—	525 000	526 345	352 098	1 025 789	220 232	164 232
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	—	—	345 168	580 151	1 326 128	316 935	218 299
Kredite von Ländern	—	—	—	—	—	—	—
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	—	4 348	—	—	—
<b>Zusammen</b>	—	<b>525 000</b>	<b>871 513</b>	<b>936 597</b>	<b>2 351 916</b>	<b>537 167</b>	<b>382 531</b>
<b>2. Altschulden</b>							
<b>Summe D</b>	—	<b>525 000</b>	<b>871 513</b>	<b>937 207</b>	<b>2 351 916</b>	<b>537 167</b>	<b>382 531</b>
<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b>	<b>10 346 700</b>	<b>3 417 588</b>	<b>1 453 848</b>	<b>2 604 041</b>	<b>5 487 315</b>	<b>1 780 216</b>	<b>1 189 508</b>
Davon: Altverschuldung	7 923 760	2 086 530	424 657	1 330 066	2 935 337	1 081 280	559 734
Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)	2 422 940	1 331 058	1 029 191	1 273 975	2 551 978	698 936	629 774
Außerdem.							
<b>Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit nachgewie- sen)</b>							
Zahlungsrückstände	—	62 379	1 570	—	—	—	1 392
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe	—	—	—	152	269	—	81
<b>Auslandschulden (soweit nachgewiesen)</b>							
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen	8 055 874	—	—	2 791	—	209 13)	—
Sonstige Auslandschulden	1 482 980	—	—	—	—	—	—

1) Ohne die Schulden der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe; diese sind ab 31.3.1955 als gemeindliche Schulden nachgewiesen (am 31.3.1956 mit 28,2 Mill. DM Inland- und grund von Vermögensübertragungen mitübernommene Grundpfandschulden (noch nicht auf DM umgestellt). — 5) 7,0 Mill. DM unverzinsliche Schatzanweisungen des Landes Rheinland-Pfalz sind sicherungen und Bausparkassen", 1955 dagegen unter „Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung" nachgewiesen. — 7) Mitenthalten sind am 31.3.1956 folgende inländische 8) Einschl. 9,6 Mill. DM für Entschädigung wegen Übereignung oder Enteignung von Grundeigentum. — 9) Außerdem 90,4 Mill. DM Wohnbauschulden der Württembergischen Landeskreditan- läßlich der Blockade und zur Kohlenbevorratung. — 12) Schuldverpflichtung gegenüber 1955 wegen der Sonderlage Berlins herabgesetzt. — 13) Anteil des Landes an einer im Ausland auf- zogen, Erhöhung des Schuldbetrages gegenüber 1955 durch Berichtigung.

dem nach Art der Schulden  
DM -

der		Hansestädte		Berlin (West)	Insgesamt	Dagegen am 31.3.1955 1)	Art der Schulden
Baden-Württemberg 2)	Bayern	Hamburg	Bremen				
8	9	10	11	12	13	14	
<b>Inlandschulden</b>							
<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b>							
386 090	451 816	198 166	70 871	409 454	9 115 843	9 081 254	Ausgleichsforderungen des Zentralbanksystems
2 841	18 386	2 305	3 694	—	91 137	—	des Ankaufsfonds der Bank deutscher Länder
1 084 811	1 245 109	372 927	142 062	102 296	6 510 831	6 551 550	der Banken und Sparkassen
511 916	554 725	473 217	11 736	128 322	4 664 156	4 669 518	der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen
15 391	16 016	6 598	—	—	76 047	50 605	der Postscheck- (Postsparkassen-)ämter (soweit nachgewiesen)
2 367	1 627	1 307	241	—	7 184	—	Sonstige Ausgleichsforderungen
—	—	—	—	—	2 086 530	1 711 977	Deckungsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen
81	5 584	16 400 <sup>3)</sup>	3 240	34 233 <sup>4)</sup>	62 857	75 471	Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln
2 003 496	2 293 264	1 070 921	231 843	674 306	22 614 584	22 140 381	<b>Summe A</b>
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>							
49 832	350 434	50 000	50 000	75 049	1 646 042	1 563 097	Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen)
—	15 000	—	—	—	87 100	88 380	Verzinsliche Schatzanweisungen
—	195 100	—	—	—	374 969	529 756 <sup>5)</sup>	Unverzinsliche Schatzanweisungen
—	41 000	—	—	—	41 450	57 220	Schatzwechsel
—	136 228	—	—	—	136 228	227 259	Steuer Gutscheine
—	—	—	—	—	390 700	563 900	Kredite des Zentralbanksystems
81 500	67 194	40 982	87 178	21 075	1 243 162	830 942 <sup>5)</sup>	Schulden bei Banken und Sparkassen
—	75 219	12 350	1 550	—	144 919	84 320	Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen 6)
—	—	735	34	73	900	1 599	Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden
—	—	24	—	—	24	42	Restaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)
—	5 984	6 450	2 826	—	60 575	58 731	Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln 7)
131 332	886 159	110 541	141 588	96 198	4 126 069	4 005 245	<b>Summe B</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>							
47 351	23 051	31 374	10 828	28 615	822 099	876 898	Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
87 553	83 425	28 054	21 484	—	979 176	908 862	Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung 6)
—	—	1 700	2 172	170 958	308 166	262 420	ERP- (ECA-) Kredite
—	1 700	0	7 500	—	9 200	10 227	Kredite von der Bundespost
—	—	—	—	—	—	5 014	Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln
134 905	108 176	61 129	41 984	199 574	2 118 642	2 063 421	<b>Summe C</b>
2 269 733	3 287 599	1 242 591	415 415	970 077	28 859 297	28 209 044	<b>Summe A bis C</b>
<b>D. Schulden bei Gebietskörperschaften</b>							
<b>1. Neuschulden</b>							
471 284	361 626	127 629	46 442	330 010	4 150 687	3 126 345	Kredite vom Bund (ohne Lastenausgleichsfonds)
491 112 <sup>9)</sup>	510 522	199 561	61 663	107 614	4 157 153	3 769 848 <sup>10)</sup>	Kredite vom Lastenausgleichsfonds
—	80	—	—	—	4 428	4 452	Kredite von Ländern
962 396	872 229	327 190	108 105	437 624	8 312 268	6 900 644	Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden
—	85	450	14	622 180	623 339	623 496	<b>Zusammen</b>
962 396	872 314	327 640	108 119	1 059 804	8 935 607	7 524 140	<b>2. Altschulden</b>
3 232 129	4 159 913	1 570 231	523 534	2 029 882 <sup>11)</sup>	37 794 905	35 733 186	<b>Summe D</b>
2 003 496	2 293 349	1 071 370	231 857	1 296 486	23 237 922	22 763 878	<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b>
1 228 633	1 866 564	498 861	291 677	733 396	14 556 983	12 969 308	<i>Davon: Altverschuldung</i>
							<i>Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)</i>
<b>Außerdem:</b>							
<b>Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit nachgewiesen)</b>							
—	50 000	—	—	—	115 341	117 370	Zahlungsrückstände
—	—	5 829	—	18 969 <sup>12)</sup>	25 300	35 893	Abgabschuld aus der Hypothekengewinnabgabe
28 714	27 150 <sup>14)</sup>	54 669	14 813	—	8 184 220	8 041 175	<b>Auslandschulden (soweit nachgewiesen)</b>
—	—	12	—	74 327 <sup>15)</sup>	1 557 319	1 579 365	Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen
							Sonstige Auslandschulden

0,7 Mill. DM Auslandschulden). — 2) Nach dem Schuldenstand beim Rechnungsabschluß am 4.4.1956. — 3) Einschl. 0,1 Mill. DM für Haftentschädigung. — 4) Außerdem 3,3 Mill. RM auf unter „Schulden bei Banken und Sparkassen“ nachgewiesen. — 5) Die Schulden des Landes Bayern bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sind 1956 unter „Schulden bei Ver-Schuldverpflichtungen aus dem Ausführungsgesetz vom 24.8.1953 zum Londoner Schuldenabkommen: Nordrhein-Westfalen = 0,7 Mill. DM, Hessen = 0,2 Mill. DM, Hamburg = 1,3 Mill. DM. — stalt gegenüber dem Lastenausgleichsfonds. 1955 ist dieser Betrag als Schuld des Landes Baden-Württemberg nachgewiesen. — 10) Vgl. Anm. 9,2. Satz. — 11) Ohne 689,9 Mill. DM an-genommenen Sammelanleihe. — 14) Einschl. der noch nicht durch Schuldurkunden fundierten Zinsrückstände (10,3 Mill. DM). — 15) Am 31.3.1956 noch nicht in die Schuldenregelung einbe-

Art der Schulden	Län				
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz
	1	2	3	4	5
<b>Inlandschulden</b>					
<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b>					
Schulden aus Ausgleichsforderungen (soweit nachgewiesen) .....	424 203	1 327 490	2 935 337	1 080 423	559 694
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln .....	3 506	9 997	29 595	14 072	3 364
<b>Summe A</b> .....	<b>427 708</b>	<b>1 337 487</b>	<b>2 964 932</b>	<b>1 094 495</b>	<b>563 057</b>
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>					
Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen) .....	50 000	170 000	49 890	40 497	55 000
Verzinsliche Schatzanweisungen .....	—	30 450	—	—	3 360
Unverzinsliche Schatzanweisungen .....	—	1 500	—	22 569	61 800
Schatzwechsel .....	—	450	—	—	—
Steuergutscheine .....	—	—	—	—	—
Kredite des Zentralbanksystems .....	—	—	—	—	—
Schulden bei Banken und Sparkassen .....	82 424	415 680	1 058 464	470 370	259 389
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen .....	29 759	99 338	142 807	134 883	69 539
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden .....	930	2 823	4 525	2 650	2 819
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	3 030	3 592	7 265	5 963	1 069
Kassenkredite, aufgenommen von Gemeinden und Gemeindeverbänden 2) .....	1 436	5 440	9 063	2 246	593
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln 3) .....	12 390	42 556	40 740	34 668	6 131
<b>Summe B</b> .....	<b>179 968</b>	<b>771 829</b>	<b>1 312 755</b>	<b>713 846</b>	<b>459 699</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>					
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung .....	101 130	37 508	60 739	51 173	28 716
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	34 459	97 559	65 755	62 871	37 357
ERP- (ECA-) Kredite .....	22 663	32 633	174 919	13 787	18 789
Kredite von der Bundespost 4) .....	—	—	—	—	—
Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln .....	—	—	—	—	—
<b>Summe C</b> .....	<b>158 252</b>	<b>167 700</b>	<b>321 413</b>	<b>127 830</b>	<b>84 862</b>
<b>Summe A bis C</b> .....	<b>765 929</b>	<b>2 277 017</b>	<b>4 599 101</b>	<b>1 936 171</b>	<b>1 107 617</b>
<b>D. Schulden bei Gebietskörperschaften</b>					
<b>1. Neuschulden 2)</b>					
Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	639 372	422 419	1 420 442	262 780	260 354
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	348 323	584 848	1 330 162	318 655	218 773
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	3 070	21 434	10 778	5 496	2 672
<b>Zusammen</b> .....	<b>990 765</b>	<b>1 028 701</b>	<b>2 761 380</b>	<b>586 931</b>	<b>481 799</b>
<b>2. Altschulden</b> .....					
<b>Summe D</b> .....	<b>963</b>	<b>1 698</b>	<b>7 925</b>	<b>2 058</b>	<b>2 807</b>
<b>Summe D</b> .....	<b>991 728</b>	<b>1 030 399</b>	<b>2 769 306</b>	<b>588 990</b>	<b>484 606</b>
<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b> .....	<b>1 757 656</b>	<b>3 307 416</b>	<b>7 368 406</b>	<b>2 525 161</b>	<b>1 592 224</b>
Davon Altverschuldung .....	428 671	1 339 185	2 972 857	1 096 553	565 863
Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite) .....	1 328 986	1 968 231	4 395 549	1 428 607	1 026 361
Außerdem.					
<b>Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit nachgewiesen)</b>					
Zahlungsrückstände 5) .....	1 570	—	—	—	1 392
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe .....	1 538	4 978	23 448	7 400	10 426
<b>Auslandschulden (soweit nachgewiesen)</b>					
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen .....	1 024	7 621	41 693	13 944	8 840
Sonstige Auslandschulden 7) .....	—	—	—	—	—

1) Rückgang gegenüber 1955 zum Teil methodisch bedingt. — 2) Die geringen von Gemeinden bei Gebietskörperschaften etwa aufgenommenen Kassenkredite sind bei Abschnitt B - Kassen-Zahlungsrückstände der Gemeinden. — 6) Bei den gemeindlichen Auslandschulden in Höhe von 116,8 Mill. DM: ohne die Schulden aus Inlandsbesitz an Auslandsanleihen sowie ohne Schuld-

deverbände nach Art der Schulden und Ländern  
DM -

der		Hansestädte und Berlin (West)	Insgesamt	Dagegen am 31.3.1955	Art der Schulden
Baden - Württemberg	Bayern				
6	7	8	9	10	
<b>Inlandschulden</b>					
<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b>					
Schulden aus Ausgleichsforderungen (soweit nachgewiesen),					<b>Summe A</b>
Übrige Altschulden aus Kreditmarktmitteln					
2 003 415	2 287 680	1 923 196	12 541 438	12 491 189	
3 150	16 626	53 873	134 181	154 740	
<b>2 006 565</b>	<b>2 304 306</b>	<b>1 977 070</b>	<b>12 675 618</b>	<b>12 645 933</b>	
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>					
49 832	370 434	175 049	960 702	877 757	Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen)
—	15 000	—	48 810	50 090	Verzinsliche Schatzanweisungen
—	195 100	—	280 969	38 246	Unverzinsliche Schatzanweisungen
—	41 000	—	41 450	49 850	Schatzwechsel
—	136 228	—	136 228	227 259	Steuergutscheine
—	—	—	—	2 000	Kredite des Zentralbanksystems
752 876	576 779	149 235	3 765 215	2 857 697	Schulden bei Banken und Sparkassen
103 380	191 804	13 900	785 410	583 196	Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen
1 120	4 026	842	19 736 <sup>1)</sup>	36 947	Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden
12 044	3 721	24	36 709	35 922	Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)
5 762	9 252	—	33 792	30 513	Kassenkredite, aufgenommen von Gemeinden und Gemeindeverbänden <sup>2)</sup>
20 553	23 559	9 276	189 872	149 123	Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln <sup>3)</sup>
<b>945 567</b>	<b>1 566 902</b>	<b>348 327</b>	<b>6 298 894</b>	<b>4 938 598</b>	<b>Summe B</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>					
88 896	41 417	70 817	500 397	498 679	Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
155 019	143 911	49 538	646 469	425 145	Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung
47 598	53 581	174 830	538 800	441 103	ERP- (ECA-) Kredite
—	1 700	7 500	9 200	10 227	Kredite von der Bundespost <sup>4)</sup>
—	—	—	—	5 014	Übrige Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln
<b>291 514</b>	<b>240 610</b>	<b>302 687</b>	<b>1 694 867</b>	<b>1 380 169</b>	<b>Summe C</b>
<b>3 243 645</b>	<b>4 111 818</b>	<b>2 628 083</b>	<b>20 669 381</b>	<b>18 964 697</b>	<b>Summe A bis C</b>
<b>D. Schulden bei Gebietskörperschaften</b>					
<b>1. Neuschulden <sup>2)</sup></b>					
654 828	560 517	504 081	4 724 796	3 822 189	Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern
494 429	515 131	368 838	4 179 158	3 789 443	Kredite vom Lastenausgleichsfonds
4 185	7 313	—	54 948	40 659	Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden
<b>1 153 442</b>	<b>1 082 963</b>	<b>872 919</b>	<b>8 958 901</b>	<b>7 652 289</b>	<b>Zusammen</b>
<b>2. Altschulden</b>					
214	978	622 644	639 288	641 650	
<b>1 153 656</b>	<b>1 083 942</b>	<b>1 495 563</b>	<b>9 598 189</b>	<b>8 293 939</b>	<b>Summe D</b>
<b>4 397 301</b>	<b>5 195 760</b>	<b>4 123 647</b>	<b>30 267 571</b>	<b>27 258 638</b>	<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b>
2 006 778	2 305 284	2 599 713	13 314 905	13 287 583	Davon. Altverschuldung
2 390 522	2 890 475	1 523 934	16 952 666	13 971 054	Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite)
Außerdem:					
<b>Sonstige Inlandsverpflichtungen (soweit nachgewiesen)</b>					
1 339	50 000	—	52 962	71 031	Zahlungsrückstände <sup>5)</sup>
	12 648	24 798	86 575	101 047	Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe
<b>Auslandschulden (soweit nachgewiesen)</b>					
60 283	67 638	69 482	270 526	243 461 <sup>6)</sup>	Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen
		74 339	74 339	61 385	Sonstige Auslandschulden <sup>7)</sup>

kredite-miterfaßt. - 3) Darunter auch gemeindliche Schuld aufnehmen bei der Bundespost. - 4) Ohne die gemeindlichen Schuld aufnehmen bei der Bundespost (vgl. Anm.3). - 5) Ohne scheinardarlehen und ähnliche Kredite. - 7) Ohne Auslandschulden der Gemeinden.

# IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

## A. Art der Schulden

a) nach Ländern

— 1 000 DM —

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen 1)	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

### Inlandschulden

<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b> .....	<b>3 051</b>	<b>8 031</b>	<b>29 595</b>	<b>13 215 2)</b>	<b>3 323</b>	<b>3 069</b>	<b>11 042</b>	<b>71 324</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	3 591	9 208	37 855	8 813 3)	3 766	3 425	12 611	—	79 269

### B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln

Inhaberschuldverschreibungen .....	—	—	49 890	—	—	—	20 000	69 890	69 890
Schulden bei Sparkassen .....	25 217	115 041	346 645	140 012	58 603	173 420	175 265	1 034 202	768 165
Schulden bei Girozentralen 4) .....	28 120	165 508	511 710	140 022	91 672	292 148	182 257	1 411 437	1 126 193
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt 4) .....	—	—	—	—	—	57 854	65 491	123 344	98 337
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten .....	29 087	81 761	200 109	165 193	48 452	147 954	86 572	759 128	592 695
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen ..	29 759	68 646	142 807	129 317	49 997	103 380	116 585	640 491	498 876
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden .....	930	2 823	4 515	2 650	2 772	1 120	4 026	18 836 5)	35 348
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	3 030	3 592	7 265	5 963	1 069	12 044	3 721	36 685	35 880
Kassenkredite 6) .....	1 436	5 440	9 063	2 246	593	5 762	9 252	33 792	30 513
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln 7) ..	2 415	20 543	40 065	22 016	6 131	20 553	17 575	129 297	90 392
<b>Summe B</b> .....	<b>119 993</b>	<b>463 355</b>	<b>1 312 069</b>	<b>607 419</b>	<b>259 288</b>	<b>814 235</b>	<b>680 743</b>	<b>4 257 103</b>	<b>3 346 289</b>

### C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln 8)

Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung .....	13 752	27 394	9 939	12 837	5 185	41 545	18 366	129 018	75 802
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	24 134	82 231	65 755	45 864	15 357	67 466	60 486	361 293	216 844
ERP- (ECA-) Kredite .....	22 663	29 172	46 344	13 787	17 489	47 598	53 581	230 634	178 683
<b>Summe C</b> .....	<b>60 549</b>	<b>138 797</b>	<b>122 038</b>	<b>72 488</b>	<b>38 031</b>	<b>156 609</b>	<b>132 434</b>	<b>720 945</b>	<b>471 329</b>
<b>Summe A bis C</b> .....	<b>183 593</b>	<b>610 183</b>	<b>1 463 702</b>	<b>693 122</b>	<b>300 641</b>	<b>973 912</b>	<b>824 219</b>	<b>5 049 372</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	149 003	428 056	1 204 621	510 373	205 218	715 800	683 815	—	3 896 886

### D. Schulden bei Gebietskörperschaften

#### 1. Neuschulden 6)

Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	37 438	17 609	41 431	15 741	5 886	45 686	58 551	222 344	191 841
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	17 557	24 515	125 276	11 899	45 386	72 542	44 007	341 183	303 365
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern 4) .....	58 032	28 197	227 946	14 908	44 850	65 316	96 333 9)	535 582	425 637
Kredite vom Lastenausgleichsfonds 10) .....	3 155	4 697	4 034	1 720	474	3 317	4 609	22 005	19 595
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden ..	3 070	17 086	10 778	5 496	2 672	4 185	7 233	50 520	36 207
<b>Zusammen</b> .....	<b>119 252</b>	<b>92 104</b>	<b>409 464</b>	<b>49 764</b>	<b>99 268</b>	<b>191 046</b>	<b>210 734</b>	<b>1 171 633</b>	<b>976 645</b>

#### 2. Altschulden .....

<b>Summe D</b> .....	<b>120 215</b>	<b>93 192</b>	<b>417 390</b>	<b>51 823</b>	<b>102 075</b>	<b>191 260</b>	<b>211 628</b>	<b>1 187 582</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	108 827	75 130	366 043	44 279	88 312	169 438	142 770	—	994 799

<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b> .....	<b>303 808</b>	<b>703 375</b>	<b>1 881 091</b>	<b>744 945</b>	<b>402 716</b>	<b>1 165 172</b>	<b>1 035 847</b>	<b>6 236 954</b>	<b>4 891 685</b>
Davon: Altverschuldung .....	4 014	9 119	37 520	15 273	6 129	3 282	11 935	87 273	97 422
Darunter: für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen .....	572	941	5 321	2 282	348	551	2 210	12 224	13 109
Neuverschuldung einschl. Kassenkredite ..	299 795	694 256	1 843 571	729 672	396 587	1 161 889	1 023 911	6 149 681	4 794 263
Neuverschuldung ohne Kassenkredite ..	298 359	688 815	1 834 508	727 425	395 994	1 156 127	1 014 659	6 115 888	4 763 750
Dagegen (Summe A bis D) am 31.3.1955 .....	257 830	503 186	1 570 664	554 652	293 530	885 238	826 585	—	4 891 685

#### Außerdem:

Abgabschuld aus der Hypothekengewinnabgabe ..	1 538	4 827	23 179	7 400	10 345	1 339	12 648	61 275 1)	65 154
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen 11) ..	1 024	4 830	41 693	13 735	8 840	31 569	40 488	142 180 12)	116 803 13)

1) Einschl. der Schulden der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe; diese sind nicht mehr als Schulden des Landes, sondern ab 31.3.1955 als gemeindliche Schulden nachgewiesen (am 31.3.1956 mit 28,2 Mill. DM Inland- und 0,7 Mill. DM Auslandschulden, am 31.3.1955 mit 22,2 Mill. DM Inland- und 0,7 Mill. DM Auslandschulden). — 2) Einschl. 6,1 Mill. DM, 3) einschl. 0,3 Mill. DM inländische Entschädigungsverpflichtungen aus § 54 des Bereinigungsgesetzes für deutsche Auslandsbonds. — 4) Die in Bayern gewährten „Staatszuschußdarlehen“ sind 1955 teilweise noch unter Neuschulden aus Kreditmarktmitteln bei Girozentralen (Bayerische Gemeindebank) und der Landesbodenkreditanstalt nachgewiesen, 1956 dagegen unter „Sonstige Kredite von Bund und Ländern“. — 5) Rückgang gegenüber 1955 zum Teil methodisch bedingt. — 6) Die geringen bei Gebietskörperschaften etwa aufgenommenen Kassenkredite sind bei Abschnitt B-Kassenkredite-miteinfaßt. — 7) Darunter auch Schuld aufnehmen bei der Bundespost. — 8) Ohne Schuld aufnehmen bei der Bundespost (vgl. Anm. 7). — 9) Darunter 42,6 Mill. DM „Staatszuschußdarlehen“ (vgl. Anm. 4). — 10) Unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommene Darlehen. — 11) Nach Zahlenunterlagen der Bank deutscher Länder unter Zuhilfenahme von Schätzungen ermittelte Beträge einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelanleihen und der gemäß Londoner Abkommen zu fundierenden Zinsrückstände, 1956 einschl., 1955 ohne Inlandsbesitz sowie Schuldscheindarlehen und ähnliche Kredite. — 12) Nach dem Stand vom 31.12.1955. — 13) Nach dem Stand vom 31.12.1954.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: A. Art der Schulden

b) nach Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirks- verbände	
			zusammen	Gemeinden					Ämter
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Inlandschulden

<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b> .....	<b>71 324</b>	<b>53 571</b>	<b>13 835</b>	<b>7 613</b>	<b>3 954</b>	<b>2 130</b>	<b>138</b>	<b>3 091</b>	<b>828</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	79 269	57 606	16 729	9 095	4 716	2 768	150	3 774	1 160

**B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln**

Inhaberschuldverschreibungen .....	69 890	69 890	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen .....	1 034 202	462 593	461 249	157 653	142 906	155 546	5 144	108 800	1 561
Schulden bei Girozentralen .....	1 411 437	724 502	530 830	248 117	151 674	126 526	4 513	129 186	26 918
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. Bodenkreditanstalt .....	123 344	36 388	79 063	15 736	23 477	39 849	-	4 730	3 163
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten .....	759 128	585 741	147 380	81 544	33 708	31 884	244	25 146	862
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen ..	640 491	441 040	142 708	70 819	50 551	20 336	1 002	47 017	9 726
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ....	18 836	10 247	7 213	2 691	2 689	1 789	44	1 377	-
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	36 685	24 254	10 270	4 618	3 351	2 266	35	2 101	59
Kassenkredite .....	33 792	4 060	27 797	5 267	9 176	11 865	1 489	1 934	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln ....	129 297	75 414	47 359	17 554	14 593	15 069	144	6 524	-
<b>Summe B</b> .....	<b>4 257 103</b>	<b>2 434 129</b>	<b>1 453 869</b>	<b>604 000</b>	<b>432 125</b>	<b>405 130</b>	<b>12 615</b>	<b>326 815</b>	<b>42 289</b>

**C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln**

Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung .....	129 018	54 007	57 049	17 316	22 020	17 684	30	17 860	103
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	361 293	269 367	61 151	39 368	16 311	5 447	25	26 093	4 682
ERP- (ECA-) Kredite .....	230 634	153 999	70 287	27 613	19 386	21 986	1 302	5 616	731
<b>Summe C</b> .....	<b>720 945</b>	<b>477 373</b>	<b>188 487</b>	<b>84 297</b>	<b>57 717</b>	<b>45 117</b>	<b>1 357</b>	<b>49 569</b>	<b>5 515</b>
<b>Summe A bis C</b> .....	<b>5 049 372</b>	<b>2 965 073</b>	<b>1 656 191</b>	<b>695 910</b>	<b>493 795</b>	<b>452 377</b>	<b>14 109</b>	<b>379 475</b>	<b>48 632</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	3 896 886	2 322 166	1 253 578	544 123	369 109	331 783	8 563	289 999	31 144

**D. Schulden bei Gebietskörperschaften**

**1. Neuschulden**

Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	222 344	74 230	124 429	28 153	38 439	57 660	177	22 535	1 150
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	341 183	126 381	193 038	71 413	64 152	55 430	2 043	21 295	468
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	535 582	265 471	231 491	79 287	66 537	85 200	466	35 487	3 133
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	22 005	6 496	8 483	3 226	3 192	2 060	4	6 852	175
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	50 520	3 137	37 067	7 041	10 112	19 135	780	10 315	-
<b>Zusammen</b> .....	<b>1 171 633</b>	<b>475 715</b>	<b>594 509</b>	<b>189 120</b>	<b>182 433</b>	<b>219 486</b>	<b>3 470</b>	<b>96 484</b>	<b>4 925</b>

**2. Altschulden**

<b>Summe D</b> .....	<b>1 187 582</b>	<b>487 468</b>	<b>597 971</b>	<b>191 143</b>	<b>183 378</b>	<b>219 871</b>	<b>3 579</b>	<b>97 218</b>	<b>4 925</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	994 799	428 631	482 930	168 808	150 726	159 820	3 576	78 501	4 736

<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b> .....	<b>6 236 954</b>	<b>3 452 541</b>	<b>2 254 162</b>	<b>887 053</b>	<b>677 173</b>	<b>672 247</b>	<b>17 689</b>	<b>476 693</b>	<b>53 558</b>
---	------------------	------------------	------------------	----------------	----------------	----------------	---------------	----------------	---------------

Davon: Altverschuldung .....	87 273	65 324	17 298	9 637	4 899	2 514	248	3 824	828
Darunter: für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen .....	12 224	9 820	1 769	794	601	375	-	634	-
Neuverschuldung einschl. Kassenkredite ..	6 149 681	3 387 217	2 236 864	877 416	672 274	669 733	17 441	472 869	52 730
Neuverschuldung ohne Kassenkredite ...	6 115 888	3 383 157	2 209 067	872 149	663 098	657 868	15 952	470 935	52 730
Dagegen Summe A bis D) am 31.3.1955 .....	4 891 685	2 750 797	1 736 508	712 931	519 835	491 603	12 139	368 500	35 880

Außerdem:

Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe ...	61 275	42 931	17 678	6 377	7 608	3 623	70	665	-
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen ....	142 180	128 836	10 440	8 503	1 625	312	-	1 810	1 094

**B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden**

a) nach Ländern

— 1 000 DM —

Art der Schulden /	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

<b>A. Altschulden<sup>1)</sup></b> .....	<b>3 144</b>	<b>7 279</b>	<b>31 314</b>	<b>7 937</b>	<b>5 128</b>	<b>2 448</b>	<b>8 813</b>	<b>66 063</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	3 803	8 655	43 276	8 894	5 814	2 856	10 639	—	83 936

II

**B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln**

Inhaberschuldverschreibungen .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen .....	7 801	75 288	270 953	61 827	27 493	40 699	114 688	598 750	420 819
Schulden bei Girozentralen .....	9 337	96 212	338 759	65 995	61 746	81 332	87 000	740 381	532 911
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt .....	—	—	—	—	—	29 119	34 344	63 463	52 081
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten .....	21 190	50 675	138 555	126 582	39 439	99 468	52 910	528 818	318 720
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen ..	9 299	31 390	55 499	43 659	28 859	35 932	40 682	245 320	206 326
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden .....	475	2 062	1 976	1 449	945	536	3 305	10 748	25 162
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	183	167	739	148	417	1 986	255	3 896	2 014
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln .....	843	4 554	3 263	2 650	1 997	2 132	3 905	19 345	12 723
<b>Summe B</b> .....	<b>49 128</b>	<b>260 347</b>	<b>809 745</b>	<b>302 310</b>	<b>160 897</b>	<b>291 205</b>	<b>337 088</b>	<b>2 210 721</b>	<b>1 570 756</b>

**C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln**

Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung .....	9 642	17 403	5 302	1 890	1 156	12 447	14 545	62 385	43 790
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	11 256	63 929	23 104	16 844	12 201	29 414	36 926	193 675	100 970
ERP- (ECA-) Kredite .....	1 573	8 707	11 166	2 347	7 265	7 693	8 627	47 377	41 722
<b>Summe C</b> .....	<b>22 471</b>	<b>90 039</b>	<b>39 573</b>	<b>21 081</b>	<b>20 622</b>	<b>49 554</b>	<b>60 098</b>	<b>303 438</b>	<b>186 482</b>
<b>Summe A bis C</b> .....	<b>74 743</b>	<b>357 664</b>	<b>880 632</b>	<b>331 328</b>	<b>186 647</b>	<b>343 207</b>	<b>405 999</b>	<b>2 580 221</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	55 309	232 597	683 103	208 506	117 990	224 411	319 260	—	1 841 176

**D. Neuschulden bei Gebietskörperschaften**

Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	24 878	9 043	39 544	2 466	2 581	39 520	48 085	166 117	148 194
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	13 242	19 368	98 491	9 883	33 032	58 422	26 278	258 718	240 482
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	3 310	16 114	189 444	4 418	9 839	9 891	51 096	284 112	207 059
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	57	171	655	65	—	49	650	1 646	1 508
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden ..	1 102	6 330	5 370	588	670	1 227	1 750	17 037	13 221
<b>Summe D</b> .....	<b>42 588</b>	<b>51 026</b>	<b>333 505</b>	<b>17 420</b>	<b>46 122</b>	<b>109 108</b>	<b>127 860</b>	<b>727 630</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	41 860	45 892	288 793	13 096	41 165	95 167	84 491	—	610 464

<b>Annuitätsdarlehen zusammen (Summe A bis D)</b> ....	<b>117 331</b>	<b>408 691</b>	<b>1 214 137</b>	<b>348 748</b>	<b>232 769</b>	<b>452 316</b>	<b>533 859</b>	<b>3 307 851</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	97 169	278 489	971 896	221 602	159 155	319 578	403 751	—	2 451 640
Übrige Altschulden am 31.3.1956 .....	870	1 841	6 206	7 336	1 001	834	3 123	21 211	13 486
Übrige Neuschulden am 31.3.1956 <sup>2)</sup> .....	185 608	292 844	660 748	388 860	168 946	712 022	498 865	2 907 892	2 426 559
<b>Inlandschulden insgesamt</b> .....	<b>303 808</b>	<b>703 375</b>	<b>1 881 091</b>	<b>744 945</b>	<b>402 716</b>	<b>1 165 172</b>	<b>1 035 847</b>	<b>6 236 954</b>	<b>4 891 685</b>

1) Einschl. der etwa bei Gebietskörperschaften aufgenommenen Annuitätsdarlehen. — 2) Nach Laufzeiten aufgeteilte Schulden und Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden

b) nach Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					Landkreise	Bezirks- verbände
			zusammen	Gemeinden			Ämter		
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>A. Altschulden</b>									
	66 063	49 782	12 841	8 527	3 026	1 266	22	2 622	818
Dagegen am 31.3.1955	83 936	62 149	17 344	10 409	4 647	2 065	223	3 304	1 140
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>									
Inhaberschuldverschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen	598 750	297 695	237 996	102 497	76 919	55 003	3 576	61 499	1 561
Schulden bei Girozentralen	740 381	341 869	303 945	143 304	93 853	63 459	3 329	74 181	20 386
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	63 463	9 206	48 827	8 826	13 542	26 459	—	2 289	3 142
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	528 818	404 194	106 143	68 057	20 297	17 651	139	18 091	391
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	245 320	158 796	64 825	35 939	20 278	7 959	649	15 055	6 644
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	10 748	5 755	4 056	1 243	2 041	762	11	936	—
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	3 896	2 539	1 180	836	172	166	6	176	—
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	19 345	7 454	11 002	3 967	4 268	2 755	13	888	—
Summe B	2 210 721	1 227 508	777 974	364 669	231 370	174 214	7 722	173 116	32 123
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	62 385	24 070	28 718	10 793	9 753	8 160	12	9 496	103
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	193 675	136 016	38 467	24 839	9 887	3 728	14	14 560	4 632
ERP- (ECA-) Kredite	47 377	12 002	32 937	6 325	10 263	16 115	233	2 439	—
Summe C	303 438	172 087	100 122	41 957	29 903	28 003	259	26 495	4 734
Summe A bis C	2 580 221	1 449 377	890 937	415 153	264 299	203 483	8 003	202 233	37 675
Dagegen am 31.3.1955	1 841 176	1 032 164	640 491	307 917	186 521	140 543	5 510	141 724	26 797
<b>D. Neuschulden bei Gebietskörperschaften</b>									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	166 117	63 751	85 426	21 198	24 798	39 332	98	15 814	1 126
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenaus- gleichsfonds) und Ländern	258 718	105 300	140 589	52 333	45 403	41 769	1 084	12 410	419
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenaus- gleichsfonds) und Ländern	284 112	152 998	115 084	46 003	29 709	39 035	338	13 876	2 154
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	1 646	449	1 026	167	528	332	—	171	—
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	17 037	1 727	12 885	2 226	3 970	6 189	500	2 425	—
Summe D	727 630	324 225	355 010	121 928	104 407	126 656	2 019	44 697	3 699
Dagegen am 31.3.1955	610 464	276 340	298 288	109 345	86 488	100 427	2 028	32 243	3 594
Annuitätsdarlehen zusammen (Summe A bis D)	3 307 851	1 773 601	1 245 947	537 081	368 706	330 139	10 022	246 930	41 374
Dagegen am 31.3.1955	2 451 640	1 308 504	938 779	417 262	273 009	240 970	7 538	173 967	30 390
Übrige Altschulden am 31.3.1956	21 211	15 542	4 457	1 110	1 873	1 248	225	1 202	10
Übrige Neuschulden am 31.3.1956	2 907 892	1 663 397	1 003 759	348 863	306 594	340 861	7 442	228 562	12 174
Inlandschulden insgesamt	6 236 954	3 452 541	2 254 162	887 053	677 173	672 247	17 689	476 693	53 558

**C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung <sup>1)</sup>**

a) nach Ländern

– 1 000 DM –

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>1. Laufzeit weniger als 4 Jahre</b>									
<b>a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>									
Inhaberschuldverschreibungen .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen .....	734	2 083	972	5 914	1 347	13 144	3 252	27 446	24 298
Schulden bei Girozentralen .....	690	3 118	1 036	3 945	4 396	23 947	1 100	38 232	50 096
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt .....	—	—	—	—	—	1 478	3 777	5 255	6 096
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten ....	91	80	1 609	1 664	419	11 182	3 044	18 090	20 049
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen.	500	66	—	242	55	5 967	122	6 951	8 463
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ...	0	8	37	82	53	5	18	204	512
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	2 226	246	873	694	263	2 945	354	7 600	9 873
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln ..	93	1 302	487	1 078	401	1 668	1 340	6 370	7 137
<b>Summe a</b> .....	<b>4 335</b>	<b>6 904</b>	<b>5 014</b>	<b>13 619</b>	<b>6 934</b>	<b>60 337</b>	<b>13 006</b>	<b>110 148</b>	<b>126 523</b>
<b>b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ...	—	4	—	—	—	2 043	—	2 047	1 869
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	50	17	50	—	1 000	1 552	—	2 669	3 454
ERP- (ECA-) Kredite .....	5	—	—	8	9	151	—	173	100
<b>Summe b</b> .....	<b>55</b>	<b>21</b>	<b>50</b>	<b>8</b>	<b>1 009</b>	<b>3 746</b>	<b>—</b>	<b>4 889</b>	<b>5 423</b>
<b>Summe a und b</b> .....	<b>4 389</b>	<b>6 925</b>	<b>5 064</b>	<b>13 627</b>	<b>7 943</b>	<b>64 083</b>	<b>13 006</b>	<b>115 037</b>	<b>131 946</b>
<b>c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften</b>									
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	5	3	—	17	—	750	—	775	1 052
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	30	720	1 197	10	11	1 039	491	3 498	2 092
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	44	94	—	10	44	3 717	30	3 939	5 163
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	2	—	—	—	—	1	—	3	3
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	124	159	35	138	95	89	302	942	1 042
<b>Summe c</b> .....	<b>205</b>	<b>975</b>	<b>1 232</b>	<b>175</b>	<b>150</b>	<b>5 596</b>	<b>823</b>	<b>9 157</b>	<b>9 353</b>
<b>Summe 1</b> .....	<b>4 595</b>	<b>7 900</b>	<b>6 296</b>	<b>13 802</b>	<b>8 093</b>	<b>69 679</b>	<b>13 829</b>	<b>124 193</b>	<b>—</b>
Außerdem: Kassenkredite .....	1 436	5 440	9 063	2 246	593	5 762	9 252	33 792	30 513
<i>Dagegen (Summe 1) am 31.3.1955</i> .....	<i>2 154</i>	<i>10 234</i>	<i>9 978</i>	<i>20 719</i>	<i>10 735</i>	<i>73 299</i>	<i>14 179</i>	<i>—</i>	<i>141 299</i>
<b>2. Laufzeit 4 bis unter 10 Jahre</b>									
<b>a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>									
Inhaberschuldverschreibungen .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen .....	1 872	9 138	19 732	17 514	7 696	23 823	13 023	92 798	96 632
Schulden bei Girozentralen .....	2 673	18 597	65 387	8 219	8 734	43 261	25 696	172 566	191 800
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt .....	—	—	—	—	—	5 121	1 384	6 506	4 308
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten ....	374	16 867	10 160	17 472	2 397	8 679	6 115	62 063	65 423
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen.	474	7 093	20 272	13 781	3 331	12 420	8 371	65 742	78 457
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ...	178	223	316	29	2	51	262	1 061	1 390
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	402	1 899	2 445	928	134	2 146	2 010	9 966	10 104
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln ..	615	5 368	8 596	4 800	1 196	6 960	4 602	32 137	26 450
<b>Summe a</b> .....	<b>6 588</b>	<b>59 185</b>	<b>126 908</b>	<b>62 744</b>	<b>23 491</b>	<b>102 461</b>	<b>61 463</b>	<b>442 839</b>	<b>474 564</b>
<b>b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ...	15	15	475	543	1 043	21 385	73	23 549	8 655
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	475	4 353	5 327	3 755	246	18 081	3 883	36 119	31 970
ERP- (ECA-) Kredite .....	565	3 030	7 131	1 477	934	6 000	3 111	22 248	19 800
<b>Summe b</b> .....	<b>1 054</b>	<b>7 397</b>	<b>12 934</b>	<b>5 775</b>	<b>2 223</b>	<b>45 466</b>	<b>7 067</b>	<b>81 915</b>	<b>60 425</b>
<b>Summe a und b</b> .....	<b>7 642</b>	<b>66 582</b>	<b>139 841</b>	<b>68 519</b>	<b>25 713</b>	<b>147 927</b>	<b>68 529</b>	<b>524 754</b>	<b>534 989</b>

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung <sup>1)</sup>

noch: a) nach Ländern

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	73	28	—	1 014	116	318	57	1 606	1 574
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	86	184	23	523	536	469	168	1 991	2 928
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	1 820	992	2 221	3 303	13 678	11 580	2 196	35 790	44 354
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	26	5	—	—	124	—	5	160	210
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	288	1 411	778	1 296	559	514	889	5 736	4 700
<b>Summe c</b> .....	<b>2 293</b>	<b>2 621</b>	<b>3 022</b>	<b>6 136</b>	<b>15 013</b>	<b>12 881</b>	<b>3 316</b>	<b>45 282</b>	<b>53 766</b>
<b>Summe 2</b> .....	<b>9 936</b>	<b>69 203</b>	<b>142 863</b>	<b>74 655</b>	<b>40 726</b>	<b>160 808</b>	<b>71 845</b>	<b>570 037</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	13 742	73 194	157 844	83 963	46 704	132 080	81 227	—	588 755

3. Laufzeit 10 Jahre und mehr

a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen .....	—	—	49 890	—	—	—	20 000	69 890	69 890
Schulden bei Sparkassen .....	14 810	28 532	54 988	54 756	22 066	95 753	44 303	315 207	226 416
Schulden bei Girozentralen .....	15 420	47 581	106 528	61 863	16 796	143 607	68 461	460 257	351 386
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt .....	—	—	—	—	—	22 135	25 985	48 121	35 852
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten .....	7 432	14 139	49 785	19 475	6 198	28 626	24 503	150 157	188 504
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen .....	19 487	30 097	67 037	71 635	17 752	49 060	67 411	322 478	205 630
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden .....	277	529	2 185	1 091	1 772	529	441	6 824	8 284
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	219	1 280	3 208	4 193	254	4 968	1 102	15 224	13 889
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln .....	863	9 319	27 719	13 487	2 536	9 792	7 728	71 445	44 081
<b>Summe a</b> .....	<b>58 507</b>	<b>131 478</b>	<b>361 339</b>	<b>226 500</b>	<b>67 373</b>	<b>354 470</b>	<b>259 935</b>	<b>1 459 603</b>	<b>1 143 932</b>
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung .....	4 095	9 973	4 162	10 404	2 986	5 670	3 748	41 037	21 487
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	12 354	13 932	37 273	25 265	1 910	18 419	19 677	128 830	80 450
ERP-(ECA-) Kredite .....	20 520	17 436	28 047	9 955	9 282	33 754	41 843	160 836	117 061
<b>Summe b</b> .....	<b>36 969</b>	<b>41 340</b>	<b>69 482</b>	<b>45 624</b>	<b>14 178</b>	<b>57 842</b>	<b>65 268</b>	<b>330 703</b>	<b>218 998</b>
<b>Summe a und b</b> .....	<b>95 476</b>	<b>172 818</b>	<b>430 821</b>	<b>272 125</b>	<b>81 551</b>	<b>412 313</b>	<b>325 203</b>	<b>1 790 306</b>	<b>1 362 929</b>
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	12 482	8 535	1 887	12 245	3 189	5 098	10 409	53 846	41 019
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	4 199	4 243	25 564	1 483	11 807	12 612	17 069	76 976	57 864
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	52 858	10 997	36 281	7 177	21 289	40 127	43 011	211 741	169 061
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	3 071	4 522	3 378	1 655	350	3 267	3 953	20 196	17 874
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	1 556	9 186	4 595	3 473	1 348	2 356	4 292	26 805	17 245
<b>Summe c</b> .....	<b>74 166</b>	<b>37 482</b>	<b>71 705</b>	<b>26 033</b>	<b>37 983</b>	<b>63 460</b>	<b>78 736</b>	<b>389 564</b>	<b>303 062</b>
<b>Summe 3</b> .....	<b>169 642</b>	<b>210 300</b>	<b>502 526</b>	<b>298 157</b>	<b>119 534</b>	<b>475 773</b>	<b>403 939</b>	<b>2 179 870</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31.3.1955 .....	141 520	133 287	420 789	223 472	75 400	354 479	317 046	—	1 665 992
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln .....	69 430	197 567	493 261	302 863	97 798	517 268	334 403	2 012 590	1 745 020
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln .....	38 078	48 758	82 465	51 407	17 409	107 054	72 335	417 507	284 846
<b>Zusammen</b> .....	<b>107 508</b>	<b>246 325</b>	<b>575 726</b>	<b>354 270</b>	<b>115 207</b>	<b>624 323</b>	<b>406 738</b>	<b>2 430 097</b>	<b>2 029 865</b>
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften .....	76 664	41 078	75 959	32 344	53 146	81 938	82 874	444 003	366 181
<b>Nach Laufzeiten aufgliedernde Neuschulden zusammen (Summe 1 bis 3)</b> .....	<b>184 172</b>	<b>287 403</b>	<b>651 685</b>	<b>386 614</b>	<b>168 353</b>	<b>706 260</b>	<b>489 613</b>	<b>2 874 100</b>	<b>2 396 047</b>
Kassenkredite .....	1 436	5 440	9 063	2 246	593	5 762	9 252	33 792	30 513
<b>Zusammen</b> .....	<b>185 608</b>	<b>292 844</b>	<b>660 748</b>	<b>388 860</b>	<b>168 946</b>	<b>712 022</b>	<b>498 865</b>	<b>2 907 892</b>	<b>2 426 559</b>
Annuitätsdarlehen (ohne Altschulden) .....	114 187	401 412	1 182 823	340 811	227 641	449 868	525 046	3 241 788	2 367 703
Inländische Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite) insgesamt .....	299 795	694 256	1 843 571	729 672	396 587	1 161 889	1 023 911	6 149 681	4 794 263

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

noch. IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung

b) nach Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirksverbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1. Laufzeit weniger als 4 Jahre									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen .....	27 446	13 724	11 911	1 412	2 986	7 500	12	1 812	—
Schulden bei Girozentralen .....	38 232	23 420	11 759	5 980	2 803	2 976	—	3 054	—
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt .....	5 255	3 800	911	361	357	192	—	544	—
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten .....	18 090	12 977	3 353	1 342	698	1 306	7	1 759	—
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen .....	6 951	1 799	4 302	1 118	1 923	1 260	—	850	—
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden ...	204	123	81	3	47	24	7	—	—
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	7 600	5 680	1 786	595	628	563	2	132	—
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln ..	6 370	1 983	3 497	1 429	619	1 445	3	890	—
Summe a .....	110 148	63 506	37 601	12 241	10 063	15 266	31	9 041	—
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ...	2 047	1 905	142	50	26	66	—	—	—
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	2 669	1 552	1 060	1 010	—	50	—	57	—
ERP- (ECA-) Kredite .....	173	90	83	—	—	78	5	—	—
Summe b .....	4 889	3 547	1 285	1 060	26	194	5	57	—
Summe a und b .....	115 037	67 053	38 885	13 301	10 089	15 460	35	9 098	—
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschöpfende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	775	750	25	—	2	23	—	—	—
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	3 498	1 668	951	164	612	175	—	880	—
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	3 939	2 858	1 060	375	91	595	—	20	—
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	3	—	3	—	2	1	—	—	—
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	942	—	853	27	209	601	16	89	—
Summe c .....	9 157	5 276	2 892	565	916	1 395	16	989	—
Summe 1 .....	124 193	72 328	41 777	13 866	11 005	16 855	51	10 088	—
Außerdem: Kassenkredite .....	33 792	4 060	27 797	5 267	9 176	11 865	1 489	1 934	—
Dagegen (Summe 1) am 31.3.1955 .....	141 299	84 363	47 100	15 350	13 261	18 417	73	9 837	—

**2. Laufzeit 4 bis unter 10 Jahre**

a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln

Inhaberschuldverschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen	92 798	41 233	42 889	6 070	9 911	26 067	841	8 676	—
Schulden bei Girozentralen	172 566	107 207	50 406	25 700	11 371	12 953	382	13 034	1 920
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	6 506	1 424	4 666	1 670	1 371	1 625	—	394	22
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	62 063	48 389	12 486	4 254	3 212	4 964	56	1 189	—
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	65 742	51 735	10 569	4 869	3 629	2 071	1	3 052	385
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	1 061	365	528	138	151	229	9	168	—
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	9 966	5 160	3 812	1 950	1 120	720	23	935	59
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	32 137	19 276	12 060	4 126	3 268	4 635	31	801	—
<b>Summe a</b>	<b>442 839</b>	<b>274 789</b>	<b>137 415</b>	<b>48 776</b>	<b>34 034</b>	<b>53 263</b>	<b>1 341</b>	<b>28 250</b>	<b>2 386</b>

b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln

Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	23 549	13 950	8 610	2 940	4 216	1 455	—	989	—
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	36 119	31 970	2 660	1 386	1 122	152	—	1 488	—
ERP- (ECA-) Kredite	22 248	20 155	1 604	423	484	685	12	374	115
<b>Summe b</b>	<b>81 915</b>	<b>66 075</b>	<b>12 875</b>	<b>4 750</b>	<b>5 821</b>	<b>2 292</b>	<b>12</b>	<b>2 850</b>	<b>115</b>
<b>Summe a und b</b>	<b>524 754</b>	<b>340 864</b>	<b>150 289</b>	<b>53 526</b>	<b>39 855</b>	<b>55 555</b>	<b>1 353</b>	<b>31 100</b>	<b>2 501</b>

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: C, Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung

noch: b) nach Art der Gebietskörperschaften /Größenklassen

- 1 000 DM -

Laufzeit und Art der Schulden	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirksverbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) . . . . .	1 606	76	1 402	260	441	701	-	127	-
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	1 991	574	1 192	159	743	266	25	216	9
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	35 790	19 603	13 188	3 508	4 058	5 589	34	2 519	481
Kredite vom Lastenausgleichsfonds . . . . .	160	-	160	-	105	55	-	-	-
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden . . . . .	5 736	55	4 590	1 389	1 021	2 148	32	1 091	-
Summe c . . . . .	45 282	20 308	20 532	5 315	6 368	8 759	91	3 953	490
Summe 2 . . . . .	570 037	361 172	170 822	58 841	46 222	64 314	1 444	35 053	2 991
Dagegen am 31.3.1955 . . . . .	588 755	382 348	171 472	63 425	49 118	57 983	946	33 652	1 282
3. Laufzeit 10 Jahre und mehr									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen . . . . .	69 890	69 890	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen . . . . .	315 207	109 940	168 453	47 674	53 089	66 975	715	36 813	-
Schulden bei Girozentralen . . . . .	460 257	252 007	164 720	73 134	43 647	47 138	802	38 917	4 612
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt . . . . .	48 121	21 958	24 660	4 880	8 207	11 574	-	1 503	-
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten . . . . .	150 157	120 181	25 399	7 891	9 502	7 963	43	4 107	470
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen . . . . .	322 478	228 710	63 011	28 893	24 721	9 046	352	28 059	2 697
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden . . . . .	6 824	4 004	2 548	1 306	450	774	18	273	-
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) . . . . .	15 224	10 875	3 491	1 237	1 431	818	5	858	-
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln . . . . .	71 445	46 701	20 800	8 032	6 437	6 234	98	3 944	-
Summe a . . . . .	1 459 603	864 266	473 082	173 046	147 483	150 521	2 032	114 475	7 780
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung . . . . .	41 037	14 083	19 579	3 532	8 025	8 003	18	7 375	-
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung . . . . .	128 830	99 829	18 963	12 132	5 302	1 517	11	9 988	50
ERP- (ECA-) Kredite . . . . .	160 836	121 752	35 664	20 865	8 639	5 109	1 052	2 804	616
Summe b . . . . .	330 703	235 664	74 206	36 530	21 966	14 629	1 081	20 167	666
Summe a und b . . . . .	1 790 306	1 099 930	547 288	209 576	169 449	165 150	3 113	134 642	8 446
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) . . . . .	53 846	9 652	37 576	6 694	13 198	17 604	80	6 594	24
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	76 976	18 840	50 306	18 757	17 395	13 221	934	7 789	40
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	211 741	90 012	102 158	29 403	32 679	39 982	95	19 072	498
Kredite vom Lastenausgleichsfonds . . . . .	20 196	6 047	7 294	3 059	2 559	1 672	4	6 680	175
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden . . . . .	26 805	1 356	18 740	3 399	4 912	10 197	232	6 710	-
Summe c . . . . .	389 564	125 907	216 075	61 312	70 743	82 675	1 345	46 845	737
Summe 3 . . . . .	2 179 870	1 225 837	763 363	270 888	240 192	247 826	4 458	181 487	9 183
Dagegen am 31.3.1955 . . . . .	1 665 992	966 242	550 154	209 689	175 948	162 145	2 373	145 739	3 857
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln . . . . .	2 012 590	1 202 560	648 098	234 064	191 579	219 051	3 404	151 766	10 166
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln . . . . .	417 507	305 287	88 365	42 339	27 813	17 115	1 098	23 074	781
Zusammen . . . . .	2 430 097	1 507 847	736 463	276 403	219 393	236 166	4 502	174 840	10 947
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften . . . . .	444 003	151 490	239 499	67 192	78 026	92 830	1 451	51 788	1 227
Nach Laufzeiten aufgegliederte Neuschulden zusammen (Summe 1 bis 3) . . . . .	2 874 100	1 659 337	975 962	343 595	297 419	328 995	5 953	226 627	12 174
Kassenkredite . . . . .	33 792	4 060	27 797	5 267	9 176	11 865	1 489	1 934	-
Zusammen . . . . .	2 907 892	1 663 397	1 003 759	348 863	306 594	340 861	7 442	228 562	12 174
Annuitätsdarlehen (ohne Altschulden) . . . . .	3 241 788	1 723 819	1 233 105	528 554	365 680	328 873	9 999	244 307	40 556
Inländische Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite) insgesamt . . . . .	6 149 681	3 387 217	2 236 865	877 416	672 274	669 733	17 441	472 869	52 730

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

**D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung<sup>1)</sup>**

**1. Neuverschuldung zusammen**

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

— 1 000 DM —

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>								
<b>0 Allgemeine Verwaltung</b> .....	91 770	3 018	10 950	33 289	10 794	5 391	17 384	10 945
<b>1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b> .....	7 933	112	411	878	3 401	—	2 058	1 073
<b>2 Schulen</b> .....	766 061	53 820	126 807	135 910	86 993	49 379	164 407	148 745
<b>3 Kultur</b> .....	71 994	2 100	3 411	24 931	24 036	2 225	7 492	7 799
<b>4 Fürsorge und Jugendhilfe</b> .....	82 616	3 113	8 550	22 890	14 481	1 940	16 834	14 809
<b>5 Gesundheits- und Jugendpflege</b>								
Einrichtungen des Gesundheitswesens ..	344 882	11 535	44 353	72 612	37 569	11 801	82 610	84 402
Übriges aus Einzelplan 5 .....	35 497	991	5 586	12 909	5 816	519	5 031	4 645
<b>Zusammen (Einzelplan 5)</b> .....	<b>380 379</b>	<b>12 526</b>	<b>49 939</b>	<b>85 522</b>	<b>43 385</b>	<b>12 320</b>	<b>87 641</b>	<b>89 046</b>
<b>6 Bau- und Wohnungswesen</b>								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	433 788	13 228	81 597	144 441	57 637	55 332	53 181	28 370
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	313 706	7 445	36 335	120 908	20 460	6 382	48 181	73 994
Strassen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	838 904	66 832	117 982	310 986	90 576	58 406	93 939	100 184
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	40 668	90	2 474	1 187	26 973	1 340	6 549	2 056
Übriges aus Einzelplan 6 .....	111 554	1 146	4 051	59 858	25 597	3 814	10 748	6 340
<b>Zusammen (Einzelplan 6)</b> .....	<b>1 738 620</b>	<b>88 742</b>	<b>242 439</b>	<b>637 381</b>	<b>221 243</b>	<b>125 274</b>	<b>212 598</b>	<b>210 944</b>
<b>7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsforde- rung</b>								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	580 183	26 102	67 862	202 240	54 195	31 271	107 303	91 211
Wirtschaftsförderung .....	87 349	1 529	11 307	15 963	15 724	10 762	24 817	7 247
Übriges aus Einzelplan 7 .....	193 850	10 719	16 125	62 009	24 350	14 303	37 325	29 018
<b>Zusammen (Einzelplan 7)</b> .....	<b>861 382</b>	<b>38 350</b>	<b>95 294</b>	<b>280 212</b>	<b>94 269</b>	<b>56 336</b>	<b>169 445</b>	<b>127 476</b>
<b>9 Finanzen und Steuern</b>								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundver- mögens .....	425 718	11 214	30 031	107 151	28 086	59 397	107 033	82 805
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	143 068	5 968	8 696	65 216	20 906	7 518	21 377	13 388
Übriges aus Einzelplan 9 <sup>2)</sup> .....	35 978	4 006	540	2 043	17 652	471	2 771	8 496
<b>Zusammen (Einzelplan 9)</b> .....	<b>604 764</b>	<b>21 188</b>	<b>39 267</b>	<b>174 409</b>	<b>66 643</b>	<b>67 387</b>	<b>131 181</b>	<b>104 689</b>
<b>Summe I</b> .....	<b>4 605 520</b>	<b>222 969</b>	<b>577 068</b>	<b>1 395 421</b>	<b>565 246</b>	<b>320 251</b>	<b>809 039</b>	<b>715 526</b>
<b>II. Wirtschaftsunternehmen<sup>3)</sup></b>								
Elektrizitätsversorgung .....	409 473	28 622	31 421	107 452	63 754	13 668	89 462	75 095
Gasversorgung .....	229 051	17 476	15 537	60 584	6 571	8 787	85 081	35 015
Wasserversorgung .....	503 308	10 783	42 679	141 964	35 616	36 783	112 140	124 142
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	36 088	5 075	3 226	14 852	1 913	881	9 074	1 068
Übrige Verkehrsunternehmen .....	143 628	6 784	9 359	61 208	18 571	6 507	27 278	13 921
Übriges aus Einzelplan 8 .....	174 005	6 650	9 701	51 619	27 835	9 117	23 574	45 508
<b>Summe II (Einzelplan 8)</b> .....	<b>1 495 753</b>	<b>75 390</b>	<b>111 323</b>	<b>437 679</b>	<b>154 261</b>	<b>75 743</b>	<b>346 609</b>	<b>294 749</b>
darunter: an Eigenbetriebe <sup>4)</sup> weitergegebe- ne Darlehen .....	1 090 621	58 780	81 053	338 329	99 204	48 416	270 926	193 913
<b>III. Nicht aufgeteilt</b> .....	<b>14 615</b>	<b>—</b>	<b>425</b>	<b>1 409</b>	<b>7 919</b>	<b>—</b>	<b>479</b>	<b>4 384</b>
<b>Summe I bis III</b> .....	<b>6 115 888</b>	<b>298 359</b>	<b>688 815</b>	<b>1 834 508</b>	<b>727 425</b>	<b>395 994</b>	<b>1 156 127</b>	<b>1 014 659</b>
darunter: für Beseitigung von Kriegsscha- den verwendet .....	963 359	14 440	61 168	335 276	154 352	75 428	187 189	135 506

1) Ohne Kassenkredite. — 2) Hauptsächlich Sondervermögen und allgemeines Kapitalvermögen. — 3) Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunter-  
nehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind nach Verwendungsarten (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt. — 4) Betriebe im Sinne der Eigenbetriebsverordnung vom 21. 11. 1938 bzw.  
— in Nordrhein-Westfalen — vom 22. 12. 1953.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

noch: 1. Neuverschuldung zusammen

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirks- verbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kämmererverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung .....	91 770	48 852	22 318	7 832	4 658	6 152	3 676	20 316	285
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	7 933	6 823	1 103	420	308	375	—	7	—
2 Schulen .....	766 061	315 401	357 577	109 904	123 684	123 095	894	91 969	1 112
3 Kultur .....	71 994	66 885	4 156	2 072	1 021	1 057	6	503	450
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	82 616	44 255	16 720	9 094	4 140	3 485	—	16 473	5 169
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ..	344 882	141 461	66 705	41 625	20 254	4 217	610	114 560	22 156
Übriges aus Einzelplan 5 .....	35 497	21 660	9 608	3 807	4 029	1 749	24	4 229	—
Zusammen (Einzelplan 5) .....	380 379	163 121	76 314	45 431	24 283	5 965	634	118 788	22 156
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	433 788	325 603	71 161	44 519	17 769	7 334	1 540	34 863	2 160
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	313 706	101 525	198 566	82 183	68 616	46 138	1 629	12 712	903
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	838 904	437 883	293 789	100 363	70 977	121 907	542	103 974	3 258
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	40 668	39 020	1 355	947	180	228	—	293	—
Übriges aus Einzelplan 6 .....	111 554	72 967	32 042	13 772	9 035	9 216	19	5 150	1 395
Zusammen (Einzelplan 6) .....	1 738 620	976 997	596 913	241 783	166 577	184 823	3 730	156 993	7 716
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförde- rung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ..	580 183	250 397	329 428	156 887	104 026	68 440	74	358	—
Wirtschaftsförderung .....	87 349	52 572	30 570	6 902	8 552	14 865	251	3 435	772
Übriges aus Einzelplan 7 .....	193 850	136 810	55 482	26 192	16 358	12 537	395	1 557	—
Zusammen (Einzelplan 7) .....	861 382	439 780	415 480	189 981	128 937	95 841	721	5 350	772
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund- vermögens .....	425 718	198 323	215 904	79 138	72 933	62 242	1 591	11 353	138
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	143 068	100 910	32 320	14 781	10 293	6 877	370	9 602	236
Übriges aus Einzelplan 9 .....	35 978	31 253	2 886	1 402	762	697	26	1 839	—
Zusammen (Einzelplan 9) .....	604 764	330 486	251 111	95 321	83 988	69 816	1 987	22 793	374
Summe I .....	4 605 520	2 392 600	1 741 692	701 839	537 596	490 609	11 648	433 192	38 035
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung .....	409 473	340 037	58 515	33 491	16 868	7 363	794	8 477	2 444
Gasversorgung .....	229 051	171 119	57 457	43 932	12 924	600	—	475	—
Wasserversorgung .....	503 508	186 131	305 947	74 232	83 216	145 019	3 480	11 430	—
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	36 088	31 527	4 355	3 027	1 255	63	9	207	—
Übrige Verkehrsunternehmen .....	143 628	121 413	5 667	4 109	870	688	—	11 818	4 731
Übriges aus Einzelplan 8 .....	174 005	127 254	34 279	11 027	10 246	12 983	22	4 953	7 520
Summe II (Einzelplan 8) .....	1 495 753	977 481	466 218	169 816	125 380	166 718	4 304	37 359	14 695
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen .....	1 090 621	853 172	217 728	148 530	59 727	7 864	1 606	19 722	—
III. Nicht aufgeteilt .....									
Summe I bis III .....	6 115 888	3 383 157	2 209 067	872 149	663 098	657 868	15 952	470 935	52 730
darunter: für Beseitigung von Kriegsscha- den verwendet .....	963 359	864 905	74 839	43 917	18 762	11 447	713	18 405	5 210

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

## 2. Schulden aus Kreditmarktmitteln

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

– 1 000 DM –

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>								
<b>0 Allgemeine Verwaltung</b> .....	<b>83 847</b>	<b>1 769</b>	<b>9 430</b>	<b>30 931</b>	<b>10 336</b>	<b>4 915</b>	<b>16 136</b>	<b>10 331</b>
<b>1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b> .....	<b>5 980</b>	<b>55</b>	<b>314</b>	<b>710</b>	<b>3 393</b>	<b>–</b>	<b>529</b>	<b>979</b>
<b>2 Schulen</b> .....	<b>620 955</b>	<b>13 806</b>	<b>99 198</b>	<b>120 229</b>	<b>82 866</b>	<b>31 717</b>	<b>150 916</b>	<b>122 221</b>
<b>3 Kultur</b> .....	<b>66 531</b>	<b>619</b>	<b>3 251</b>	<b>23 789</b>	<b>23 781</b>	<b>1 687</b>	<b>7 078</b>	<b>6 325</b>
<b>4 Fürsorge und Jugendhilfe</b> .....	<b>49 831</b>	<b>1 214</b>	<b>3 818</b>	<b>13 737</b>	<b>12 938</b>	<b>1 351</b>	<b>10 187</b>	<b>6 586</b>
<b>5 Gesundheits- und Jugendpflege</b>								
Einrichtungen des Gesundheitswesens .....	265 266	5 666	34 140	60 691	34 252	8 947	64 656	56 913
Übriges aus Einzelplan 5 .....	30 732	649	4 600	12 410	5 321	515	4 722	2 515
<b>Zusammen (Einzelplan 5)</b> .....	<b>295 998</b>	<b>6 315</b>	<b>38 740</b>	<b>73 102</b>	<b>39 573</b>	<b>9 462</b>	<b>69 378</b>	<b>59 428</b>
<b>6 Bau- und Wohnungswesen</b>								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau .....	304 134	9 793	32 045	125 578	51 556	36 010	31 768	17 383
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung .....	167 368	3 117	19 531	55 249	13 908	3 195	30 173	42 195
Stragen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	519 038	23 219	80 748	187 769	75 540	47 836	55 937	47 988
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	27 518	–	216	120	23 803	78	2 993	307
Übriges aus Einzelplan 6 .....	56 023	603	3 492	17 623	22 167	1 613	6 184	4 341
<b>Zusammen (Einzelplan 6)</b> .....	<b>1 074 080</b>	<b>36 733</b>	<b>136 033</b>	<b>386 340</b>	<b>186 974</b>	<b>88 731</b>	<b>127 055</b>	<b>112 214</b>
<b>7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförde- rung</b>								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten .....	327 535	5 390	35 964	139 740	36 020	19 074	53 316	38 033
Wirtschaftsförderung .....	65 082	662	7 719	12 641	13 535	8 023	17 126	5 375
Übriges aus Einzelplan 7 .....	172 866	6 692	14 082	58 217	22 088	12 407	32 450	26 931
<b>Zusammen (Einzelplan 7)</b> .....	<b>565 484</b>	<b>12 743</b>	<b>57 764</b>	<b>210 598</b>	<b>71 644</b>	<b>39 504</b>	<b>102 892</b>	<b>70 338</b>
<b>9 Finanzen und Steuern</b>								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundver- mögens .....	227 495	3 387	15 967	49 584	21 089	23 774	55 387	58 307
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	100 767	4 637	7 069	43 424	16 434	4 973	12 913	11 316
Übriges aus Einzelplan 9 .....	23 362	2 987	540	1 944	11 919	471	208	5 293
<b>Zusammen (Einzelplan 9)</b> .....	<b>351 623</b>	<b>11 010</b>	<b>23 575</b>	<b>94 952</b>	<b>49 442</b>	<b>29 219</b>	<b>68 508</b>	<b>74 916</b>
<b>Summe I</b> .....	<b>3 114 327</b>	<b>84 265</b>	<b>372 123</b>	<b>954 388</b>	<b>480 948</b>	<b>206 586</b>	<b>552 679</b>	<b>463 338</b>
<b>II. Wirtschaftsunternehmen</b>								
Elektrizitätsversorgung .....	308 488	13 125	27 376	88 001	50 377	11 540	66 054	52 015
Gasversorgung .....	163 608	7 255	11 538	44 104	3 708	6 974	62 135	27 894
Wasserversorgung .....	340 595	4 302	30 213	108 757	24 785	23 983	77 630	70 925
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	22 998	2 622	1 969	9 771	772	496	6 350	1 017
Übrige Verkehrsunternehmen .....	115 465	3 840	6 482	49 994	13 490	4 946	24 367	12 347
Übriges aus Einzelplan 8 .....	148 947	3 148	7 814	47 405	25 525	4 170	18 781	42 104
<b>Summe II (Einzelplan 8)</b> .....	<b>1 100 100</b>	<b>34 293</b>	<b>85 392</b>	<b>348 031</b>	<b>118 657</b>	<b>52 109</b>	<b>255 318</b>	<b>206 301</b>
<i>darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen</i> .....	<i>806 130</i>	<i>27 109</i>	<i>62 182</i>	<i>260 843</i>	<i>76 075</i>	<i>33 901</i>	<i>198 784</i>	<i>147 236</i>
<b>III. Nicht aufgeteilt</b> .....	<b>8 883</b>	<b>–</b>	<b>399</b>	<b>587</b>	<b>5 568</b>	<b>–</b>	<b>477</b>	<b>1 853</b>
<b>Summe I bis III</b> .....	<b>4 223 311</b>	<b>118 558</b>	<b>457 915</b>	<b>1 303 006</b>	<b>605 173</b>	<b>258 695</b>	<b>808 473</b>	<b>671 491</b>
<i>darunter: für Beseitigung von Kriegsschä- den verwendet</i> .....	<i>687 418</i>	<i>3 020</i>	<i>27 871</i>	<i>226 594</i>	<i>144 295</i>	<i>48 769</i>	<i>131 962</i>	<i>104 906</i>

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

noch: 2: Schulden aus Kreditmarktmitteln

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirksverbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
	1.	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Kammereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung .....	83 847	45 070	20 200	7 220	4 261	5 307	3 412	18 292	285
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	5 980	5 189	784	183	293	308	—	7	—
2 Schulen .....	620 955	259 454	285 883	94 397	97 115	93 579	792	74 950	668
3 Kultur .....	66 531	62 190	3 894	2 069	842	977	6	337	110
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	49 831	30 151	8 215	4 069	2 114	2 032	—	6 527	4 939
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	265 266	109 887	50 721	32 849	14 158	3 213	500	87 468	17 191
Übriges aus Einzelplan 5 .....	30 732	19 126	8 780	3 419	3 800	1 538	24	2 826	—
Zusammen (Einzelplan 5) .....	295 998	129 013	59 501	36 269	17 958	4 750	524	90 293	17 191
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	304 134	231 194	47 526	29 700	13 101	3 808	918	23 253	2 160
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	167 368	63 226	96 917	42 234	31 643	22 325	715	6 801	425
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau .....	519 038	283 627	176 444	71 104	42 871	62 260	210	57 992	974
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	27 518	27 165	199	—	100	99	—	154	—
Übriges aus Einzelplan 6 .....	56 023	43 589	10 053	2 566	3 951	3 518	19	1 066	1 315
Zusammen (Einzelplan 6) .....	1 074 080	648 801	331 140	145 604	91 665	92 009	1 861	89 266	4 873
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	327 535	137 373	190 076	90 497	58 277	41 240	62	87	—
Wirtschaftsförderung .....	65 082	43 561	19 201	4 028	5 389	9 554	230	1 615	705
Übriges aus Einzelplan 7 .....	172 866	123 039	48 483	24 589	13 214	10 299	381	1 345	—
Zusammen (Einzelplan 7) .....	565 484	303 972	257 760	119 114	76 880	61 093	673	3 047	705
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens .....	227 495	116 678	104 464	43 517	33 302	27 027	618	6 246	107
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	100 767	66 445	26 564	12 290	8 872	5 033	370	7 521	236
Übriges aus Einzelplan 9 .....	23 362	20 356	2 360	1 121	691	540	7	646	—
Zusammen (Einzelplan 9) .....	351 623	203 479	133 388	56 928	42 865	32 601	995	14 413	343
Summe I .....	3 114 327	1 687 319	1 100 763	465 853	333 991	292 656	8 263	297 132	29 114
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung .....	308 488	251 938	45 902	26 273	15 103	3 776	749	8 205	2 444
Gasversorgung .....	163 608	117 064	46 068	35 404	10 097	567	—	475	—
Wasserversorgung .....	340 595	129 392	203 499	57 428	56 340	87 626	2 106	7 704	—
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	22 998	20 505	2 373	1 822	513	31	7	120	—
Übriges Verkehrsunternehmen .....	115 465	99 866	5 314	3 879	808	627	—	7 059	3 226
Übriges aus Einzelplan 8 .....	148 947	116 431	21 024	7 581	6 000	7 443	—	3 987	7 505
Summe II (Einzelplan 8) .....	1 100 100	735 196	324 180	132 386	88 861	100 071	2 862	27 549	13 176
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen .....	806 130	623 077	168 729	117 574	44 568	5 141	1 445	14 324	—
III. Nicht aufgeteilt .....									
	8 883	7 554	1 129	494	97	538	—	201	—
Summe I bis III .....	4 223 311	2 430 069	1 426 072	598 733	422 949	393 264	11 126	324 881	42 289
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet .....	687 418	626 644	43 024	26 229	10 320	5 972	504	14 892	2 858

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

### 3. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

– 1 000 DM –

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>								
0 Allgemeine Verwaltung .....	3 485	130	960	1 780	207	11	346	50
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	83	–	69	14	–	–	–	–
2 Schulen .....	38 994	3 725	12 535	9 544	2 318	156	3 950	6 766
3 Kultur .....	2 245	611	156	400	163	1	–	915
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	4 876	193	205	416	315	218	1 340	2 188
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	51 209	3 687	7 017	6 289	2 524	829	11 456	19 408
Übriges aus Einzelplan 5 .....	3 096	35	819	274	180	–	175	1 613
Zusammen (Einzelplan 5) .....	54 305	3 722	7 836	6 562	2 705	829	11 631	21 021
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	93 287	2 122	46 197	11 614	5 670	6 527	11 788	9 368
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	20 144	252	2 952	3 782	1 292	1 432	3 687	6 747
Strassen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	71 819	12 359	19 123	10 125	7 167	1 224	11 346	10 475
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	7 468	43	2 258	233	3 158	337	1 383	56
Übriges aus Einzelplan 6 .....	10 090	19	457	6 222	1 344	326	1 140	583
Zusammen (Einzelplan 6) .....	202 808	14 794	70 988	31 976	18 632	9 846	29 344	27 228
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförde- rung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	100 722	8 922	19 581	10 067	9 801	7 005	25 867	19 480
Wirtschaftsförderung .....	7 959	41	1 783	1 589	1 131	467	1 835	1 115
Übriges aus Einzelplan 7 .....	8 427	694	1 682	1 813	748	905	1 387	1 199
Zusammen (Einzelplan 7) .....	117 108	9 656	23 046	13 469	11 679	8 376	29 089	21 793
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundver- mögens .....	22 168	334	2 374	2 363	1 362	5 182	5 772	4 779
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	14 052	200	1 400	1 524	4 295	70	5 135	1 428
Übriges aus Einzelplan 9 .....	2 556	933	–	–	438	–	1 186	–
Zusammen (Einzelplan 9) .....	38 777	1 468	3 774	3 888	6 095	5 252	12 093	6 207
<b>Summe I</b> .....	<b>462 681</b>	<b>34 300</b>	<b>119 568</b>	<b>68 049</b>	<b>42 113</b>	<b>24 690</b>	<b>87 793</b>	<b>86 169</b>
<b>II. Wirtschaftsunternehmen</b>								
Elektrizitätsversorgung .....	86 603	11 655	3 495	15 614	12 937	1 347	20 613	20 942
Gasversorgung .....	56 213	7 714	3 224	14 139	2 329	1 666	20 924	6 218
Wasserversorgung .....	72 003	3 755	8 883	13 342	5 837	5 174	20 709	14 303
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	9 765	746	1 105	4 184	1 111	365	2 243	11
Übrige Verkehrsunternehmen .....	17 257	1 186	904	6 288	5 065	745	1 708	1 362
Übriges aus Einzelplan 8 .....	13 896	1 194	1 591	424	746	4 044	2 616	3 281
<b>Summe II (Einzelplan 8)</b> .....	<b>255 736</b>	<b>26 250</b>	<b>19 203</b>	<b>53 989</b>	<b>28 025</b>	<b>13 341</b>	<b>68 813</b>	<b>46 115</b>
darunter an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen ..	215 503	23 563	13 876	50 116	21 166	7 639	60 589	38 555
<b>III. Nicht aufgeteilt</b> .....								
<b>Summe I bis III</b> .....	<b>720 945</b>	<b>60 549</b>	<b>138 797</b>	<b>122 038</b>	<b>72 488</b>	<b>38 031</b>	<b>156 609</b>	<b>132 434</b>
darunter für Beseitigung von Kriegsscha- den verwendet .....	108 240	2 131	29 361	22 808	8 083	3 657	30 555	11 645

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

noch: 3. Schulden aus öffentlichen Sondermitteln

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirks- verbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kammereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung .....	3 485	2 276	284	163	95	26	-	925	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	83	-	83	83	-	-	-	-	-
2 Schulen .....	38 994	25 838	8 332	3 070	3 448	1 800	14	4 564	259
3 Kultur .....	2 245	2 230	15	-	15	-	-	-	-
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	4 876	1 890	1 117	948	72	98	-	1 869	-
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	51 209	22 833	8 671	4 994	3 603	75	-	15 294	4 411
Übriges aus Einzelplan 5 .....	3 096	1 906	206	89	100	17	-	984	-
Zusammen (Einzelplan 5) .....	54 305	24 739	8 878	5 083	3 703	92	-	16 278	4 411
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	93 287	78 147	13 715	11 727	1 322	666	-	1 425	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	20 144	8 018	11 468	5 332	4 780	1 345	12	618	40
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	71 819	31 818	25 903	6 478	7 094	12 310	21	13 948	151
Trümmerbeseitigung und -verwertung ....	7 468	7 352	21	13	8	-	-	95	-
Übriges aus Einzelplan 6 .....	10 090	4 437	2 575	695	661	1 218	-	2 999	80
Zusammen (Einzelplan 6) .....	202 808	129 771	53 682	24 245	13 865	15 539	33	19 084	271
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförde- rung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	100 722	54 842	45 721	25 258	14 709	5 754	-	160	-
Wirtschaftsförderung .....	7 959	4 394	2 640	369	1 277	973	21	925	-
Übriges aus Einzelplan 7 .....	8 427	7 078	1 264	493	348	423	-	85	-
Zusammen (Einzelplan 7) .....	117 108	66 314	49 624	26 120	16 334	7 149	21	1 170	-
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund- vermögens .....	22 168	11 857	9 535	2 418	4 803	2 304	10	744	31
Übriges allgemeines Grundvermögen ....	14 052	12 309	1 688	1 101	321	266	-	56	-
Übriges aus Einzelplan 9 .....	2 556	1 693	240	103	62	76	-	623	-
Zusammen (Einzelplan 9) .....	38 777	25 860	11 463	3 622	5 186	2 645	10	1 423	31
Summe I .....	462 681	278 919	133 478	63 332	42 718	27 350	78	45 313	4 971
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung .....	86 603	80 005	6 458	5 226	725	508	-	140	-
Gasversorgung .....	56 213	47 935	8 278	6 482	1 786	9	-	-	-
Wasserversorgung .....	72 003	39 043	31 327	6 171	9 672	14 206	1 278	1 633	-
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	9 765	8 985	732	410	307	15	-	48	-
Übrige Verkehrsunternehmen .....	17 257	14 546	160	125	26	9	-	2 022	529
Übriges aus Einzelplan 8 .....	13 896	5 442	8 026	2 550	2 456	3 019	-	414	15
Summe II (Einzelplan 8) .....	255 736	195 955	54 981	20 964	14 974	17 765	1 278	4 257	544
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen .....	215 503	189 266	23 731	16 155	7 164	251	161	2 506	-
III. Nicht aufgeteilt .....									
Summe I bis III .....	720 945	477 373	188 487	84 297	57 717	45 117	1 357	49 569	5 515
darunter: für Beseitigung von Kriegsscha- den verwendet .....	108 240	104 628	2 647	1 250	1 000	398	-	765	200

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

#### 4. Schulden bei Gebietskörperschaften

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>I. Kömmereiverwaltungen</b>								
0 Allgemeine Verwaltung .....	4 439	1 119	560	578	251	465	902	564
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	1 871	57	28	154	8	—	1 529	94
2 Schulen .....	106 112	36 289	15 075	6 137	1 808	17 505	9 541	19 757
3 Kultur .....	3 218	870	4	742	93	538	413	559
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	27 909	1 706	4 526	8 737	1 228	370	5 307	6 034
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	28 407	2 183	3 196	5 632	793	2 025	6 498	8 081
Übriges aus Einzelplan 5 .....	1 669	306	167	225	315	5	134	516
Zusammen (Einzelplan 5) .....	30 076	2 489	3 363	5 858	1 108	2 030	6 632	8 597
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	36 367	1 313	3 355	7 249	410	12 796	9 625	1 619
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	126 194	4 077	13 852	61 876	5 260	1 755	14 321	25 052
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	248 048	31 254	18 110	113 092	7 869	9 346	26 656	41 721
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	5 683	47	—	834	11	925	2 172	1 694
Übriges aus Einzelplan 6 .....	45 441	524	101	36 014	2 086	1 875	3 424	1 416
Zusammen (Einzelplan 6) .....	461 733	37 215	35 419	219 064	15 637	26 696	56 199	71 503
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförde- rung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	151 926	11 791	12 317	52 433	8 374	5 193	28 120	33 698
Wirtschaftsförderung .....	14 308	826	1 806	1 733	1 058	2 272	5 856	758
Übriges aus Einzelplan 7 .....	12 557	3 334	362	1 979	1 515	991	3 488	889
Zusammen (Einzelplan 7) .....	178 791	15 950	14 485	56 145	10 947	8 455	37 464	35 345
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundver- mögens .....	176 055	7 493	11 690	55 203	5 635	30 441	45 874	19 719
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	28 250	1 131	227	20 267	176	2 476	3 329	644
Übriges aus Einzelplan 9 .....	10 060	86	—	99	5 295	—	1 377	3 203
Zusammen (Einzelplan 9) .....	214 364	8 710	11 917	75 569	11 106	32 916	50 579	23 566
Summe I .....	1 028 512	104 405	85 376	372 984	42 185	88 976	168 567	166 019
<b>II. Wirtschaftsunternehmen</b>								
Elektrizitätsversorgung .....	14 382	3 841	550	3 838	440	781	2 795	2 138
Gasversorgung .....	9 230	2 507	775	2 341	534	148	2 022	904
Wasserversorgung .....	90 910	2 726	2 983	19 865	4 994	7 626	13 801	38 915
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	3 326	1 706	152	897	30	20	480	41
Übrige Verkehrsunternehmen .....	10 907	1 758	1 974	4 927	16	816	1 203	213
Übriges aus Einzelplan 8 .....	11 162	2 309	296	3 791	1 564	903	2 177	123
Summe II (Einzelplan 8) .....	139 917	14 847	6 728	35 658	7 579	10 293	22 478	42 333
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen .....	68 988	8 109	4 995	27 370	1 962	6 876	11 553	8 122
<b>III. Nicht aufgeteilt</b>								
Summe I bis III .....	1 171 633	119 252	92 104	409 464	49 764	99 268	191 046	210 734
darunter: für Besetzung von Kriegsscha- den verwendet .....	167 701	9 289	3 935	85 873	1 975	23 001	24 672	18 955

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

noch: 4. Schulden bei Gebietskörperschaften

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Ämter	Landkreise	Bezirks- verbände
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kämmereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung .....	4 439	1 505	1 834	449	302	819	264	1 099	-
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	1 871	1 634	237	155	15	67	-	-	-
2 Schulen .....	106 112	30 109	63 363	12 437	23 121	27 716	89	12 455	185
3 Kultur .....	3 218	2 466	247	3	164	80	-	165	340
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	27 909	12 214	7 388	4 077	1 955	1 356	-	8 077	230
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	28 407	8 741	7 314	3 781	2 493	929	110	11 798	554
Übriges aus Einzelplan 5 .....	1 669	628	622	298	129	194	-	419	-
Zusammen (Einzelplan 5) .....	30 076	9 369	7 935	4 080	2 623	1 123	110	12 217	554
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	36 367	16 262	9 920	3 092	3 346	2 860	622	10 185	-
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	126 194	30 281	96 181	34 618	32 193	22 469	902	5 293	439
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	248 048	122 438	91 442	22 780	21 012	47 337	312	32 034	2 134
Trümmerbeseitigung und -verwertung ....	5 683	4 503	1 135	933	73	129	-	45	-
Übriges aus Einzelplan 6 .....	45 441	24 942	19 414	10 510	4 424	4 480	-	1 085	-
Zusammen (Einzelplan 6) .....	461 733	198 425	212 092	71 934	61 047	77 275	1 836	48 643	2 573
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsför- derung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	151 926	58 183	93 632	41 133	31 040	21 446	12	111	-
Wirtschaftsförderung .....	14 308	4 617	8 729	2 504	1 887	4 338	-	895	68
Übriges aus Einzelplan 7 .....	12 557	6 693	5 736	1 111	2 796	1 815	14	127	-
Zusammen (Einzelplan 7) .....	178 791	69 493	108 096	44 748	35 723	27 599	26	1 133	68
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund- vermögens .....	176 055	69 788	101 905	33 203	34 828	32 911	962	4 362	-
Übriges allgemeines Grundvermögen ....	28 250	22 156	4 068	1 390	1 101	1 577	-	2 025	-
Übriges aus Einzelplan 9 .....	10 060	9 203	286	178	9	81	19	570	-
Zusammen (Einzelplan 9) .....	214 364	101 147	106 260	34 771	35 937	34 570	981	6 958	-
Summe I .....	1 028 512	426 363	507 451	172 654	160 887	170 604	3 306	90 748	3 950
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung .....	14 382	8 095	6 155	1 992	1 040	3 079	45	132	-
Gasversorgung .....	9 230	6 120	3 111	2 045	1 041	24	-	-	-
Wasserversorgung .....	90 910	17 696	71 121	10 633	17 204	43 188	95	2 094	-
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	3 326	2 037	1 250	795	435	18	2	39	-
Übrige Verkehrsunternehmen .....	10 907	7 002	192	105	36	52	-	2 737	975
Übriges aus Einzelplan 8 .....	11 162	5 381	5 228	896	1 790	2 521	22	552	-
Summe II (Einzelplan 8) .....	139 917	46 330	87 057	16 466	21 545	48 882	164	5 554	975
darunter, an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen .....	68 988	40 829	25 268	14 801	7 995	2 472	-	2 891	-
III. Nicht aufgeteilt .....									
Summe I bis III .....	1 171 633	475 715	594 509	189 120	182 433	219 486	3 470	96 484	4 925
darunter für Beseitigung von Kriegsscha- den verwendet .....	167 701	133 633	29 167	16 439	7 443	5 076	210	2 749	2 152

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

5. In der Zeit vom 1.4.1955 bis zum 31.3.1956 aufgenommene Darlehen <sup>1)</sup>

a) nach Verwaltungszweigen und Ländern

– 1 000 DM –

Verwaltungszweig	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen im Rechnungsjahr 1954 <sup>2)</sup>
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>									
0 Allgemeine Verwaltung	1 024	2 641	12 851	663	945	5 026	817	23 968	25 857
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	12	138	121	2 000	–	142	210	2 623	2 159
2 Schulen	10 773	40 176	31 883	30 683	18 936	49 282	40 531	222 264	216 069
3 Kultur	462	1 422	3 229	8 188	295	3 094	2 000	18 691	15 386
4 Fürsorge und Jugendhilfe	827	2 266	6 424	6 147	885	5 041	2 061	23 651	17 185
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens	3 174	13 133	20 300	8 216	3 006	28 217	24 254	100 301	81 468
Übriges aus Einzelplan 5	480	1 797	3 418	1 352	222	2 139	544	9 952	11 709
Zusammen (Einzelplan 5)	3 654	14 931	23 718	9 569	3 228	30 356	24 798	110 253	93 177
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	2 606	41 225	28 158	12 540	15 290	12 771	11 551	124 142	178 742
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	685	7 826	23 151	6 851	3 445	14 437	15 176	71 570	97 630
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	17 929	46 420	66 755	22 719	23 615	31 056	33 638	242 131	229 642
Trümmerbeseitigung und -verwertung	–	450	50	3 512	466	1 812	500	6 790	10 685
Übriges aus Einzelplan 6	327	1 184	18 528	6 487	1 904	4 104	2 263	34 796	24 030
Zusammen (Einzelplan 6)	21 547	97 104	136 642	52 109	44 720	64 179	63 128	479 429	540 728
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	8 478	30 874	46 172	25 735	16 416	46 060	31 331	205 066	171 619
Wirtschaftsförderung	106	2 382	1 655	2 573	2 955	13 989	2 697	26 356	25 337
Übriges aus Einzelplan 7	3 512	6 474	12 126	6 617	6 707	12 144	6 175	53 757	54 630
Zusammen (Einzelplan 7)	12 096	39 730	59 952	34 925	26 078	72 193	40 204	285 179	251 585
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	932	3 331	11 528	3 462	6 206	10 418	7 930	43 808	66 818
Übriges allgemeines Grundvermögen	2 825	2 324	16 876	3 481	2 182	8 587	1 129	37 403	37 719
Übriges aus Einzelplan 9	313	–	115	4 542	354	1 300	3	6 628	8 289
Zusammen (Einzelplan 9)	4 070	5 655	28 519	11 485	8 742	20 306	9 062	87 838	112 826
Summe I	54 465	204 063	303 339	155 769	103 830	249 619	182 811	1 253 896	1 274 972
<b>II. Wirtschaftsunternehmen</b>									
Elektrizitätsversorgung	5 052	10 694	20 320	25 353	5 484	30 844	16 846	114 594	102 888
Gasversorgung	3 313	3 883	8 988	1 640	2 007	19 464	4 605	43 900	55 611
Wasserversorgung	1 730	13 615	34 775	13 164	18 333	36 652	36 815	155 083	122 402
Hafen- und Umschlagunternehmen	900	1 625	5 960	1 276	705	3 600	610	14 676	8 827
Übrige Verkehrsunternehmen	927	3 734	14 396	7 167	3 482	11 220	1 309	42 236	28 257
Übriges aus Einzelplan 8	2 114	1 832	12 718	12 125	2 480	5 923	14 742	51 936	41 888
Summe II (Einzelplan 8)	14 037	35 383	97 157	60 726	32 492	107 702	74 927	422 425	359 873
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	9 201	24 070	72 486	41 349	21 338	83 978	44 747	297 168	261 547
<b>III. Nicht aufgeteilt</b>									
Summe I bis III	68 502	239 541	401 319	224 331	136 322	357 634	258 683	1 686 331	–
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	3 264	27 739	43 163	28 187	13 182	34 131	20 392	170 058	179 057
Dagegen (Summe I bis III) im Rechnungsjahr 1954 <sup>2)</sup>	80 495	181 173	566 657	185 888	117 717	260 486	244 404	–	1 636 820

1) Kreditmarktmittel, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen. – 2) In der Zeit vom 1.4.1954 bis zum 31.3.1955 aufgenommene Darlehen.

noch: IV. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

noch: 5. In der Zeit von 1. 4. 1955 bis zum 31. 3. 1956 aufgenommene Darlehen

b) nach Verwaltungszweigen und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden und Ämter				Landkreise	Bezirks- verbände	
			zusammen	Gemeinden					
				mit 10 000 und mehr Einwohnern	mit 3 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit weniger als 3 000 Einwohnern			Ämter
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
I. Kammereiverwaltungen									
0 Allgemeine Verwaltung	23 968	11 242	6 282	1 803	932	2 004	1 543	6 159	285
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 623	2 146	477	138	110	229	—	—	—
2 Schulen	222 264	79 037	112 403	33 029	38 404	40 634	336	30 604	220
3 Kultur	18 691	17 156	1 281	756	251	267	6	143	110
4 Fürsorge und Jugendhilfe	23 651	13 251	4 769	1 727	1 314	1 729	—	3 251	2 379
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens	100 301	37 016	17 988	11 636	4 638	1 561	152	37 845	7 452
Übriges aus Einzelplan 5	9 952	4 955	4 278	1 508	1 875	896	—	719	—
Zusammen (Einzelplan 5)	110 253	41 971	22 266	13 144	6 513	2 457	152	38 564	7 452
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	124 142	96 246	19 584	14 847	3 446	1 172	118	6 153	2 160
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung	71 570	21 156	47 196	18 392	16 726	11 633	445	3 004	215
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau	242 131	105 036	101 231	32 507	22 858	45 535	332	35 814	49
Trümmerbeseitigung und -verwertung	6 790	6 650	139	30	65	44	—	—	—
Übriges aus Einzelplan 6	34 796	20 723	9 628	3 069	3 286	3 274	—	3 305	1 140
Zusammen (Einzelplan 6)	479 429	249 811	177 778	68 844	46 381	61 657	896	48 276	3 564
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten	205 066	71 333	133 688	55 872	43 718	34 099	—	44	—
Wirtschaftsförderung	26 356	11 729	13 665	2 417	3 283	7 722	242	962	—
Übriges aus Einzelplan 7	53 757	29 965	23 604	11 976	6 138	5 453	36	188	—
Zusammen (Einzelplan 7)	285 179	113 028	170 957	70 266	53 139	47 274	278	1 194	—
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	43 808	16 328	25 327	10 263	7 989	6 910	167	2 082	70
Übriges allgemeines Grundvermögen	37 403	27 079	9 458	3 962	3 173	2 097	226	866	—
Übriges aus Einzelplan 9	6 628	4 904	1 012	377	170	465	—	712	—
Zusammen (Einzelplan 9)	87 838	48 311	35 797	14 601	11 332	9 472	393	3 660	70
Summe I	1 253 896	575 953	532 010	204 308	158 376	165 723	3 604	131 851	14 080
II. Wirtschaftsunternehmen									
Elektrizitätsversorgung	114 594	95 238	15 320	5 391	5 432	3 959	539	2 536	1 500
Gasversorgung	43 900	27 522	16 150	11 601	4 146	402	—	228	—
Wasserversorgung	155 083	58 076	91 876	19 029	20 438	49 825	2 585	5 130	—
Hafen- und Umschlagunternehmen	14 676	13 371	1 305	1 208	73	24	—	—	—
Übrige Verkehrsunternehmen	42 236	35 642	1 121	990	33	98	—	3 473	2 000
Übriges aus Einzelplan 8	51 936	40 661	8 563	2 648	2 880	3 035	—	2 712	—
Summe II (Einzelplan 8)	422 425	270 510	134 335	40 866	33 002	57 342	3 125	14 079	3 500
darunter: an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen	297 168	236 413	52 935	34 933	15 609	1 529	863	7 820	—
III. Nicht aufgeteilt									
Summe I bis III	1 686 331	855 530	667 077	245 569	191 377	223 402	6 729	146 143	17 581
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet	170 058	155 142	10 503	6 572	2 456	1 450	25	3 193	1 221
Dagegen (Summe I bis III) im Rechnungsjahr 1954 <sup>1)</sup>	1 636 820	917 245	580 448	251 286	162 376	163 200	3 586	121 818	17 309

1) In der Zeit vom 1. 4. 1954 bis zum 31. 3. 1955 aufgenommene Darlehen.

# V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

## A. Art der Schulden

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31. 3. 1955
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Inlandschulden</b>									
<b>A. Altschulden aus Kreditmarktmitteln</b>	<b>1 376</b>	<b>4 484</b>	<b>23 850</b>	<b>11 821<sup>1)</sup></b>	<b>2 144</b>	<b>1 152</b>	<b>8 744</b>	<b>53 571</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955	1 658	4 995	30 331	7 120 <sup>2)</sup>	2 447	1 345	9 711	-	57 606
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>									
Inhaberschuldverschreibungen	-	-	49 890	-	-	-	20 000	69 890	69 890
Schulden bei Sparkassen	9 769	28 386	184 714	81 219	18 397	44 993	95 115	462 593	352 622
Schulden bei Girozentralen	9 613	43 385	314 203	75 342	41 376	131 745	108 839	724 502	610 390
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	-	-	-	-	-	4 924	31 464	36 388	29 942
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	18 211	65 924	166 878	133 362	32 511	110 447	58 408	585 741	458 901
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	17 827	41 842	118 702	98 257	38 305	44 727	81 380	441 040	356 941
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	481	1 217	2 208	2 175	2 326	101	1 739	10 247 <sup>3)</sup>	17 484
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	2 194	2 144	4 191	4 797	484	8 267	2 177	24 254	25 496
Kassenkredite <sup>4)</sup>	-	100	712	-	-	2 215	1 034	4 060	1 138
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln <sup>5)</sup>	541	8 062	31 180	17 365	2 280	6 359	9 629	75 414	41 783
<b>Summe B</b>	<b>58 635</b>	<b>191 061</b>	<b>872 676</b>	<b>412 517</b>	<b>135 678</b>	<b>353 778</b>	<b>409 784</b>	<b>2 434 129</b>	<b>1 964 586</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln<sup>6)</sup></b>									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	3 871	14 836	3 447	2 156	2 494	21 378	5 825	54 007	26 715
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	12 844	63 824	54 895	40 291	9 618	47 913	39 982	269 367	152 869
ERP- (ECA-) Kredite	16 185	12 395	37 646	7 553	8 200	32 399	39 622	153 999	120 390
<b>Summe C</b>	<b>32 900</b>	<b>91 055</b>	<b>95 988</b>	<b>50 000</b>	<b>20 312</b>	<b>101 690</b>	<b>85 429</b>	<b>477 373</b>	<b>299 974</b>
<b>Summe A bis C</b>	<b>92 911</b>	<b>286 600</b>	<b>992 514</b>	<b>474 338</b>	<b>158 134</b>	<b>456 619</b>	<b>503 957</b>	<b>2 965 073</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955	78 168	189 078	830 632	362 666	107 732	326 506	427 384	-	2 322 166
<b>D. Schulden bei Gebietskörperschaften</b>									
<b>1. Neuschulden<sup>4)</sup></b>									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	10 653	3 524	27 337	1 981	2 310	14 103	14 322	74 230	68 066
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	3 197	8 424	54 129	1 753	15 583	29 085	14 210	126 381	110 855
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	19 271	8 839	147 232	9 772	21 445	27 282	31 630	265 471	229 701
Kredite vom Lastenausgleichsfonds <sup>7)</sup>	334	1 636	2 062	494	119	531	1 319	6 496	5 972
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	11	1 204	83	195	-	1 644	3 137	1 292
<b>Zusammen</b>	<b>33 454</b>	<b>22 435</b>	<b>231 963</b>	<b>14 084</b>	<b>39 652</b>	<b>71 000</b>	<b>63 125</b>	<b>475 715</b>	<b>415 885</b>
<b>2. Altschulden</b>	<b>379</b>	<b>600</b>	<b>6 413</b>	<b>1 390</b>	<b>2 276</b>	<b>172</b>	<b>521</b>	<b>11 753</b>	<b>12 746</b>
<b>Summe D</b>	<b>33 834</b>	<b>23 035</b>	<b>238 377</b>	<b>15 474</b>	<b>41 928</b>	<b>71 172</b>	<b>63 647</b>	<b>487 468</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955	32 534	23 499	208 731	16 837	34 818	66 278	45 934	-	428 631
<b>Inlandschulden insgesamt (Summe A bis D)</b>	<b>126 745</b>	<b>309 635</b>	<b>1 230 891</b>	<b>489 812</b>	<b>200 062</b>	<b>527 792</b>	<b>567 604</b>	<b>3 452 541</b>	<b>2 750 797</b>
Davon: Altverschuldung	1 755	5 084	30 264	13 211	4 420	1 324	9 266	65 324	70 352
Darunter, für Wirtschaftsunternehmen aufgenommen	336	576	4 858	1 834	104	361	1 752	9 820	9 778
Neuverschuldung einschl. Kassenkredite	124 989	304 551	1 200 627	476 601	195 642	526 468	558 338	3 387 217	2 680 445
Neuverschuldung ohne Kassenkredite	124 989	304 451	1 199 915	476 601	195 642	524 253	557 305	3 383 157	2 679 307
Dagegen (Summe A bis D) am 31. 3. 1955	110 702	212 577	1 039 364	379 503	142 549	392 784	473 318	-	2 750 797
<b>Außerdem:</b>									
Abgabeschuld aus der Hypothekengewinnabgabe	445	1 496	18 370	5 495	8 571	595	7 960	42 931	46 250
Auslandschulden gemäß Londoner Abkommen <sup>8)</sup>	576	3 640	37 978	11 890	8 367	26 162	40 222	128 836 <sup>9)</sup>	106 999 <sup>10)</sup>

1) Einschl. 6,1 Mill. DM, 2) einschl. 0,3 Mill. DM inländische Entschädigungsverpflichtungen aus § 54 des Bereinigungsgesetzes für deutsche Auslandsbonds. — 3) Rückgang gegenüber 1955 zum Teil methodisch bedingt. — 4) Die geringen bei Gebietskörperschaften etwa aufgenommenen Kassenkredite sind bei Abschnitt B - Kassenkredite - mitgeführt. — 5) Darunter auch Schuldauflagen bei der Bundespost. — 6) Ohne Schuldauflagen bei der Bundespost (vgl. Anm. 5). — 7) Unmittelbar beim Bundesausgleichsamt (Landesausgleichsamt) aufgenommene Darlehen. — 8) Nach Zahlenunterlagen der Bank deutscher Länder unter Zuhilfenahme von Schätzungen ermittelte Beträge einschl. der Anteile an im Ausland aufgenommenen Sammelaufleihen und der gemäß Londoner Abkommen zu fundierenden Zinsrückstände, 1956 einschl., 1955 ohne Inlandsbesitz sowie Schuldscheindarlehen und ähnliche Kredite. — 9) Nach dem Stand vom 31. 12. 1955. — 10) Nach dem Stand vom 31. 12. 1954.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

B. Annuitätsdarlehen innerhalb der Inlandschulden

- 1 000 DM -

Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>A. Altschulden<sup>1)</sup></b> .....	<b>1 710</b>	<b>4 144</b>	<b>25 055</b>	<b>6 614</b>	<b>3 836</b>	<b>1 238</b>	<b>7 186</b>	<b>49 782</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955 .....	2 132	4 555	34 712	7 084	4 183	1 366	8 117	-	62 149
<b>B. Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>									
Inhaberschuldverschreibungen .....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schulden bei Sparkassen .....	4 227	21 509	138 150	36 158	9 766	10 570	77 315	297 695	209 662
Schulden bei Girozentralen .....	3 024	22 133	188 547	22 619	24 931	33 292	47 324	341 869	267 268
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt .....	-	-	-	-	-	1 603	7 603	9 206	7 587
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten .....	12 694	39 000	111 011	104 205	25 404	73 489	38 390	404 194	227 937
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen .....	4 264	20 870	38 111	28 452	23 769	15 186	28 144	158 796	140 042
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden .....	224	1 098	926	1 156	613	40	1 699	5 755	12 206
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) .....	105	50	377	97	5	1 775	130	2 539	1 167
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln .....	-	1 277	2 002	1 033	1 053	702	1 389	7 454	4 505
<b>Summe B</b> .....	<b>24 539</b>	<b>105 937</b>	<b>479 122</b>	<b>193 720</b>	<b>85 542</b>	<b>136 655</b>	<b>201 993</b>	<b>1 227 508</b>	<b>870 374</b>
<b>C. Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung .....	3 165	9 236	1 376	152	163	5 220	4 758	24 070	18 046
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung .....	6 588	49 509	16 857	13 050	8 339	19 791	21 882	136 016	69 955
ERP-(ECA-) Kredite .....	77	738	6 794	101	828	1 131	2 333	12 002	11 639
<b>Summe C</b> .....	<b>9 830</b>	<b>59 483</b>	<b>25 027</b>	<b>13 303</b>	<b>9 329</b>	<b>26 142</b>	<b>28 973</b>	<b>172 087</b>	<b>99 640</b>
<b>Summe A bis C</b> .....	<b>36 079</b>	<b>169 564</b>	<b>529 204</b>	<b>213 637</b>	<b>98 707</b>	<b>164 035</b>	<b>238 151</b>	<b>1 449 377</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955 .....	29 313	107 039	405 671	139 372	60 305	107 795	182 669	-	1 032 164
<b>D. Neuschulden bei Gebietskörperschaften</b>									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) .....	7 159	2 277	26 907	103	1 333	12 661	13 310	63 751	60 976
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	2 695	7 003	46 213	1 240	12 726	26 250	9 173	105 300	96 067
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern .....	1 093	6 223	122 218	2 941	4 444	2 780	13 300	152 998	118 366
Kredite vom Lastenausgleichsfonds .....	-	-	181	-	-	-	268	449	440
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden .....	-	11	1 164	83	-	-	468	1 727	490
<b>Summe D</b> .....	<b>10 947</b>	<b>15 515</b>	<b>196 684</b>	<b>4 367</b>	<b>18 502</b>	<b>41 691</b>	<b>36 519</b>	<b>324 225</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955 .....	12 214	15 510	168 136	3 943	16 390	36 217	23 930	-	276 340
<b>Annuitätsdarlehen zusammen (Summe A bis D)</b> ..	<b>47 025</b>	<b>185 079</b>	<b>725 888</b>	<b>218 004</b>	<b>117 210</b>	<b>205 726</b>	<b>274 670</b>	<b>1 773 601</b>	<b>-</b>
Dagegen am 31. 3. 1955 .....	41 528	122 549	573 807	143 315	76 695	144 012	206 599	-	1 308 504
Übrige Altschulden am 31. 3. 1956 .....	45	940	5 209	6 597	584	86	2 080	15 542	8 203
Übrige Neuschulden am 31. 3. 1956 <sup>2)</sup> .....	79 674	123 616	499 794	265 211	82 269	321 980	290 854	1 663 397	1 434 090
<b>Inlandschulden insgesamt</b> .....	<b>126 745</b>	<b>309 635</b>	<b>1 230 891</b>	<b>489 812</b>	<b>200 062</b>	<b>527 792</b>	<b>567 604</b>	<b>3 452 541</b>	<b>2 750 797</b>

1) Einschl. der etwa bei Gebietskörperschaften aufgenommenen Annuitätsdarlehen. - 2) Nach Laufzeiten aufgegliederte Schulden und Kassenkredite.

C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung <sup>1)</sup>

— 1 000 DM —

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7	8 f j	9
<b>1. Laufzeit weniger als 4 Jahre</b>									
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen	—	—	209	4 000	—	9 200	315	13 724	9 343
Schulden bei Girozentralen	—	2 000	676	1 860	4 229	14 311	343	23 420	28 601
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	—	—	—	—	—	400	3 400	3 800	4 833
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	—	—	1 400	275	384	9 625	1 294	12 977	15 287
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	500	—	—	20	—	1 200	79	1 799	4 976
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	—	—	17	51	50	—	5	123	399
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	2 026	56	567	585	204	2 106	136	5 680	8 071
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	—	106	242	851	13	255	516	1 983	3 177
<b>Summe a</b>	<b>2 526</b>	<b>2 162</b>	<b>3 111</b>	<b>7 642</b>	<b>4 881</b>	<b>37 097</b>	<b>6 087</b>	<b>63 506</b>	<b>74 687</b>
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—	—	1 905	—	1 905	1 165
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	—	—	—	—	—	1 552	—	1 552	2 164
ERP- (ECA-) Kredite	—	—	—	—	—	90	—	90	—
<b>Summe b</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>3 547</b>	<b>—</b>	<b>3 547</b>	<b>3 329</b>
<b>Summe a und b</b>	<b>2 526</b>	<b>2 162</b>	<b>3 111</b>	<b>7 642</b>	<b>4 881</b>	<b>40 644</b>	<b>6 087</b>	<b>67 053</b>	<b>78 016</b>
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen)	—	—	—	—	—	750	—	750	950
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	—	706	300	—	—	650	12	1 668	1 335
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern	—	—	—	—	—	2 858	—	2 858	4 018
Kredite vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden	—	—	—	—	—	—	—	—	44
<b>Summe c</b>	<b>—</b>	<b>706</b>	<b>300</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>4 258</b>	<b>12</b>	<b>5 276</b>	<b>6 347</b>
<b>Summe 1</b>	<b>2 526</b>	<b>2 867</b>	<b>3 411</b>	<b>7 642</b>	<b>4 881</b>	<b>44 902</b>	<b>6 099</b>	<b>72 328</b>	<b>—</b>
Außerdem: Kassenkredite	—	100	712	—	—	2 215	1 034	4 060	1 138
Dagegen (Summe 1) am 31.3. 1955	145	5 383	6 981	14 514	6 888	43 015	7 437	—	84 363

2. Laufzeit 4 bis unter 10 Jahre

a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln									
Inhaberschuldverschreibungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schulden bei Sparkassen	680	1 200	12 109	9 708	3 747	9 695	4 094	41 233	48 815
Schulden bei Girozentralen	303	4 872	52 303	3 860	2 669	24 900	18 301	107 207	121 762
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt	—	—	—	—	—	780	644	1 424	846
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	16	15 796	7 191	15 996	1 750	5 071	2 569	48 389	53 754
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	136	2 954	18 899	9 703	2 735	10 225	7 084	51 735	64 998
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	154	—	210	—	—	—	1	365	485
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung)	49	1 224	1 513	479	85	570	1 241	5 160	5 305
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	314	3 584	6 713	3 612	214	2 227	2 612	19 276	13 370
<b>Summe a</b>	<b>1 652</b>	<b>29 631</b>	<b>98 937</b>	<b>43 358</b>	<b>11 199</b>	<b>53 467</b>	<b>36 545</b>	<b>274 789</b>	<b>309 334</b>
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	—	—	375	6	779	12 788	2	13 950	2 891
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung	35	3 649	4 280	3 500	4	17 325	3 178	31 970	25 743
ERP- (ECA-) Kredite	100	2 825	6 798	1 280	625	5 636	2 892	20 155	17 431
<b>Summe b</b>	<b>135</b>	<b>6 474</b>	<b>11 453</b>	<b>4 786</b>	<b>1 408</b>	<b>35 749</b>	<b>6 071</b>	<b>66 075</b>	<b>46 064</b>
<b>Summe a und b</b>	<b>1 787</b>	<b>36 105</b>	<b>110 390</b>	<b>48 143</b>	<b>12 607</b>	<b>89 216</b>	<b>42 617</b>	<b>340 864</b>	<b>355 398</b>

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

noch: C. Laufzeiten der inländischen Neuverschuldung<sup>1)</sup>

— 1 000 DM —

Laufzeit und Art der Schulden	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen am 31.3.1955
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften</b>									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) . . . . .	—	12	—	51	8	—	4	76	79
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	—	168	—	126	189	92	—	574	1 342
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	60	389	1 087	2 745	7 186	7 174	961	19 603	25 469
Kredite vom Lastenausgleichsfonds . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	20
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden . . . . .	—	—	—	—	55	—	—	55	40
<b>Summe c</b> . . . . .	<b>60</b>	<b>569</b>	<b>1 087</b>	<b>2 922</b>	<b>7 437</b>	<b>7 266</b>	<b>966</b>	<b>20 308</b>	<b>26 951</b>
<b>Summe 2</b> . . . . .	<b>1 847</b>	<b>36 674</b>	<b>111 477</b>	<b>51 065</b>	<b>20 044</b>	<b>96 483</b>	<b>43 582</b>	<b>361 172</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31. 3. 1955 . . . . .	4 419	34 275	128 041	59 219	24 507	74 317	57 572	—	382 348
<b>3. Laufzeit 10 Jahre und mehr</b>									
<b>a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln</b>									
Inhaberschuldverschreibungen . . . . .	—	—	49 890	—	—	—	20 000	69 890	69 890
Schulden bei Sparkassen . . . . .	4 862	5 677	34 246	31 353	4 883	15 528	13 391	109 940	84 802
Schulden bei Girozentralen . . . . .	6 287	14 380	72 677	47 003	9 547	59 242	42 871	252 007	192 759
Schulden bei der Landeskreditanstalt bzw. -bodenkreditanstalt . . . . .	—	—	—	—	—	2 141	19 816	21 958	16 674
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten . . . . .	5 500	11 128	47 276	12 885	4 972	22 263	16 156	120 181	161 923
Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen . . . . .	12 928	18 019	61 693	60 082	11 801	18 116	46 073	228 710	146 925
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden . . . . .	103	119	1 055	969	1 663	61	34	4 004	4 395
Restkaufgelder (mit und ohne hypothekarische Sicherung) . . . . .	14	813	1 734	3 636	190	3 817	670	10 875	10 953
Übrige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln . . . . .	226	3 094	22 223	11 870	1 000	3 175	5 113	46 701	20 732
<b>Summe a</b> . . . . .	<b>29 920</b>	<b>53 231</b>	<b>290 794</b>	<b>167 797</b>	<b>34 056</b>	<b>124 344</b>	<b>164 125</b>	<b>864 266</b>	<b>709 053</b>
<b>b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln</b>									
Kredite von der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung . . . . .	706	5 600	1 696	1 998	1 553	1 465	1 066	14 083	4 613
Kredite von sonstigen Trägern der Sozialversicherung . . . . .	6 221	10 666	33 758	23 741	1 276	9 245	14 922	99 829	55 007
ERP- (ECA-) Kredite . . . . .	16 008	8 832	24 054	6 173	6 747	25 542	34 397	121 752	91 320
<b>Summe b</b> . . . . .	<b>22 934</b>	<b>25 098</b>	<b>59 508</b>	<b>31 912</b>	<b>9 575</b>	<b>36 251</b>	<b>50 385</b>	<b>235 664</b>	<b>150 940</b>
<b>Summe a und b</b> . . . . .	<b>52 854</b>	<b>78 329</b>	<b>350 302</b>	<b>199 709</b>	<b>43 631</b>	<b>160 595</b>	<b>214 510</b>	<b>1 099 930</b>	<b>859 993</b>
<b>c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften</b>									
Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge (Bundes- und Landesdarlehen) . . . . .	3 493	1 235	430	1 826	968	692	1 008	9 652	6 061
Wohnbaukredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	502	548	7 615	388	2 669	2 092	5 025	18 840	12 110
Sonstige Kredite von Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) und Ländern . . . . .	18 119	2 227	23 926	4 087	9 815	14 470	17 369	90 012	81 847
Kredite vom Lastenausgleichsfonds . . . . .	334	1 636	1 881	494	119	531	1 051	6 047	5 512
Kredite von Gemeinden und Gemeindeverbänden . . . . .	—	—	40	—	140	—	1 176	1 356	718
<b>Summe c</b> . . . . .	<b>22 448</b>	<b>5 645</b>	<b>33 893</b>	<b>6 795</b>	<b>13 712</b>	<b>17 785</b>	<b>25 629</b>	<b>125 907</b>	<b>106 248</b>
<b>Summe 3</b> . . . . .	<b>75 302</b>	<b>83 975</b>	<b>384 194</b>	<b>206 504</b>	<b>57 343</b>	<b>178 380</b>	<b>240 139</b>	<b>1 225 837</b>	<b>—</b>
Dagegen am 31. 3. 1955 . . . . .	64 553	49 289	327 546	160 968	33 816	131 283	198 787	—	966 242
a) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln . . . . .	34 097	85 024	392 842	218 797	50 136	214 907	206 758	1 202 560	1 093 074
b) Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln . . . . .	23 069	31 572	70 961	36 697	10 983	75 548	56 456	305 287	200 333
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>57 166</b>	<b>116 596</b>	<b>463 803</b>	<b>255 494</b>	<b>61 119</b>	<b>290 455</b>	<b>263 214</b>	<b>1 507 847</b>	<b>1 293 407</b>
c) Neuschulden bei Gebietskörperschaften . . . . .	22 508	6 920	35 280	9 717	21 150	29 310	26 607	151 490	139 546
<b>Nach Laufzeiten aufgedielerte Neuschulden zusammen (Summe 1 bis 3)</b> . . . . .	<b>79 674</b>	<b>123 516</b>	<b>499 082</b>	<b>265 211</b>	<b>82 269</b>	<b>319 765</b>	<b>289 820</b>	<b>1 659 337</b>	<b>1 432 953</b>
Kassenkredite . . . . .	—	100	712	—	—	2 215	1 034	4 060	1 138
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>79 674</b>	<b>123 616</b>	<b>499 794</b>	<b>265 211</b>	<b>82 269</b>	<b>321 980</b>	<b>290 854</b>	<b>1 663 397</b>	<b>1 434 090</b>
Annuitätsdarlehen (ohne Altschulden) . . . . .	45 315	180 935	700 833	211 390	113 374	204 488	267 484	1 723 819	1 246 354
<b>Inländische Neuverschuldung (einschl. Kassenkredite) insgesamt</b> . . . . .	<b>124 989</b>	<b>304 551</b>	<b>1 200 627</b>	<b>476 601</b>	<b>195 642</b>	<b>526 468</b>	<b>558 338</b>	<b>3 387 217</b>	<b>2 680 445</b>

1) Ohne Annuitätsdarlehen sowie ohne Kassenkredite.

D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung<sup>1)</sup>

1. Neuverschuldung zusammen

- 1 000 DM -

Verwaltungszweig	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>								
0 Allgemeine Verwaltung .....	48 852	1 924	2 265	14 858	7 588	2 700	11 887	7 629
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	6 823	88	210	447	3 393	-	2 058	626
2 Schulen .....	315 401	15 082	41 846	68 876	50 600	23 762	51 290	63 945
3 Kultur .....	66 885	1 683	3 056	23 760	23 204	1 611	6 832	6 740
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	44 255	910	3 555	14 813	11 517	1 499	4 435	7 524
5 Gesundheits- und Jugendpflege								
Einrichtungen des Gesundheitswesens ...	141 461	2 399	18 589	41 680	18 299	3 866	25 387	31 242
Übriges aus Einzelplan 5 .....	21 660	640	3 516	9 074	3 527	28	2 532	2 342
Zusammen (Einzelplan 5) .....	163 121	3 039	22 105	50 754	21 826	3 895	27 919	33 584
6 Bau- und Wohnungswesen								
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	325 603	11 350	60 348	122 787	42 332	34 057	30 658	24 071
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ...	101 525	223	7 495	49 863	7 424	2 356	3 974	30 189
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tief- bau .....	437 883	21 094	47 701	234 540	54 216	17 991	34 686	27 655
Trümmerbeseitigung und -verwertung .....	39 020	-	2 474	550	26 971	1 295	5 954	1 776
Übriges aus Einzelplan 6 .....	72 967	575	3 152	39 110	22 704	860	2 615	3 950
Zusammen (Einzelplan 6) .....	976 997	33 243	121 171	446 850	153 648	56 558	77 888	87 640
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförde- rung								
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	250 397	10 516	24 168	96 578	16 713	14 755	31 151	56 517
Wirtschaftsförderung .....	52 572	-	7 851	12 589	13 218	6 668	8 842	3 404
Übriges aus Einzelplan 7 .....	136 810	8 124	8 801	46 849	15 786	9 299	23 964	23 986
Zusammen (Einzelplan 7) .....	439 780	18 640	40 820	156 015	45 716	30 723	63 958	83 907
9 Finanzen und Steuern								
Wohngrundstücke des allgemeinen Grund- vermögens .....	198 323	1 592	7 162	52 700	12 374	26 842	39 325	58 327
Übriges allgemeines Grundvermögen .....	100 910	4 068	3 604	46 232	17 900	5 657	12 257	11 193
Übriges aus Einzelplan 9 .....	31 253	2 520	514	1 850	15 873	-	2 246	8 250
Zusammen (Einzelplan 9) .....	330 486	8 180	11 280	100 782	46 147	32 499	53 828	77 770
Summe I .....	2 392 600	82 790	246 309	877 154	363 639	153 247	300 096	369 365
<b>II. Wirtschaftsunternehmen<sup>2)</sup></b>								
Elektrizitätsversorgung .....	340 037	21 090	23 225	93 743	53 827	11 418	76 006	60 727
Gasversorgung .....	171 119	10 369	6 651	44 083	3 314	5 361	66 780	34 561
Wasserversorgung .....	186 131	3 814	12 675	79 082	4 226	15 527	36 161	34 645
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	31 527	2 836	2 343	13 993	1 883	406	9 074	991
Übrige Verkehrsunternehmen .....	121 413	2 555	6 134	51 918	18 327	6 006	23 594	12 879
Übriges aus Einzelplan 8 .....	127 254	1 534	7 098	38 765	23 840	3 677	12 437	39 902
Summe II (Einzelplan 8) .....	977 481	42 199	58 126	321 584	105 417	42 396	224 052	183 706
darunter: an Eigenbetriebe <sup>3)</sup> weitergegebe- ne Darlehen .....	853 172	39 297	52 243	262 273	79 237	37 226	209 128	173 768
<b>III. Nicht aufgeteilt</b>								
Summe I bis III .....	3 383 157	124 989	304 451	1 199 915	476 601	195 642	524 253	557 305
darunter: für Beseitigung von Kriegsscha- den verwendet .....	864 905	13 953	57 136	284 237	152 450	59 562	166 881	130 687

1) Ohne Kassenkredite — 2) Die für kombinierte Versorgungs- bzw. kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen verwendeten Darlehensaufnahmen sind nach Verwendungsarten (Elektrizitätsversorgung usw.) aufgeteilt, — 3) Betriebe im Sinne der Eigenbetriebsverordnung vom 21.11.1938 bzw. — in Nordrhein-Westfalen — vom 22.12.1953.

noch: V. Schulden der kreisfreien Städte nach Ländern

noch: D. Verwendungszwecke der inländischen Neuverschuldung

2. In der Zeit vom 1.4.1955 bis zum 31.3.1956 aufgenommene Darlehen<sup>1)</sup>

— 1 000 DM —

Verwaltungszweig	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Bundesgebiet	Dagegen im Rechnungsjahr 1954 <sup>2)</sup>
	1	2 *	3	4	5	6	7	8	9
<b>I. Kämmererverwaltungen</b>									
0 Allgemeine Verwaltung .....	764	792	5 362	20	572	3 692	40	11 242	14 497
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	—	—	—	2 000	—	142	4	2 146	2 083
2 Schulen .....	3 135	11 325	13 033	13 422	10 141	17 329	10 652	79 037	101 228
3 Kultur .....	115	1 234	3 029	7 804	229	3 030	1 715	17 156	13 837
4 Fürsorge und Jugendhilfe .....	106	1 637	4 434	4 574	700	909	891	13 251	9 640
5 Gesundheits- und Jugendpflege									
Einrichtungen des Gesundheitswesens ..	1 009	6 197	11 776	1 148	261	8 096	8 528	37 016	31 946
Übriges aus Einzelplan 5 .....	445	447	2 244	409	—	1 301	109	4 955	8 381
Zusammen (Einzelplan 5) .....	1 454	6 645	14 020	1 558	261	9 397	8 637	41 971	40 327
6 Bau- und Wohnungswesen									
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau ..	2 300	33 345	21 849	9 415	11 112	7 895	10 330	96 246	142 141
Eigener Wohnungsbau und Wohnsiedlung ..	—	400	8 917	2 353	1 666	1 253	6 566	21 156	40 677
Straßen, Wege, Brücken und sonstiger Tiefbau .....	4 200	20 266	46 332	7 862	6 706	11 562	8 107	105 036	110 116
Trümmerbeseitigung und -verwertung ....	—	450	—	3 512	425	1 764	500	6 650	10 584
Übriges aus Einzelplan 6 .....	90	889	11 635	5 426	429	984	1 269	20 723	15 160
Zusammen (Einzelplan 6) .....	6 590	55 351	88 733	28 568	20 338	23 458	26 772	249 811	318 677
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung									
Stadtentwässerung, Bedürfnisanstalten ...	3 264	8 554	13 776	6 711	8 211	11 093	19 725	71 333	74 965
Wirtschaftsförderung .....	—	886	500	1 209	936	6 893	1 305	11 729	16 968
Übriges aus Einzelplan 7 .....	2 222	4 120	5 820	2 788	4 318	6 251	4 447	29 965	38 819
Zusammen (Einzelplan 7) .....	5 486	13 560	20 096	10 708	13 464	24 238	25 476	113 028	130 752
9 Finanzen und Steuern									
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens .....	86	505	4 042	737	3 388	2 237	5 334	16 328	35 844
Übriges allgemeines Grundvermögen ....	2 441	1 594	13 243	2 503	1 962	4 620	715	27 079	22 454
Übriges aus Einzelplan 9 .....	112	—	115	3 511	—	1 166	—	4 904	6 817
Zusammen (Einzelplan 9) .....	2 639	2 098	17 400	6 752	5 350	8 023	6 049	48 311	65 114
Summe I .....	20 290	92 640	166 106	75 406	51 056	90 217	80 238	575 953	696 155
<b>II. Wirtschaftsunternehmen</b>									
Elektrizitätsversorgung .....	1 556	8 760	16 757	23 100	4 425	27 411	13 227	95 238	83 904
Gasversorgung .....	1 090	700	5 510	660	1 202	13 958	4 402	27 522	41 591
Wasserversorgung .....	317	3 798	19 975	510	9 145	13 270	11 062	58 076	42 551
Hafen- und Umschlagunternehmen .....	300	1 625	5 635	1 246	355	3 600	610	13 371	6 971
Übrige Verkehrsunternehmen .....	631	2 137	10 678	7 161	3 482	10 271	1 282	35 642	22 265
Übriges aus Einzelplan 8 .....	255	1 297	9 535	10 624	1 616	3 173	14 162	40 661	22 528
Summe II (Einzelplan 8) .....	4 149	18 317	68 090	43 302	20 225	71 683	44 745	270 510	219 810
darunter, an Eigenbetriebe weitergegebene Darlehen .....	3 594	16 067	56 775	35 102	16 751	66 761	41 363	236 413	199 890
<b>III. Nicht aufgeteilt</b>									
Summe I bis III .....	24 439	110 957	234 837	126 189	71 281	161 900	125 927	855 530	—
darunter: für Beseitigung von Kriegsschäden verwendet .....	3 038	26 752	34 345	28 052	10 082	33 088	19 785	155 142	162 768
Dagegen (Summe I bis III) im Rechnungsjahr 1954 <sup>2)</sup> .....	34 794	86 789	373 080	108 099	59 967	111 666	142 851	—	917 245

1) Kreditmarktmittel, öffentliche Sondermittel und Schulden bei Gebietskörperschaften zusammen. — 2) In der Zeit vom 1.4.1954 bis zum 31.3.1955 aufgenommene Darlehen.